Klassenkampf

10 Jahre

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertags. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Donnerstag, 28. Mai 1931 | 11. Jahrgang Nr. 116

Brot den Arbeitslosen!

Vor der Veröffentlichung des Arbeitsbeschaffungsplanes der Kommunistischen Partei — Die Regierung berät die Verschlimmerung der Erwerbslosennot — Sozialdemokratie und Nazis als Volksfeinde

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. Mai.

Das Kabinett Brüning berät gegenwärtig die neue Notverordnung. Die Regierung des deutschen Finanzkapitals und der Young-Erfüllungspolitik plant neue Belastungen der Beschäftigten und neuen Abbau der Hungerunterstützung für die verelendeten Millionen Erwerbslosen. Das herrschende System zeigt seine Unfähigkeit, den Millionen arbeitsbereiten Menschen Arbeit und genügend Brot zum Sattessen zu geben. Das Elend steigt von Woche zu Woche. Bei einer Zahl von Millionen Erwerbslosen und 3 Millionen Kurzarbeitern ist in fast allen deutschen Städten der Brotpreis verteuert worden.

SPD geht durch dick und dünn mit Brüning

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern wieder einmal durch Wels, Breitscheid, Hertz und Aufhäuser mit Brüning „verhandeln" lassen. Die Sozialdemokratie, die kurz die Regierung Brüning die Erlaubnis zur Erhöhung der volksfeindlichen Zölle im Reichstag gab, „fordert" die Senkung der Getreidezölle! Die Mitschuldigen am Zollwucher und an der Brotpreiserhöhung führen ein neues Betrugsmanöver aus.

Die Führer der Sozialdemokratie werden nach ihrem Leipziger Parteitag auch die neue Notverordnung Brünings unterstützen. Sie sind auf Gedeih und Verderb mit der erwerbslosenfeindlichen und volksausbeuterischen Politik der Kapitalistenklasse, mit dem ganzen System der Young-Ausbeutung, verbunden.

Nazis „fragen" beim System an

Die Nazipartei hat bisher nie etwas für die Erwerbslosen getan. Sie tritt in diesen Tagen mit einigen „Fragen" ihrer Reichstagsfraktion an die Regierung Brüning hervor, die mit einem Schlag die Knechtsseligkeit der Nazis für das kapitalistische System und ihre Erwerbslosenfeindlichkeit zeigen. Wenige Tage nach dem Erlaß der neuen Brüningschen Diktaturverordnung, befassen sie sich mit keinem Wort mit diesem Plan. Sie sagen keine Silbe gegen den Unterstützungsraub, keine Silbe gegen die unerhörte Steuerpolitik, keine Silbe gegen den ständigen Lohnraub und den Brotpreiswucher und ebenso keine Silbe zur Frage der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Solche brennenden Fragen der Erwerbslosen und des gesamten werktätigen Volkes finden keine Beachtung in den „Anfragen" der Nazis.

Die Nazis erwarten in ihren Anfragen von der Regierung Brüning „wirksamere Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit". Ja, von der Regierung der Notverordnungen! Und dabei geht es den Nazis nicht um die Not der Erwerbslosen, sondern um die „Millionen-Verluste der deutschen Wirtschaft" (lies: Kapitalisten) bei der andauernden Erwerbslosigkeit.

Kommunisten sagen, was not tut

In der Woche vor Pfingsten haben Hungerdemonstrationen und Rathausstürme von Wohlfahrtserwerbslosen als wahre Flammenzeichen der Not in Young-Deutschland weithin sichtbar gezeigt, daß die Lage für die erwerbslosen Massen unerträglich geworden ist. Der Schrei nach Arbeit und Brot derer, die sich nicht durch Unterstützungsabbau, Notverordnungen und Gummiknüppel buchstäblich zum Verhungern zwingen lassen wollen.

In dieser Situation tritt die Kommunistische Partei Deutschlands mit einem großzügigen Arbeitsbeschaffungsplan, den wir morgen veröffentlichen werden, vor die Massen der Erwerbslosen, Betriebsarbeiter, Angestellten und Landarbeiter hin. Die Kommunistische Partei zeigt, daß es in Deutschland genügend Mittel gibt, wenn nicht im Interesse einer parasitären Oberschicht von großkapitalistischen Schmarotzern Politik gemacht wird, um den Millionen Erwerbslosen Arbeit und Brot zu geben.

Der Arbeitsbeschaffungsplan ist ein weiterer Schritt in der Freiheitspolitik der Kommunistischen Partei, wie sie in ihren Grundzügen im sozialen und nationalen Freiheitsprogramm vom 26. August 1930 niedergelegt ist und in der vergangenen Woche auch im Bauernhilfsprogramm der KPD ihren konkreten Ausdruck für das Bündnis der rebellierenden Bauern mit dem revolutionären Proletariat findet.

Der kommunistische Arbeitsbeschaffungsplan wird gegen die Katastrophenpolitik und das Raubprogramm des Finanzkapitals, gegen die Notverordnungen und die Young-Ausbeutung die revolutionären Kampfforderungen für Arbeit und Brot setzen.

An den Stempelstellen und in den Betrieben müssen die Forderungen dieses Arbeitsbeschaffungsplanes zur Forderung der Kämpfenden und zum Sturm gegen die neue Hungerverordnung rüstenden Werktätigen gemacht werden. Ein mächtiger Schritt vorwärts in der Organisierung der Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit, gegen Hungeraktion aller Volksfeinde!

Massenentlassungen in der JG Oppau

(Eig. Meldung.) Ludwigshafen, den 27. Mai.

Aus dem Anilinwerk der JG Giftgaskönige Ludwigshafen und Oppau kommen Alarmmeldungen. Massenentlassungen werden vorgenommen, aus denen hervorgeht, daß ganze Werke und Abteilungen stillgelegt werden. 300 Laboranten und 20 Chemiker sind gekündigt. Die Ge-

4000 Leuna-Proleten vor der Entlassung!

Raffinierte Methoden der JG-Könige — Reformistische Direktionslakeien entlarvt

(Sensationelle Enthüllungen aus dem Leuna-Zuchthaus, siehe Inneres unserer heutigen Ausgabe.)

samtbelegschaft in Oppau soll von 11 000 auf 6000 Mann reduziert werden. Bereits sind die Schichtzüge der Arbeiter abbestellt worden. Auch hier arbeiten die reformistischen Betriebsräte mit der Direktion Hand in Hand.

Lohnraub, Massenentlassungen — haben die Betriebsarbeiter zu erwarten. Diese Alarmmeldungen zeigen ihnen, daß sie ihren Kampf verbinden müssen mit den Kämpfen der Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger gegen die neue Welle des Angriffs der Brüning-Regierung und der Finanzkapitalisten. Schleunigst muß die gemeinsame Kampffront der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen hergestellt werden.

Die Erwerbslosen wehren sich weiter

Streikbeschluß gegen Pflichtarbeit in Dürrenberg

(Eig. Ber.) Dürrenberg, den 26. Mai.

A.-K. In einer Erwerbslosenversammlung kam ein glänzender Kampfwille der Arbeitslosen zum Ausdruck.

Die angedrohte Pflichtarbeit wurde von vornherein abgelehnt mit dem Beschluß, bei ihrer Einführung sofort zum Streik überzugehen.

Der Erwerbslosenausschuß wurde um drei Mitglieder erweitert. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Erwerbslosen Dürrenbergs begrüßen in ihrer heutigen Versammlung den tapferen Kampf der Erwerbslosen in Holzweißig, Zschornewitz, Gräfenhainichen und anderen Orten gegen den Unterstützungsraub. Sie geloben, mit der KPD und RGO zu kämpfen für eine bessere Lebenshaltung und mitzuhelfen an der Organisierung der Volksaktion gegen Hunger und Faschismus."

Der Schrecken eines Tages

Von Wilhelm Koenen.

Der Sturm auf die Rathäuser in Bottrop, Hamborn, Stoppenberg, Essen und anderen Orten des Ruhrgebietes, der Sturm auf die Bezirksämter im Wedding und Neukölln, die Belagerung der Gemeindeämter in Holzweißig, Greppin, Ramsin und Zschornewitz, der Sturm auf die Gemeindeämter in Wolfen und Gräfenhainichen, diese ersten Gegenangriffe der ausgeplünderten Massen gegen die Hungeroffensive der Brüning-Regierung trafen zusammen mit der schweren außenpolitischen Niederlage, die sie jetzt mit Curtius in Genf erlitten hat.

Mehr noch: Genf wäre nicht eine solche Niederlage, wenn der deutschen Bourgeoisie nicht innenpolitisch das Feuer so unter den Nägeln brennen würde. Die Prahlerei des Herrn Brüning, daß sich die Durchführung der harten Notverordnungen ohne irgendwelche besonderen Unruhen vollzogen habe, ist zu Ende. Diese Erwerbslosenunruhen im Sommer mit massenhaften wuchtigen Angriffen gegen den Staatsapparat sind politisch doppelt und dreifach gewichtiger als alle bisherigen Winterdemonstrationen der Erwerbslosen, die schon die Bourgeoisie erzittern ließen.

Die Angst vor dem „trüben Winter der Katastrophen" macht jetzt dem Schrecken vor der Sommeroffensive der notleidenden Massen in Stadt und Land Platz. Man soll nicht bei jeder Gelegenheit von einer grundlegenden Wendung sprechen, aber feststellen müssen wir vor den werktätigen Massen, daß das Zusammentreffen der ersten bedeutungsvollen inneren Unruhen mit der außenpolitischen Niederlage die deutsche Bourgeoisie auf das schwerste erschüttert.

Die Pfingstausgaben der großen bürgerlichen Presse zeugen Seite für Seite davon. Die Zeitungen aller bürgerlichen Richtungen und Strömungen bringen Schreckensrufe über die Rückwirkungen der außenpolitischen Niederlage auf die Innenpolitik.

Ein führendes Hetzblatt der Schwerindustrie, die „Deutsche Allgemeine Zeitung", schreibt nach einem scharfen Angriff auf den geschlagenen Außenminister Curtius über die innenpolitische Lage wörtlich:

„Die Zeit drängt außerordentlich! Wir können nicht warten, bis wir zweihundert Nationalsozialisten und zweihundert Kommunisten im Reichstag haben oder bis die Welle des Nationalismus aus tiefster Enttäuschung der Hoffenden zum Bolschewismus hinüberschlägt und sich die beiden Strömungen die Hände reichen. Die englischen Staatsmänner ... glauben auf ihrer Insel vor der Furie des Umsturzes bewahrt zu sein, und die Franzosen sehen in ihren Festungen gegen Deutschland auch den Schutzwall gegen den Bolschewismus. Das ist ein furchtbarer Irrtum. Die wirtschaftliche und geistige Verelendung unseres Volkes, die Verlagerung des Besitzes, das Versinken alter und das Aufsteigen neuer Schichten vollzieht sich mit einer unheimlichen Geschwindigkeit und Folgerichtigkeit."

Am gleichen Tage schreibt das gemäßigtste, demokratischste Organ der Bourgeoisie, die „Frankfurter Zeitung", zusammenfassend:

„Wir stehen vor schweren Monaten — das Höchstmaß dessen, was der Kanzler den Gegnern inner- und außenpolitischer Reaktion bieten darf, wird bald erreicht sein."

Der Leitartikel des „Hannoverschen Kurier" vom gleichen Tage steht wörtlich unter der Devise: „Die Spannungen sind unerträglich geworden." Die „Düsseldorfer Nachrichten" stellen klagend fest: „Wir sind wieder einmal in einer Sackgasse!" Die „Weser-Zeitung" fügt hinzu:

„Ueber der deutschen Wirtschaftspolitik liegt seit 1929 das Verhängnis des „Zu spät". Kürzungen bei der Erwerbslosenhilfe brächten bestenfalls einige hundert Millionen Mark. Ohne Reparationsnachlaß sind unsere Opfer fruchtlos, greifen Reformen nicht mehr durch."

Das „Berliner Tageblatt" sieht für „die deutsche Finanzwirtschaft viele schwarze Tage", während die „Germania" meint, „im Herbst fallen die Würfel". Und die „Kasseler Post" ruft nach ernsten Zweifeln über die finanziellen Auswirkungen der kommenden Notverordnungen aus: „Unser Argument den Gläubigern gegenüber liegt auf der Hand: Wir können nicht mehr!"

Das ist der Schrecken eines Tages, wie er sich zwischen der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310528-15/fragment/page=0001
DFG

außenpolitischen Niederlage und der Angst vor den Erwerbslosenunruhen in der großen bürgerlichen Presse widerspiegelt.

Diese Angst erst gibt den Ereignissen in den Industriedörfern um Bitterfeld die richtige politische Bedeutung. Hier ist mit den Worten des Gegners gesagt, wie hundertfältig berechtigt der Notschrei der Erwerbslosen ist.

Jawohl, die Spannungen sind unerträglich geworden, wir können nicht mehr, die Zeit drängt außerordentlich, das Höchstmaß an Reaktion ist erreicht!

Das ist der Schrei der Erwerbslosen von Holzweißig, Greppin und Gräfenhainichen. Diese Eingeständnisse der großen bürgerlichen Presse enthüllen auch den Hintergrund für die Haltung der Kleingewerbetreibenden, die ihre Sympathie für die kämpfenden Erwerbslosen bei den Polizeiattacken in Bitterfeld offen zum Ausdruck brachten. Auch für sie drohen viele schwarze Tage, für sie fallen die Würfel, für sie steht die Frage, „ob die Welle des Nationalismus aus tiefster Enttäuschung der Hoffenden zum Bolschewismus hinüberschlägt". Sie sind der wirtschaftlichen und geistigen Verelendung preisgegeben, sie sind die mit unheimlicher Geschwindigkeit versinkenden alten Schichten. Nichts kennzeichnet besser als diese Serie der Schreckensrufe eines Tages die wirkliche Stimmung der kleinbürgerlichen Mittelschichten.

Auch für die Erhaltung der Polizeiorgane ist diese Grundstimmung der ausgeplünderten Schichten nicht bedeutungslos. Immer mehr Beamte, die selbst oder durch ihre Familien zum Opfer der unerträglichen Verhältnisse werden, begreifen wenigstens zeitweilig, daß die Methoden der sozialfaschistischen Polizeipräsidenten und Landräte gegenüber den hungernden Massen unsinnige Methoden sind, daß sie an Wahnsinn grenzen.

Ebenso wenig, wie nach der bürgerlichen Presse die englischen Staatsmänner „auf ihrer Insel vor der Furie des Umsturzes bewahrt sind", ebenso wenig bleibt der Beamtenapparat der kapitalistischen Republik von den zersetzenden Zerfallserscheinungen der versinkenden kapitalistischen Gesellschaft bewahrt. Der neue Gehaltsabbau gegenüber den Beamten wird diese Einwirkungen weiter verstärken.

Dabei kann das, was wir in den letzten Wochen bei Bitterfeld und in einzelnen Orten des Ruhrgebiets erlebten, nur ein erstes Aufflackern der innersten Empörung der unterdrückten Massen sein. Diese Bewegung wird und muß sich ausbreiten. Sie wird von Stufe zu Stufe aufwärts steigen und Schritt für Schritt zu Maßnahmen führen, die zwar hart und rücksichtslos, aber der gesamten Umwelt verständlich sein werden. Schon erklingt tausendfach, ja millionenfach der Ruf der Verwunderung darüber, daß „nicht schon schlimmeres" passierte, und daß „die Massen sich das alles noch so ruhig gefallen lassen".

Die Ausbreitung dieser ersten aktiven Kämpfe für Arbeit, Freiheit und Brot auf andere Orte und andere Gebiete muß der nächste Schritt sein. Erfolgt diese Ausbreitung nicht in den nächsten Tagen schon, so wird die Geißel der neuen Notverordnungen der Brüning-Regierung in der nächsten Woche die Massen neu aufpeitschen. Denn dieser neueste Raubzug ist noch ungeheuerlicher als alle seine Vorgänger. Schon lodern die Flammenzeichen der Not auf, die Brüning und Severing werden sie zum wilden Brande entfachen.

GEG-Bürokratie will AKV-Konkurs

Halle, den 28. Mai.

Gemäß dem Auftrag der Vertreterversammlung vom 26. Mai zur Einleitung von Verhandlungen mit der GEG über Aufhebung des Zwangsversteigerungstermins sandte die Verwaltung am 27. Mai folgendes Telegramm:

„Großeinkauf Hamburg. Gestrige Vertreterversammlung beschloß einstimmig, Vorstand zu beauftragen, über Aufhebung Versteigerung mit Ihnen zu verhandeln. Vorstand trifft anbetracht Vergleichstermin morgen Donnerstag, 9 Uhr, dort ein.

Allgemeiner Konsumverein, Ertinger."

In den Nachmittagsstunden lief bereits die Antwort ein. Die GEG übersandte dem AKV ein dringendes Telegramm folgenden Inhalts:

„Für Hypothekenangelegenheit Pensionskasse zuständig. Besuch deshalb zwecklos. Großeinkauf."

Die Hamburger Bürokratie glaubt, ihre Manöver fortsetzen zu können. Die Durchführung der Zwangsversteigerung ist in Hamburg eine längst beschlossene Sache. Die Ablehnung dieser Verhandlungen ist eine Ohrfeige für die Renegatensippschaft.

Selbstverständlich ist nach Eingang des obigen Telegramms der „Großeinkauf" auch die Pensionskasse von dem Eintreffen der Kommission in Hamburg in Kenntnis gesetzt worden. Auch über deren Antwort darf kein Zweifel bestehen.

Die sozialfaschistische Bürokratie will den Zusammenbruch, den Konkurs. Sie hat in den Renegaten willige Helfer gefunden. Mit der Zwangsversteigerung glauben sie die Mitglieder und Sparer des AKV um Millionenbeträge betrügen zu können, wie sie es in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen an klassenbewußten Arbeitern schon so oft verübt haben. Mit den sozialfaschistischen Genossenschaftszerstörern wird Abrechnung gehalten werden.

Faschistisches Waffenlager entdeckt

Große Waffenfunde in Nordhausen

(WTB) **Nordhausen**, 27. Mai.

In dem von dem Baron von Heldreich bewohnten Grundstück am Weinberg machte die Polizei einen umfangreichen Waffenfund. Von Heldreich hatte dadurch die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich gelenkt, daß er abends in betrunkenem Zustand 7 scharfe Schüsse aus einer Armee-Pistole auf die Straße abgegeben hatte, die glücklicherweise aber niemand trafen.

Die benachrichtigte Polizei nahm den Pistolenschützen in Schutzhaft und durchsuchte das Grundstück nach Waffen.

Dabei wurden unter anderem 7 Militärgewehre, 2 Seitengewehre, mehrere Pistolen, eine Handgranate, eine Wurfgranate, 2 englische Handgranaten und 80 Stück Infanterie-Munition gefunden. Außerdem wurden 14 Jagdgewehre, 6 Trommelrevolver und 51 Stück altertümliche Waffen polizeilich sichergestellt.

Von Heldreich wird zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die Heilanstalt Pfafferode bei Mühlhausen überführt werden.

Natürlich wird dem „ehrenwerten" Junker nichts passieren und die Hintermänner werden natürlich „nicht auffindbar" sein.

47 Bergarbeiter wurden die Todesopfer eines Grubenbrandes in einem Goldbergwerk in Madras in Hinterindien

SPD-Parteitag wird „vorbereitet"

3 Verbote an einem Tag — Zum Schutze des Panzerkreuzerparteitags der Brüning-Sozialisten

(Eig. Ber.) **Leipzig**, 28. Mai.

Drei Verbote hat der „linke" sozialdemokratische Polizeipräsident Leipzigs, Herr Fleißner, heute erlassen. Drei Verbote, die sich ausschließlich richten gegen Diskussion revolutionärer Arbeiter mit den Mitgliedern der Sozialdemokratie, mit den Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiter-Jugend. Was ist wohl kennzeichnender für diesen Parteitag des Bankrotts und der Notverordnungen als die mit übertriebener Hast erlassenen Verbote des Leipziger Polizeipräsidenten.

Verbot Nr. 1

Das Mitglied der Sozialdemokratie, Fleißner, verbietet einen Diskussionsabend mit sozialdemokratischen Arbeitern im Osten Leipzigs mit der „Begründung", daß dieser Diskussionsabend nicht angemeldet sei.

Verbot Nr. 2

Das Polizeipräsidium teilt der Leitung des Kommunistischen Jugendverbandes Leipzigs heute früh mit, daß ein Plakat, welches **bereits an den Anschlagsäulen in Leipzig klebt, zensiert werden muß,** trotzdem der Text dieses Plakats vor einer Woche ausdrücklich genehmigt wurde. **Von dem Plakat fallen folgende Schlagzeilen unter die sozialdemokratische Polizeizensur:**

Wer führt die werktätige Jugend zu Arbeit, Brot und Freiheit? Die Antwort gibt nicht der Reichsparteitag der SPD.

Das Tollste aber ist die Zensierung einer weiteren Schlagzeile des Plakats, nämlich:

Der Sekretär der SAJ, Gleitze, wird aufgefordert, in der Diskussion die Politik der SPD und der SAJ zu vertreten.

Fleißner verbietet also dem Jugendsekretär Gleitze die Politik seiner Partei in einer Massenversammlung des Kommunistischen Jugendverbandes in der Diskussion zu vertreten.

Verbot Nr. 3

Ohne jede besondere Begründung wurde von Fleißner ein am Sonntag, den 31. Mai geplanter Aufmarsch zu einem Sportfest einer Sportorganisation, die heute noch im Arbeiter- Turn- und Sportbund ist, verboten. Lediglich unter Berufung auf die Notverordnung wurde dieses Verbot erlassen, weil diese Sportorganisation beschlossen hat, sich der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit anzuschließen.

Nun erst recht wird eine Massendiskussion mit den sozialdemokratischen Arbeitern anläßlich des Panzerkreuzerparteitages der SPD einsetzen. Das wird auch durch alle Verbote der sozialfaschistischen Polizeipräsidenten nicht verhindert werden können.

„Rot-Preußen" für den Stahlhelm!

Die faschistische Bürgerkriegsparade in Breslau beginnt — Alle KPD- und SPD-Gegendemonstrationen verboten — Große proletarische Protestkundgebungen trotzdem

(Eig. Drahtm.) **Breslau**, 27. Mai

Die KPD hatte für Freitag abend eine Demonstration gegen den Stahlhelmaufmarsch angesetzt, wo Genosse Leow sprechen sollte. Heute wurde diese Demonstration verboten. Die Demonstrationen für den 30. und 31. Mai waren schon vorher verboten worden. Die KPD wird daher am gleichen Tage große Protestversammlungen in zwei der größten Säle Breslaus veranstalten.

Ebenso wurde die für heute geplante Gegendemonstration der SPD und des Reichsbanners verboten.

Heute nachmittag ist der Magdeburger Schnapsfabrikant und Stahlhelmbandenführer Seldte in Breslau eingetroffen. Die Polizei hatte riesige Vorkehrungen getroffen, um Störungen zu verhindern. Der Platz vor dem Bahnhof war abgesperrt, ebenso die Straßen. Als Seldte eintraf, beeilte er sich, das Auto zu besteigen, weil die Stimmung der Bevölkerung auf dem Bahnhof von einer Begeisterung nichts merken ließ. Trotz der Absperrungen waren große Massen in den Straßen, die Seldte entsprechend begrüßten. Die „Internationale" übertönte die Heilrufe.

Man vergleiche diese Meldungen aus Breslau mit dem demagogischen Leitartikel des „linken" Paul Löbe, der vor einigen Tagen durch die ganze sozialdemokratische Presse ging. Wie hat Löbe da in höchsten Tönen gegen den Faschismus gewettert. Die stärksten Worte wurden gebraucht, um zu „beweisen", daß die sozialdemokratische Politik den „faschistischen Marsch auf Berlin verhindert" habe. Löbe erklärte, daß die SPD die „geschichtliche Aufgabe habe, alle antifaschistischen Strömungen und Gruppen im Lande zu sammeln" zur Abwehr des Faschismus. Die Breslauer Ereignisse zeigen wieder einmal, vor allen Dingen den sozialdemokratischen Arbeitern, wie das in der Praxis aussieht. Dieselbe sozialdemokratische Koalitionsregierung, deren Beseitigung durch den Stahlhelm in Preußen seit Monaten betrieben wird, gestattet den Seldte-Banditen den Aufmarsch und verbietet alle Protestkundgebungen kommunistischer und sozialdemokratischer und Reichsbanner-Arbeiter!

SPD für neue Notverordnungen

Das Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit dem Diktaturkabinett entlarvt

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, den 28. Mai.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veröffentlicht eine Mitteilung über den Besuch ihrer Vertreter bei Brüning. Die Sozialfaschisten erklärten ihm, daß die neue Notverordnung „bei der Masse der Bevölkerung ungleich größeren Widerstand als die Dezember-Verordnung" zu erwarten habe, da im Dezember die Bevölkerung noch an die Regierungsversprechungen über die Schaffungen vermehrter Arbeitsgelegenheiten geglaubt haben.

Die Wels und Breitscheid legten gleichzeitig aber nicht etwa ein Bekenntnis zum Widerstand der arbeitenden Bevölkerung, sondern zu Brünings Sanierungspolitik ab:

„Die Sozialdemokratie kenne den ernsten Zustand der öffentlichen Finanzen. Sie heißt auch nach wie vor ihre Sanierung für unbedingt erforderlich."

Auf den leeren Schmus seiner getreuen Sozialdemokraten, daß die sozialen Leistungen nicht abgebaut werden dürften, antwortete der schwarze Kanzler Brüning mit der Versicherung:

„Die Einzelmaßnahmen der neuen Notverordnung würden nach Meinung der Regierung (!) so gestaltet werden, daß sie von den Massen des Volkes als erträglich angesehen (!) werden können."

Um die sozialdemokratische Zustimmung zur neuen Hungerverordnung zu erleichtern und den sozialfaschistischen Führern einen „Erfolg" zu ihrem Parteitag zu liefern, gab Brüning ihnen das — wievielte? — Versprechen auf „Brotpreissenkung". Die Notverordnung soll erst nach dem SPD-Parteitag erlassen werden.

Man sieht, das Zusammenspiel der Sozialdemokratie mit dem Diktaturkabinett bei der Durchführung der Hungeraktion klappt so ausgezeichnet, daß — die Sozialdemokratie bald neue Hunderttausende von bisherigen Anhängern verlieren wird!

Nationalistischer Einheitsrummel in Aachen

Sozialdemokraten, Stahlhelmer und Nationalsozialisten marschieren unter denselben Fahnen und für die gleichen Parolen.

In den Pfingsttagen hatte sich hier der Verein der Auslandsdeutschen versammelt, um Deutschlands Forderungen nach neuem Kolonialbesitz zu proklamieren. Aufmärsche unter schwarz-weiß-roten Fahnen, unter Anteilnahme aller Parteien von den Nationalsozialisten bis zu den **Sozialdemokraten gaben der Tagung das äußere Gepräge.** Aber über den „wichtigeren" Teil der Veranstaltung berichtet die kapitalistische „Kölnische Zeitung" folgendermaßen:

„Den ‚innerpolitischen' Schwerpunkt des Aachener Treffens bildete die Arbeitertagung, die heute Pfingstmontag im Kurhaus zusammentrat."

Der Schwerpunkt lag also in dem Bekenntnis der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu den imperialistischen Zielen des VDA. In der Tat, die Reden der Nazijünger und der reformistischen Gewerkschaftsvertreter unterschieden sich in keiner Weise. Für die Sozialdemokraten hielt das Hauptreferat der Polizeipräsident Dr. Meyer, der auch zugleich für die reformistischen Gewerkschaften eine programmatische Erklärung vor dem Heer der kaiserlichen Generale und Admirale abgab. In dieser Erklärung heißt es wörtlich:

„Unsere Arbeiterbewegung nimmt an der diesjährigen Tagung des VDA aktiven Anteil, wie sie gewillt ist, auch sonst die Tätigkeit des VDA zu fördern. Bei der Zusammenarbeit mit dem VDA sind für die Arbeiterschaft sicherlich Hemmungen gefühlsmäßiger Art zu überwinden, aber in der Geschichte der Arbeiterbewegung sind immer solche Hemmungen überwunden worden. Wenn wir Kritik üben, dann mit dem positiven Willen zu fördern und zu bessern und nicht dem Wunsch, zu unterhöhlen und zu zerstreuen. Die Frage der Mitarbeit im VDA ist von jetzt an nicht mehr eine offene Frage, sondern hinein in die Arbeit und die Hemmungen überwunden."

Diese schändliche Erklärung eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten wurde noch von dem Bundessekretär des ADGB, Furtwängler ergänzt, der betonte, daß seine Erfahrungen im VDA die allerbesten seien.

Die Aachener Tagung lieferte dem ganzen deutschen Proletariat, insbesondere aber den sozialdemokratischen Arbeitern ein neues Beispiel von der nationalistischen Verkommenheit der sozialdemokratischen Führer. Das ist nicht nur der Geist von 1914, das ist nicht nur ein Bekenntnis zur neudeutschen Aufrüstung und zu den imperialistischen Zielen der deutschen Bourgeoisie, das ist ein direktes Bündnis mit dem Faschismus.

Barrikaden in Spanien

Erbitterte Straßenkämpfe — Revolutionäre Streikwelle

Madrid, den 27. Mai.

In San Sebastian (Nordspanien) kam es heute im Zusammenhang mit einem Fischerstreik zu schweren Straßenkämpfen. Als die Polizei Streikbrecher in Schutz nahm, legte die Arbeiterschaft den gesamten Verkehr still. Es entspannen sich erbitterte Kämpfe. Die Massen errichteten Barrikaden. Bisher sind bei den Kämpfen vier Arbeiter getötet, unzählige schwer verletzt worden. Die Behörden verhängten den Belagerungszustand. Alle wichtigen Punkte der Stadt wurden von Militär besetzt.

Bitte nicht lachen!

In der Pfingstnummer der „Vossischen Zeitung" schreibt der Berliner Polizeivizepräsident Dr. Werner Weiß einen Artikel **über „Das Volk und seine Polizei".** Mutet es schon etwas komisch an, daß zu solchem Thema ausgerechnet ein Polizeipräsident schreiben muß, so wirken folgende Worte noch ulkiger:

„Minister Severing hat diesen Unterschied zwischen Polizei-Vergangenheit und Polizei-Gegenwart einmal scherzhaft folgendermaßen gekennzeichnet: „Für die alte Polizei galt als Stichwort der drastisch-drohende Ausspruch des einstigen Berliner Polizeipräsidenten von Jagow: „Ich warne Neugierige!" Demgegenüber rufe er, der Polizeiminister des Volksstaates, der Bevölkerung zu: „Bitte treten Sie näher!"

Um das genau zu hören, muß man wirklich einen Schritt näher treten. Aber: „Achtung! Achtung! Wer weitergeht, wird erschossen!"

An dieser Stelle ist das Lachen laut Notverordnung vom ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel verboten. Widerspenstige...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310528-15/fragment/page=0002

Die antiimperialistische Jugend

Antiimperialistischer Jugendkongreß am 30. und 31. Mai in Berlin

„Wir sind die stärkste der Parteien", wird von unendlich vielen Proletariern täglich gesungen. Und trotz alledem verstehen es die herrschenden Klassen, diese quantitative Stärke der proletarischen Massen zur Verankerung ihrer Macht zu gebrauchen, indem sie ein Proletariat gegen das andere ausspielen. Es war kein geringerer als Lenin, der bereits 1915 auf einem Kongreß der asiatischen Kolonialvölker in Baku verlangte, das farbige Proletariat in die revolutionäre Einheitsfront einzugliedern. Im Kriege gebrauchten die Imperialisten auf beiden Fronten afrikanische und asiatische Proletarier zum Kampf für die Interessen des Kapitalismus. Die Entente verwendete Inder, Nordafrikaner und Neger zum Schutz des englischen und französischen Imperialismus. Die deutschen Kolonialimperialisten nannten das zwar die „schwarze Schmach", schämten sich aber nicht, ihre Bundesgenossen, Araber und Türken zum „Heiligen Krieg", d. h. zum Schutz der Geldschränke der deutschen und Wiener Banken, zu mobilisieren.

Freiwillige Söldner werden gesucht: von der holländischen Regierung für Java und Sumatra, von den Vereinigten Staaten zur Niederknüppelung der Freiheitskämpfer in Nikaragua und auf den Philippinen; verzweifelte, aus der Wirtschaft herausrationalisierte französische Proletarier werden durch die staatliche Fremdenlegion für wenige Franken für die Interessen französischer Minenbesitzer in Afrika gekauft, um dort streikende schwarze Arbeiter niederzuschlagen und wie Vieh zu behandeln.

Auch das farbige Proletariat wird gegeneinander ausgespielt. Inder und Annamiter werden in Uniform gesteckt und nach Schanghai verladen, um gegen die chinesischen Sowjets eingesetzt zu werden. Alles im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft. Auch der deutsche Faschist steht in der Rechnungstabelle des internationalen Kolonialimperialismus. Man könnte lange Reihen konkreter Tatsachen nachweisen, wie sich der deutsche Offizier „bewährt" hat. So z. B. der berüchtigte Kappist Oberst Bauer, der sein Lebensende im Generalstab der weißen Armeen Tschangkaischeks verbrachte.

Es sind nicht nur die nationalen Forderungen eines jeden Volkes nach politischer Selbständigkeit, die die dauernde Kolonialrevolution treiben; viel stärker ist die soziale Not, die in die von Natur aus mit Reichtümern gesegneten Länder durch den Imperialismus hineingeschleppt wurde.

Das farbige Proletariat ist heute nicht nur auf Plantagen- und Viehzuchtarbeiten beschränkt, sondern auch an die Maschine gebunden, wie die Arbeiterschaft in den europäischen und amerikanischen Industriestädten. Und in den Maschinenhallen entwickelte sich das proletarische Klassenbewußtsein der kolonialen Arbeiter. Dieses beschränkt sich nicht nur auf Männer und Frauen, sondern es gibt in den verschiedensten Kolonien selbständige aktive revolutionäre Jugendsektionen.

An der Spitze stehen die Jungarbeiter der chinesischen Hafenstädte, die am 18. März zur Erinnerung an die Pariser Kommune in einer revolutionären Aktion Flugblätter an die imperialistischen Besatzungstruppen verteilten, die folgende Losungen enthielten: „An die ausländischen Soldaten- und Matrosenbrüder", „Gegen die zum Angriff auf die Rote Armee geplante Anleihe der Imperialisten", „Verteidigt die revolutionäre Bewegung der chinesischen Sowjets, Soldaten aus Indien und Europa!"

Eine selbständige Jugendbewegung gibt es in Japan und Korea nicht nur in den Reihen der Arbeiterschaft, sondern auch auf den Schulen und Universitäten. In den indischen Gewerkschaften, die in ihrer Gesamtheit der Liga gegen Imperialismus angeschlossen sind, bestehen Jugendsektionen, die die aktivsten Elemente in der jetzt beginnenden Austragung zwischen dem kleinbürgerlichen Nationalismus eines Gandhi und dem Programm völliger nationaler und sozialer Unabhängigkeit Indiens sind. Eine revolutionäre Tradition kann bereits die Jugendsektion der KP. Palästinas für sich beanspruchen. Dort versucht der Imperialismus im Zeichen des Zionismus, der sich ein soziales Mäntelchen umhängte, die Werktätigen zu expropriieren und die jüdischen und arabischen Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Es war hier ein kleines Häuflein junger Kommunisten, die die revolutionäre Einheitsfront arabischer und jüdischer Arbeiter zusammenschmiedeten. Die Partei mit ihren Jugendsektionen arbeitet illegal. Auch in Südamerika gibt es bereits Jugendsektionen, so in Argentinien und Brasilien, ferner in Mittelamerika (Mexiko und Nikaragua).

Auf dem Weltkongreß der Liga in Frankfurt a. M. 1929 wurde eine selbständig arbeitende antiimperialistische Jugendinternationale geschaffen und die Richtlinien für ihren Ausbau aufgestellt. Am 30. und 31. Mai tagt in Berlin der antimperialistische Jugendkongreß, der über die Tätigkeit der Jugendsektionen in der verflossenen Zeit berichten und die Aufgaben für die Jugend Europas und der überseeischen Länder bei der Zusammenschmiedung einer revolutionären Einheitsfront festlegen wird. B.

Salven auf demonstrierende Landarbeiter

Ein Blutbad in der Tschechoslowakei — Vier Arbeiter von Polizei erschossen, viele schwer verletzt

TU. Preßburg, 26. Mai. Am zweiten Pfingstfeiertag kam es in der Slowakei in dem Ort Kossuth, östlich von Preßburg, zu Zusammenstößen zwischen kommunistischen Demonstranten und tschechischer Gendarmerie, wobei vier Arbeiter getötet, fünf schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt wurden. Ferner wurden sieben Gendarmen durch Steinwürfe und Messerstiche verletzt.

Gestern sollte in der Gemeinde Kossuth eine öffentliche Landarbeiterversammlung stattfinden, die zu dem soeben siegreich beendeten Landarbeiterstreik Stellung nehmen sollte, bei dem sich die Arbeiter 30 Prozent Lohnerhöhung erkämpft hatten. Sie wurde im letzten Moment verboten. Von der Gemeinde Hay kam zu dieser Versammlung eine Gruppe von Arbeitern mit dem Abgeordneten Genossen Major an der Spitze. Als die Arbeiter sich auf dem Marktplatz von Kossuth sammelten, bildeten Gendarmen eine Kette und nahmen die Gewehre von den Schultern.

Der Abgeordnete Major ging zum Kommandanten der Gendarmerie und sprach kurz mit ihm. Darauf stürzten sich die Gendarmen mit ihren Gummiknüppeln, Gewehrkolben und Bajonetten auf ihn, so daß er schwerverletzt bewußtlos auf der Erde liegen blieb. Dann fiel sofort, ohne besondere Aufforderung zum Auseinandergehen, die erste Gendarmeriesalve. Mehrere Leute stürzten schwer verwundet zur Erde. Die Demonstranten flüchteten, aber die Gendarmerie schoß noch zwei Salven hinter ihnen her. Weitere Verwundete und Tote stürzten zur Erde. Die Gendarmerie verfolgte die Flüchtenden weiter.

Der Genosse Major lag etwa 10 Minuten schwerverwundet ohne Bewußtsein auf der Erde. Als sich die Arbeiter ihm zu nähern versuchten, wurden sie von den Gendarmen mit den Worten vertrieben: „Weg oder wir schießen!" Nach den vorläufigen Feststellungen waren drei Versammlungsteilnehmer sofort tot (zwei Landarbeiter und eine Arbeiterin), drei weitere Arbeiter wurden schwerverletzt in das Krankenhaus nach Tyrnau geschafft, wo heute nacht einer verstorben ist. Die beiden anderen ringen mit dem Tode.

Der Abgeordnete Major wurde von den Gendarmen im Auto an einen unbekannten Ort verschleppt. Abends wurden gegen 300 Mann Gendarmerie in Kossuth zusammengezogen.

Streiks in Spanien

Madrid, 26. Mai. Die Arbeiterstreiks in Elda (Provinz Alicante) haben den Generalkapitän von Andalusien zur Verhängung des Kriegszustandes über Elda veranlaßt.

Bisher sind 30 Verhaftungen vorgenommen worden. Es besteht die Möglichkeit eines Generalstreiks.

Der Streik der Seefischer in San Sebastian und den umliegenden Fischerhäfen nimmt schärfere Formen an. Die Streikenden verbrannten in Guetaria sämtliches Fischereigerät der Streikbrecher und bedrohten diese. Drei Streikführer wurden verhaftet.

Das Syndikat der Fischer versuchte darauf, eine große Demonstration gegen den Gouverneur in San Sebastian zu organisieren. Durch die Alarmierung von Truppen, die die Zugänge nach San Sebastian absperrten, konnte die Behörden die Demonstration auseinandertreiben.

Rotes Jugend-Pfingsttreffen in Oesterreich

SAJ.-Opposition tritt zum KJV. über

Wien, 27. Mai. Zu Pfingsten fand in Neunkirchen bei Ternitz das diesjährige **rote Kampftreffen der Kommunistischen Jugend Oesterreichs** unter starker Beteiligung der Arbeiterwehr und der oppositionellen Gruppen in der SAJ. und der Arbeiterbevölkerung der umliegenden Ortschaften statt.

Als am Sonnabend der zur Begrüßung der aus Wien eintreffenden Transporte am Bahnhofsplatz eine Versammlung trotz des Verbotes durch die Bezirkshauptmannschaft abgehalten wurde, machte die Gendarmerie mit gefälltem Bajonette einen Angriff auf die Versammelten, wobei ein Wiener Jungarbeiter durch einen Bajonettstich schwer verletzt wurde.

Am Sonntag fand in Neuenkirchen auf freiem Platz eine massenhaft besuchte Versammlung statt. Große Begeisterung erregte die Erklärung der Vertreter der **revolutionären SAJ.-Opposition**, daß diese es satt habe, die reaktionäre und besonders sowjetfeindliche Politik des Vorstandes der SPOe. weiter mitzumachen, und ihren **geschlossenen Uebertritt zur Kommunistischen Jugend vollziehen**. Viele Neuenkirchner Jungarbeiter folgten diesem Beispiel und traten in den Kommunistischen Jugendverband ein.

Nach der Versammlung wurde trotz des Verbots eine **Demonstration durch die Stadt** organisiert, die die Gendarmerie, von der 400 Mann in der Stadt konzentriert waren, nicht zu stören wagte.

Briand bleibt

Paris, 27. Mai. Der Außenminister Briand hat im Verlaufe des heutigen Ministerrats sein **Rücktrittsgesuch zurückgezogen**. Er hat sich bereit erklärt, sich der Kammer zu stellen und ein Vertrauensvotum der Kammer zu erbitten. Die Interpellation in der Kammer wird jedoch nicht vor dem 13. Juni stattfinden.

Ein neues Pilsudski-Kabinett

Warschau, 27. Mai. Heute wurde der Handelsminister Oberst Prystor vom Staatspräsidenten Moscicki empfangen, der ihn mit der Bildung der Regierung beauftragte. Prystor hat den Auftrag angenommen.

Oberst Prystor gehört zu den nächsten Mitarbeitern und Vertrauensleuten des Marschalls Pilsudski. Er war eine Zeitlang Leiter der Personalkanzlei des Marschalls Pilsudski und später Personalchef beim Generalstab und ist im Jahre 1930 in die Regierung eingetreten. Die Bildung der neuen Regierung wird noch im Laufe des heutigen Tages erwartet.

Straßenkämpfe in Peru

EP. **Lima, 27. Mai.** Blutige Unruhen spielten sich in Negritas im Verlauf einer Protestkundgebung der Arbeiterschaft gegen die Ernennung eines neuen Regierungsvertreters bei den dortigen Petroleumanlagen ab.

Die Arbeiter griffen die Polizeikaserne an, wobei drei Personen getötet und 14 verletzt wurden. Die Regierung hat einen Kreuzer nach Talarawa entsandt, um die dortigen Anlagen der Petroleumgesellschaft zu schützen.

Barrikaden am Wedding

Der Roman einer Straße aus den Berliner Maitagen 1929

Von Klaus Neukranz

Copyright Internationaler Arbeiterverlag

Fortsetzung

„Darf ich bitten, in welcher Angelegenheit Sie den Herrn Polizeipräsidenten zu sprechen wünschen?" Der alte Tölle wurde ein bißchen unruhig. Der Mensch hatte eine so unangenehm höfliche Art.

„Wir sind eene Delejazion von de Belegschaft der Firma Bergemann & Co. und haben den Auftrag, wat zu übergeben."

Mit einem flüchtigen Lächeln erhob sich der Beamte und sagte in einem liebenswürdig bedauernden Ton: „Ja, meine Herren, es tut mir unendlich leid, aber Herr Polizeipräsident ist gerade in einer wichtigen Besprechung und kann jetzt nicht empfangen. Aber wenn Sie mir vielleicht Ihre Angelegenheit übergeben wollen, will ich sie natürlich gerne weiterleiten."

„Nee, Herr..., det jeht nich", mischte sich Kurt ein, „wir haben den Auftrag, nur mit dem Polizeipräsidenten allein zu sprechen." —

Tölle kramte in seiner Brusttasche herum und legte ein altes, abgegriffenes Mitgliedsbuch der SPD. auf den Schreibtisch. „Hier... schicken Se det man rein zu ihm, denn wird er sich schon sprechen lassen", sagte er und sah den Beamten ein wenig von oben herab an. Siehst du, mein Freund..., du hast nich jewußt, wen de vor dir hast... aber nu mach mal ein bißchen fix... dein Herr Polizeipräsident ist nämlich mein Genosse!

Der Herr hinter dem Schreibtisch nahm interessiert das kleine Buch in die Hand, schlug es auf und las aufmerksam den Namen des Inhabers. Mit dem Bleistift machte er sich auf dem Rand des grünen Löschpapiers eine flüchtige Notiz. — Dann lächelte er wieder höflich und gab das Buch mit einer kleinen verbindlichen Verbeugung zurück. „Bedaure wirklich sehr, meine Herren, das Beste wird sein, Sie lassen mir Ihr Schreiben hier."

Tölle sah sich fragend nach seinen beiden Kollegen um.

„Nee, nee... bestelln Se man Ihrem Chef eenen schönen Gruß von uns und wa wissen schon Bescheid", sagte Kurt kurz und grob. Ihm war das hier schon viel zu viel. Natürlich würde der nicht ausgerechnet heute drei einfache Proleten in seinen geheiligten Räumen empfangen, der hatte jetzt Wichtigeres zu tun! — Er zog den alten Tölle mit aus dem Zimmer und schlug die Tür wütend hinter sich zu.

„Bande, verfluchte!... da haste deinen „Genossen" Präsidenten, Kollege Tölle..., der sitzt jetzt mit den Offizieren an eenen Tisch und macht seinen Schlachtplan für morgen. Denkste, der wird sich von so eenen popligen, sozialdemokratischen Arbeiter ooch bloß vor eene Minute stören lassen —?!"

Wenn der alte Tölle richtig die Wut hatte, sagte er überhaupt nichts, höchstens spuckte er wortlos den Priemsaft aus. Aber er hatte seinen Priem, bevor sie in das Präsidium gingen, herausgenommen und sorgfältig in einer kleinen Blechschachtel verstaut. —

Der junge parteilose Arbeiter lachte. „Na, Tölle..., kiek dir det mal hier'n bißken an, vielleicht bis'te morgen schon wieder drin, in die Wanzenburg, bei dein' Jenossen — aber hinter de Traillen...!" —

Ein paar Türen weiter las Kurt ein Schild: Vizepolizeipräsident Dr. Weiß, Anmeldung Zimmer 203.

„Kommt, Jungs, wir versuchen et noch mal bei dem da drin", sagte er entschlossen und hatte schon an die Tür geklopft. — Dieses Mal hielten sie sich erst gar nicht lange bei dem Sekretär im Vorzimmer auf, sondern gingen, als sie die Tür zu dem großen, danebenliegenden Zimmer offen sahen, einfach durch, ohne sich um den verzweifelten Protest des Beamten zu kümmern.

„Meine Herren..., ich bitte Sie ..., das ist doch gegen jede Vorschrift!"

„Schiet uff deine Vorschrift", dachte Tölle grimmig, und schob mit seinen breiten Schultern das dünne Männchen beiseite. — Die groben Stiefel der drei versanken lautlos in einem weichen, großen Teppich.

Am Fenster stand hinter den langen, herabhängenden Vorhängen ein kleiner, untersetzter Herr, der sich langsam umdrehte. Ein Paar zusammengekniffene Augen sahen durch den Zwicker mit einem prüfenden Blick zu den drei Arbeitern herüber, die plötzlich, so ohne jede Formalität, in seinem Arbeitszimmer standen.

„Sie wünschen...?!"

Jetzt nahm Kurt die Sache in die Hand. Er ging ein paar Schritte auf den Herrn zu.

„Sie sind der Vizepolizeipräsident Dr. Weiß, nicht wahr?"

„Allerdings — bin ich."

„Wir kommen als Delegation der Bauarbeiter der Firma Bergemann & Co." und protestieren im Namen der Belegschaft gegen das Demonstrationsverbot am 1. Mai und gegen die Schießankündigung des Berliner Polizeipräsidenten!"

Der Vizepolizeipräsident nahm langsam und ruhig die dünne, schwarze, grüngefleckte Zigarre aus dem Mund, blies den Rauch in das Zimmer und hob mit einem lässigen Achselzucken die Hand.

„Bedaure wirklich, meine Herren, aber dafür bin ich doch gar nicht zuständig. Da müssen Sie sich schon an den Herrn Polizeipräsidenten selber wenden." — Genau dasselbe — dachte er — habe ich bereits der Delegation von „Josetti — Manoli" und den Arbeitern der „Berliner Anschaffungsgesellschaft" gesagt. Was wollen die Leute bloß immer von mir? Und der nächste Gedanke war: Der Mann im Vorzimmer ist ein Idiot, er fliegt bei der nächsten Gelegenheit!

„Der Polizeipräsident ist nicht für die Berliner Arbeiter zu sprechen, und da Sie sein Vertreter sind, wollen wir wenigstens Ihre Antwort unserer Belegschaft bringen."

Der Vizepolizeipräsident sah Kurt erstaunt an. Dann drehte er sich etwas zur Seite, streifte sorgfältig die schneeweiße Asche seiner Zigarre an der schweren Bronzeschale ab und sagte: „Meine Antwort...?! Ja — ich sagte doch schon, ich bin da absolut nicht zuständig, meine Herren." —

Kurt wurde wütend. „Na — Sie haben doch schließlich ooch was dabei mitzureden! Billigen Sie denn det Verbot und diesen Erlaß, Herr Doktor, oder wie denken Sie eigentlich darüber?"

Der Vizepräsident sah die drei der Reihe nach einen Augenblick schweigend an. Von dem ernsten Gesicht des alten Tölle glitt sein Blick langsam nach unten bis auf die runzligen, verarbeiteten Maurerhände, die schwer herabhingen.

„...ja, meine Herren", antwortete er schließlich mit einer merkwürdig farblosen Stimme, „wenn ich sagen soll, was ich denke...? — ich denke überhaupt nicht!" und nach einer kleinen Pause setzte er kurz hinzu: „Sprechen Sie mit dem Chef darüber, ich kann gar nichts machen."

★

Am liebsten hätte Kurt draußen laut losgelacht. „Haste jehört, Tölle,..., der denkt überhaupt nich, ha ha... wat macht er denn überhaupt hier? — Mit de Hände braucht er nich arbeiten und mit'n Kopp kann er nicht... roocht die schwarzen Giftnudeln und kiekt aus't Fenster ... „sprechen Se mit dem Chef", sprechen Se mit meen Vater, zu deutsch, mach du, ick kann nich...! — Schweinebande, alle miteinander —!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310528-15/fragment/page=0003

Rund um den Erdball

Diesmal geglückter Aufstieg im Riesenballon

Piccards waghalsiger Flug in die Stratosphäre gelungen?

In 150 000 Meter Höhe treibt der Riesenballon dem Rheintal zu

Augsburg, 27. Mai. Bei fast windstillem Wetter und ohne jede Schwierigkeiten gelang es dem Brüsseler Universitätsprofessor Piccard am Mittwoch früh um 3 Uhr 56 Minuten zum Flug in die Stratosphäre zu starten. An Bord der hermetisch verschließbaren Aluminiumgondel des Riesenballons befindet sich außer Professor Piccard sein Mitarbeiter, der Ingenieur Kipfer. Der Riesenballon erhob sich sehr schnell in die Höhe und nahm dann südwestlichen Kurs. Bis 6 Uhr früh konnte man den Ballon, trotzdem er schätzungsweise in 5000 Meter Höhe schwebte, mit bloßem Auge verfolgen. Um 7 Uhr war der Ballon bereits in die Stratosphäre eingedrungen. Im Gegensatz zu den früheren Versuchen Piccards nahm also der Start diesmal einen glücklichen Verlauf. Eine andere Frage ist jedoch, ob dieser kühne Forscher wieder heil und gesund landen wird. Die nächsten Stunden werden darüber entscheiden.

Die Füllung des riesigen, 14 000 Kubikmeter Rauminhalt fassenden Ballons begann bereits am Donnerstag gegen 23 Uhr unter strengster Absperrung auf dem Gelände der Augsburger Ballonfabrik Riedinger. Am Mittwoch 3.20 Uhr stiegen Piccard und Kipfer in die Gondel, die dann nach kurzer Verabschiedung von der Werksleitung verschlossen wurde. 3.55 Uhr erfolgten kurze Kommandorufe, und eine Minute später erhob sich der Riesenballon. Pfeilschnell schoß er hoch, um zunächst nordwestliche Richtung einzuhalten, drehte sich dann aber in etwa 1000 Meter Höhe nach Südwesten. In eineinhalb Stunden hatte er bei drei Kilometer Entfernung schätzungsweise bereits eine Höhe von 5000 Metern erreicht. Später trieb der Ballon mehr südlich und schraubte sich bis auf 8000 Meter Höhe empor.

Gegen 7 Uhr früh wurde er über Kaufbeuren im Allgäu gesichtet. Gegen 8 Uhr von Kempten aus am nordwestlichen Horizont, etwas später über Lindau am Bodensee. Hier befand er sich bereits schätzungsweise in einer Höhe von 10 000 bis 12 000 Metern. Die Grenze der sogenannten Zirruswolken hatte er also schon überschritten.

Piccards waghalsige Pläne

Die beiden kühnen Forscher hofften, in einem Zeitraum von etwa 2 Stunden eine Höhe von 14 000 Metern und nach weiteren Stunden kleinerer Fahrt 16 000 Meter zu erreichen. Die ganze Fahrt in die Stratosphäre, einschließlich des Abstieges, sollte 6 bis 8 Stunden dauern. Nach den Meldungen der Wetterwarten rechneten sie mit einer Landung zwischen Straßburg und Basel. An Lebensmitteln haben sie, wie auch beim ersten, unglücklich verlaufenen Versuch, wieder Zwieback und Kondensmilch mitgenommen, und zwar für etwa 2 bis 3 Tage ausreichend.

Sämtliche Fachleute, die sich bisher zu diesem gefahrvollen Flug geäußert haben, sind sich darüber einig, daß Piccard und sein Begleiter ein großes Wagnis unternommen haben, dessen Ausgang um so ungewisser sei, da weder Piccard noch Kipfer Ballonpiloten mit besonders großer Erfahrung seien. Zwar haben die beiden Forscher je einen Fallschirm mit an Bord genommen, um im Notfall aus der fallenden Gondel abspringen zu können, doch sei es bei der Kugelform und den engen Aussteigelöchern der Gondel sehr fraglich, ob ein solcher evtl. notwendig werdender Rettungsversuch gelingen würde.

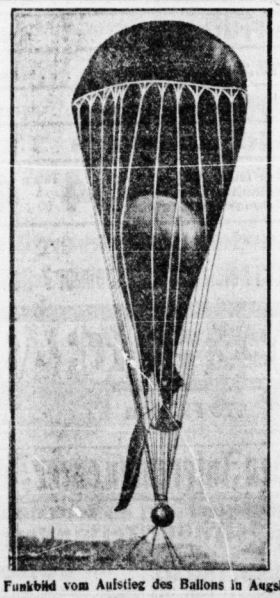
Was will Piccard in der Stratosphäre?

An sich ist die Gashülle, mit der die Erde umgeben ist, bereits bis zu 30 Kilometer Höhe wissenschaftlich erforscht. Doch da dies bisher durch Instrumente geschah, die automatisch funktionierten, also durch Ballons ohne menschliche Bemannung nach oben gebracht wurden, liegt es naturgemäß durchaus im Interesse der wissenschaftlichen Forschung, wenn sich wagemutige Pioniere finden, hier ihr Letztes für die Wissenschaft herzugeben.

Mit Flugzeugen und Atmungsgeräten wurden bisher 13 157 Meter Höhe erreicht. Dadurch war der Mensch also bereits über jene Schicht hinausgelangt, die die Wissenschaftler Troposphäre nennen und bis etwa 12 Kilometer hinaufreicht. Ueber dieser Troposphäre lagert die zweite Teilschicht unserer Atmosphäre, also die Stratosphäre. Der Uebergang zwischen diesen beiden Schichten ist allerdings kein scharfer, es ist eine mehrere Kilometer umfassende Uebergangszone. Piccard nun will hier vor allem Messungen jener Höhenstrahlen vornehmen, die von dem österreichischen Forscher Heß bereits vor Jahrzehnten festgestellt wurden und die von einer bestimmten Stelle der Milchstraße ausgesendet werden.

Die Stratosphäre, Piccards Ziel, ist allerdings noch immer nicht die äußerste Schicht des die Erde umgebenden Gasmantels. Darüber befindet sich noch die sogenannte Wasserstoffsphäre, die z. B. die Nordlichterscheinung sowie das Glühen der Sternschnuppen und Meteorite ermöglicht.

Das Wagnis dieser beiden kühnen Forscher hat alles in allem ungeheure Bedeutung für die weitere wissenschaftliche Erkenntnis und der Erforschung des Weltentraumes. Je sicherer und klarer unser Weltbild sich gestaltet, „je mehr wir also wissen, umso weniger werden wir zu glauben brauchen". Wir wünschen daher diesen kühnen Pionieren, daß sie mit guten Ergebnissen und wohlbehalten landen mögen.



Ein Funkbild vom Aufstieg des Ballons in Augsburg.

Professor Piccard (rechts) und Ingenieur Dr. Kipfer (links) in der Gondel ihres Stratosphären-Ballons.

Heraus mit den amerikanischen Arbeiterführern Mooney und Billings!

15 Jahre unschuldig im Zuchthaus

Spion beschuldigt den deutschen Geheimdienst der Organisierung von Bombenattentaten

Seit 15 Jahren befinden sich die amerikanischen Arbeiterführer Mooney und Billings im Zuchthaus. Durch die von der amerikanischen Roten Hilfe und andere Organisationen geführte Kampagne zu ihrer Befreiung ist einwandfrei erwiesen worden, daß Mooney und Billings auf Grund von Zeugenaussagen verurteilt worden sind, die samt und sonders falsch waren. Nicht ein Stäubchen von Schuldbeweis ist übriggeblieben. Trotzdem hat der Gouverneur Kaliforniens bisher alle Anträge auf eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Mooney und Billings zurückgewiesen. Offenbar gelüstet es ihn nach den Lorbeeren seines „Kollegen" von Boston, der Sacco und Vanzetti auf dem Gewissen hat.

Die beiden Arbeiterführer wurden verurteilt unter der Beschuldigung, bei einer Parade in San Franzisko ein Bombenattentat verübt zu haben, dem 19 Menschen zum Opfer fielen.

Die Angelegenheit scheint jetzt eine sensationelle Aufklärung zu finden. In Los Angeles wurde in der vergangenen Woche ein Graf von Moltke-Hoitfeld, der Neffe des deutschen Generalstabschefs, wegen Diebstahls einer Schreibmaschine verurteilt. In der Verhandlung behauptete der Graf, daß er 1916 in Neuyork für den deutschen Geheimdienst gearbeitet habe und aus dieser Zeit noch Dokumente besitze, durch die bewiesen werde,

daß der deutsche Geheimdienst das Bombenattentat in San Franzisko organisiert habe, für das Mooney und Billing verurteilt wurden.

Die Pläne für das Bombenattentat seien 1916 im Büro des deutschen Militärattaché von Igel ausgearbeitet worden. Kapitän Hintsch und ein gewisser Eisinger-Löwe hätten sollen die Dynamitmengen beschafft, verarbeitet und nach San Franzisko transportiert haben. Dokumente darüber befinden sich in einem geheimen Versteck in Brooklyn bei Neu York. Graf Moltke Hoitfeld erbot sich, diese Dokumente herbeizuschaffen. Die Angaben des Grafen sind so bestimmt, daß an ihrer Glaubwürdigkeit Zweifel kaum erlaubt sind. Trotzdem bemüht sich die deutsche bürgerliche Presse, die Unrichtigkeit der Aussagen des Grafen nachzuweisen, ohne daß ihr das Material darüber zur Verfügung steht. Diese Eile ist sehr verdächtig. Da jedoch das deutsche Auswärtige Amt mit den kalifornischen Staatsanwälten das gemeinsame Interesse hat, die Mooney und Billing entlastenden Aussagen zu entkräften, ist es möglich, daß die Angelegenheit vertuscht wird.

Die deutsche Arbeiterschaft jedoch, die ihre Pflichten der internationalen proletarischen Solidarität kennt, wird nicht dulden, daß dieser saubere Plan gelingt. Sie wird gemeinsam mit der revolutionären Arbeiterschaft Amerikas alles versuchen, damit diese seit 15 Jahren unschuldig im Zuchthaus schmachtenden Arbeiterführer nicht das Schicksal von Sacco und Vanzetti erreicht.

Der Gefangene, seine Frau, seine Kinder rufen:

Vergeßt uns nicht!
Sichert das Solidaritätswerk der RHD.!
Sammelt, gebt, spendet!
Kauft den „Solidaritätsblock" und den „Paragraphenhammer!"

Fünf Kinder ertrunken

Glogau, 27. Mai. Beim Spielen auf den überschwemmten Fleischerwiesen bei Oberau sind am Dienstagabend drei Schulknaben in der Oder ertrunken. Bis jetzt konnten erst zwei der Leichen geborgen werden.

Heilbronn, 27. Mai. Beim Spielen an einem Fabrikkanal des Neckar stürzte ein neun Jahre altes Mädchen ins Wasser. Ein sieben Jahre alter Knabe versuchte das Mädchen zu retten. Beide Kinder ertranken.

Der Grubenmord in Südchina

Bisher 47 Tote — Noch 30 Vermißte

London, 27. Mai. Die Zahl der Toten in der Kolar-Goldmine in Südindien hat sich auf 47 erhöht, einschließlich von neun Bergarbeitern, die ihren Verletzungen im Krankenhaus erlegen sind. Es werden jedoch noch immer 25 bis 30 Bergarbeiter vermißt, für deren Schicksal man ernste Befürchtungen hegt.

Schweres Zugunglück in Frankreich

Am Dienstag ist der Zug Lerouville—Verdun in der Nähe von St. Mihiel entgleist. Es wurden zwei Personen getötet und 14 Reisende verletzt.

Montageunglück bei Oldenburg

Drei Monteure abgestürzt — Zwei Todesopfer

Oldenburg, 27. Mai. Am Dienstag sind in Großenmeer bei Arbeiten an einer Telephonleitung zwei Arbeiter tödlich verunglückt, ein dritter wurde schwer verletzt.

Parallel zu der Telephonleitung läuft eine Starkstromleitung. Entweder ist nun auf unaufgeklärte Weise ein Monteur in die Starkstromleitung geraten oder es ist Starkstrom in die Telephonleitung gewesen. Ein Monteur erhielt einen schweren elektrischen Schlag. Sein Körper verbrannte sofort. Zwei Kollegen, die ihm helfen wollten, erlitten ebenfalls schwere Verbrennungen. Alle drei Arbeiter stürzten ab. Zwei Monteure waren tot. Der dritte wurde verletzt und in hoffnungslosem Zustand in ein Oldenburger Krankenhaus gebracht.

Vierfache Giftmörderin verhaftet

In Chicago ist die Zimmervermieterin Margareta Summer unter dem Verdacht des vierfachen Giftmordes verhaftet worden. Frau Summer hatte sich in allen vier Fällen die Versicherungssumme — insgesamt 12 000 Dollars — auszahlen lassen.

Verantwortlich: Richard Krause, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310528-15/fragment/page=0004

Resolution des Zentralkomitees der KPD.

über die Beschlüsse des XI. Plenums des EK. der Kommunistischen Internationale

I. Die Beschlüsse des XI. Plenums

Das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands hat in seiner Tagung vom 14. und 15. Mai 1931 zu den Beschlüssen des XI. Plenums des EKKI. ausführlich Stellung genommen und **stimmt diesen Beschlüssen vorbehaltlos und vollständig zu.**

a) Das XI. Plenum des EKKI. tagte in einer Situation, die gekennzeichnet durch die schwere, umfassende und tiefgehende Weltwirtschaftskrise in nahezu allen kapitalistischen Ländern, andererseits durch den siegreichen Vormarsch des Sozialismus in der Sowjetunion gekennzeichnet wird.

Der **Gegensatz zwischen den zwei Weltsystemen des sterbenden Kapitalismus und des aufsteigenden Sozialismus ist zur entscheidenden Achse der Weltlage geworden.**

In engster Verflechtung mit der sich auf dem Boden der Weltwirtschaft des kapitalistischen Systems entfaltenden **industriellen Krise** wütet die donnernde **Weltagrarkrise**, die auch in Deutschland besonders wütet, ihre zerstörende Wirkung fort. Millionen von selbständigen Kleinbauern, Farmern und Mittelbauern werden dem Ruin preisgegeben. In den kapitalistischen Ländern verschärfen sich die Klassengegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Revolutionäre Ereignisse, besonders in **China**, wie auch in **Indien, Java und Indochina** üben eine gewaltige revolutionierende Wirkung im Weltmaßstabe aus.

Seit den letzten Tagungen der Komintern, dem X. Plenum und dem Erweiterten Präsidium 1930, hat

der revolutionäre Aufschwung

eine Reihe von **wichtigen Veränderungen** in der Bilanz der revolutionären Entwicklung zugunsten des Weltproletariats und der Weltrevolution gezeitigt. Die wichtigsten unter den Tatsachen des revolutionären Aufschwungs sind:

1. **Die Sowjetunion ist — mit der unaufhaltsamen Verwirklichung des Fünfjahrplans in vier Jahren — in die Periode des Sozialismus eingetreten.**
2. **Die chinesische Sowjetmacht behauptet sich, gestützt auf die chinesische Rote Armee und verteidigt und erweitert ihr Territorium gegen die Offensive des Weltimperialismus und der konterrevolutionären chinesischen Bourgeoisie.**
   In Indochina erfocht die nationale Revolution entscheidende Siege unter Führung der Kommunisten und Sowjets über den französischen Imperialismus.
3. **In Deutschland beschleunigt sich der revolutionäre Aufschwung der Arbeitermassen. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat die Welle des Nationalsozialismus allgemein zum Stehen gebracht, was nicht ausschließt, daß sie noch hier und dort Wahlerfolge erzielt. Die Partei ist in die Reihen der nationalsozialistischen Gefolgschaft eingedrungen, hat zugleich einen tiefen Einbruch in die Front der sozialdemokratischen Anhängerschaft vollzogen, hat bedeutende Erfolge in der Erfüllung der Aufgabe der Eroberung der proletarischen Mehrheit und hat auch erste größere Erfolge auf dem Lande und unter dem städtischen Mittelstand erzielt.**
4. **In Spanien haben die Arbeiter und Bauern die Bourbonenmonarchie und damit die bankrotte feudalfaschistische Diktatur gestürzt. Es beginnen die ersten Kämpfe zwischen dem revolutionären Proletariat unter kommunistischer Führung und der Bourgeoisie, die gemeinsam mit der Sozialdemokratie und der Militärkaste die Revolution im Blute zu ersticken versucht.**
5. **Die indische Revolution entfaltet sich immer wuchtiger gegen den britischen Imperialismus und gegen den Verrat der Ghandibewegung.**

b) In Wechselwirkung mit dem revolutionären Aufschwung vollzieht sich im Weltmaßstabe auf dem Boden der Krise und der schweren Erschütterungen der kapitalistischen Herrschaft ein unaufhaltsames Wachstum der politischen Reaktion der Bourgeoisie bei der Verteidigung ihrer bedrohten Klassenherrschaft gegen das revolutionäre Proletariat und die Werktätigen. In der gegenwärtigen Periode geht die Bourgeoisie immer, immer stärker

zu faschistische Herrschaftsmethoden

über. Doch ist es **unrichtig**, anzunehmen, daß die faschistische Diktatur unter allen Umständen und in allen Ländern unvermeidlich die einzige Form der kapitalistischen Herrschaft werden müsse. Die faschistische Diktatur stellt **keineswegs** den **prinzipiellen** Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie dar, unter der auch die Diktatur des Finanzkapitals durchgeführt wird. Im Uebergang von den demokratischen zu faschistischen Herrschaftsmethoden drückt sich vielmehr lediglich

ein Wandel in den Formen,

organischer Uebergang von der verschleierten und versteckten zur offenen und unverhüllten, **nicht** eine Veränderung des Klasseninhalts aus.

In Deutschland versucht die SPD., als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie,

die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur, das Kabinett Brüning

das „kleinere Uebel" gegenüber einer Nazi-Regierung hinzustellen, um dadurch den **faschistischen** Charakter der Herrschaftsmethoden der Brüning-Regierung zu vertuschen. Hier würde die Tendenz einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie als prinzipiell gegensätzlicher Systeme in besonderem Maße eine Unterstützung des **sozialdemokratischen Betrugs der Arbeitermassen** und eine Abschwächung des Massenkampfes gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur bedeuten.

Eine besonders raffinierte Rolle im sozialdemokratischen Massenbetrug spielen gegenwärtig wieder die „**linken**" **Sozialdemokraten**. Um die gegen die klassenverräterische Politik der SPD. empörten und sich von ihr loslösenden Massen bei dieser Partei zu halten, führen sie eine demagogische Opposition **ohne** jede politische Konsequenz. Zum Beispiel, sie stimmen gegen den Panzerkreuzer, während sie aber sonst fast jeden sozialdemokratischen Betrug und Verrat an den werktätigen Massen aktiv mitmachen.

e) **Der revolutionäre Aufschwung stellt keinen geradlinigen und eindeutigen Prozeß dar, sondern vollzieht sich in komplizierten Widersprüchen, im ständigen Ringen zwischen den Klassenkräften der Bourgeoisie und des Proletariats.**

Jede schematische „Einteilung" des revolutionären Aufschwungs in besondere „Stufen", jede etwaige Tendenz, eine **besondere** Stufe der „politischen Krise" vor der revolutionären Krise zu konstruieren, deren Ablauf erst abgewartet werden müsse, bevor man von einer revolutionären Krise sprechen könne, — würde einen Verzicht auf die lebendige marxistische Analyse des revolutionären Aufschwungs und ihre Ersetzung durch scholastische Formeln darstellen. Ein solcher **Mißbrauch** des Ausdrucks politische Krise, wie er in einzelnen kommunistischen Parteien unterlief, stellt zugleich ein gewisses **Zurückweichen** vor den Aufgaben dar, die der Partei in der Richtung der Beschleunigung und **Ausnutzung der revolutionären Krise** erwachsen.

In Deutschland vollzieht sich zur Zeit eine

Steigerung der Voraussetzungen der revolutionären Krise

Sie äußert sich, wie die **Thesen des Plenums** feststellen:

„. . . in einem Wachstum der revolutionären Kräfte des Proletariats (Wachstum der Kommunistischen Partei um 50 Prozent, Wachstum der revolutionären Massenorganisationen); in der einsetzenden Untergrabung der Massenbasis der Sozialdemokratie; in der Entfesselung des Massenkampfes gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur; in der Zurückdrängung der faschistischen Bewegung auf Grund des Programms der sozialen und nationalen Befreiung der werktätigen Massen; in der Gewinnung neuer Schichten der Ausgebeuteten für die proletarische Revolution unter der Losung der Volksrevolution; in der zunehmenden Unsicherheit der herrschenden Klassen, die von politischen Umgruppierungen der Bourgeoisie begleitet ist; in dem Anwachsen der Unzufriedenheit der breitesten Massen gegen das Joch des Versailler Systems und des Youngplans. Der erfolgreiche Kampf gegen den Faschismus erfordert in Deutschland eine rechtzeitige Entlarvung der Brüningregierung als Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur. Die ökonomische Krise in Deutschland führt zu einer außerordentlichen Verschärfung der Klassenkämpfe und zu wachsenden politischen Erschütterungen, was die Steigerung der Voraussetzungen einer revolutionären Krise beschleunigt."

Aufgabe der Partei ist es, durch die von ihr geführten Kampfaktionen der Massen diesen Prozeß im Rahmen der objektiven Bedingungen zu fördern und sein Tempo zu beschleunigen.

Für alle kommunistischen Parteien steht heute die Aufgabe, die Kämpfe des Proletariats und aller Werktätigen **selbständig** vorzubereiten, auszulösen und zu **führen**. Mit Recht stellte das XI. Plenum fest, daß für viele Parteien ein **Zurückbleiben hinter dem revolutionären Aufschwung** zu verzeichnen ist. Das Plenum des ZK. der KPD. konstatiert, daß auch unsere Partei trotz ihrer politischen und organisatorischen Erfolge **nicht voll** die Möglichkeiten des revolutionären Aufschwunges **ausgeschöpft** hat.

d) Im Gefolge der Krise und des revolutionären Aufschwunges verschärfen sich alle imperialistischen Tendenzen der Bourgeoisie.

Die Kriegsrüstungen

werden ungeheuerlich gesteigert. Die Konflikte der imperialistischen Mächte untereinander nehmen heftigere Formen an, wobei nach wie vor der Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und England den wichtigsten Knotenpunkt der **imperialistischen Widersprüche bildet.**

Gleichzeitig wächst vor allem die Hauptgefahr des konterrevolutionären Interventionskrieges der Imperialisten gegen die Sowjetunion, je größer die Erfolge des sozialistischen Aufbaues werden, zu unerhörter Schärfe.

Die **deutsche Bourgeoisie** will ihre imperialistischen Bestrebungen im Rahmen der durch den verlorenen Weltkrieg dem deutschen Imperialismus gegebenen Möglichkeiten befriedigen, wobei sie versucht, die Fesseln des **Versailler Systems zu lockern**, um Konzessionen zu erreichen. Diesem Zwecke dient ihr Bestreben in der Frage der **deutsch-österreichischen Zollunion**. Dem sich hieraus ergebenden Widerstand der Siegermächte versucht die deutsche Bourgeoisie zu begegnen durch weitgehende Konzessionen in der verschärften Einreihung in die **Antisowjetfront**.

Die Verteidigung der Sowjetunion gegen den Weltimperialismus

ist eine der wichtigsten zentralen Aufgaben für alle kommunistischen Sektionen. Diese bedeutsame Aufgabe kann nur erfüllt werden durch den **unerbittlichen Kampf zum Sturz der eigenen Bourgeoisie**. Der Kampf des Proletariats gegen die imperialistischen Kriegshetzer kann zwar die drohende Gefahr des Krieges nicht abwenden, solange er nicht zum Sturz des kapitalistischen Systems führt, wohl aber die **Atempause** für den friedlichen sozialistischen Aufbau der Sowjetunion verlängern und günstigere Voraussetzungen für eine Umwandlung des künftigen imperialistischen Krieges in die proletarische Revolution schaffen. Aus diesem Grunde muß die Partei die werktätigen Massen gegen die imperialistische Kriegsgefahr mobilisieren und in systematischer Vorbereitung

den Antikriegstag am 1. August

zu einem Massensturm gegen den Imperialismus und seine Lakaien gestalten.

Für die KPD., die ihren revolutionären Kampf in einem besiegten, vom Imperialismus der Versailler Siegermächte unterjochten und ausgeplünderten Lande zu führen hat, steht besonders dringlich das Problem des **internationalen revolutionären Kampfbündnisses**.

Der revolutionäre Freiheitskampf des deutschen Proletariats ist kein Problem der deutschen Kommunisten allein, sondern ein **internationales** Problem. Das XI. Plenum des EKKI. hat besonders nachdrücklich diese internationale Fragestellung des revolutionären Kampfes in Deutschland unterstrichen und die kommunistischen Parteien **Frankreichs, Englands, Polens, Italiens** und **Belgiens** auf ihre Pflicht einer offensiven Verteidigung des sozialen und nationalen Freiheitskampfes der Arbeiter und Werktätigen Deutschlands hingewiesen. Für die KPD. steht erst recht die Aufgabe, im Kampf für ihr Freiheitsprogramm, gemäß den Beschlüssen des Januarplenums des ZK., das **Banner des proletarischen Internationalismus** zu entrollen und die engste **Verbrüderung** mit den Arbeitern der Nachbarländer, sowie vor allem mit dem Proletariat der Sowjetunion, durchzuführen.

II. Die wichtigsten Aufgaben der KPD.

a) Die deutsche Bourgeoisie macht, gestützt auf die Sozialdemokratie als wichtigste Hilfstruppe, den ernsten Versuch, die Tributlasten des räuberischen Youngplans und die verheerenden Auswirkungen der Krise ausschließlich auf die Massen des Proletariats und der werktätigen abzuwälzen und den Widerstand dieser Massen durch brutale Gewaltmethoden und den Raub aller politischen Rechte zu brechen. Angesichts dieses

systematischen Ausplünderungs- und Unterdrückungsfeldzuges der herrschenden Klasse

erwächst der Partei die zentrale Aufgabe, an allen Fronten des Klassenkampfes Millionen werktätiger Massen zur **Verteidigung ihrer sozialen Interessen und ihrer politischen und kulturellen Forderungen in den Kampf zu führen**, die Abwehraktionen und Tageskämpfe der Massen zu entfesseln und zusammenzufassen. Die Partei muß dem Kapitalismus und der Hungeroffensive der Bourgeoisie die

wirksame Gegenoffensive des Proletariats und aller Werktätigen

entgegenstellen. Alle Einzelkämpfe und Einzelaktionen gilt es, aufs stärkste zu fördern und in die **umfassende Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit** einmünden zu lassen. In der Entfaltung der Volksaktion erlangen die Einzelaktionen und -kämpfe immer größere politische Bedeutung, wobei der **politische Massenstreik** zu einer immer bedeutenderen Waffe im Klassenkampf wird.

b) Dieser Kurs auf die Volksaktion gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde hat die Erfüllung bestimmter entscheidender Anforderungen unserer Massenarbeit

im Kampfe um die Eroberung der Mehrheit des Proletariats

und die Herstellung der proletarischen Hegemonie unter stärkster Einbeziehung der werktätigen Massen zur Voraussetzung. Im einzelnen handelt es sich dabei um folgende **dringlichste Aufgaben:**

1. **Wirkliche Mobilisierung der ganzen Arbeiterklasse gegen die neue Offensive der Unternehmer auf die Löhne und Arbeitsbedingungen. Dazu rascher und fester Aufbau der RGO. einschließlich der Roten Einheitsverbände zu umfassenden gewerkschaftlichen Massenorganisationen des Proletariats. Als unerläßliche Voraussetzung zur Erfüllung dieser Aufgaben eine tatsächlich geleitete, intensive systematische und andauernde Oppositionsarbeit in den reformistischen, christlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbänden, um die Massen der fast 7 Millionen in diesen Gewerkschaften Organisierten für die revolutionäre Einheitsfront zu gewinnen. Die bisherigen unverzeihlichen Schwächen auf diesem Gebiete unserer Massenarbeit haben zu einem großen Tempoverlust geführt. Diese Versäumnisse sind mit ein Hemmnis für die erfolgreiche Durchführung von Wirtschaftskämpfen. Die systematische Vertiefung der Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften ist aufs engste verbunden mit der aufsteigenden politischen und organisatorischen Arbeit der RGO.**

2. **Stärkster Kurs auf die Großbetriebe, Schaffung und Politisierung der Betriebszellen, Ausbau des revolutionären Vertrauensleutekörpers, Belebung der politischen Tätigkeit der roten Betriebsräte, Schaffung und Aktivierung von Betriebsgruppen der RGO., Ein-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310528-15/fragment/page=0005

stellung der Werbearbeit der Partei auf die Verankerung in den Großbetrieben.

3. Größtmöglichste Belebung der zur Zeit sehr vernachlässigten Arbeit unter den Erwerbslosen, festere Organisierung und Mobilisierung der Erwerbslosenbewegung im Kampfbündnis mit den Betriebsarbeitern, gegen die reformistische Verräterparole der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, für den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich, breiteste Popularisierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der KPD.

4. Steigerung unseres Einflusses unter der proletarischen Jugend, Mobilisierung besonders gegen die drohende Arbeitsdienstpflicht für Jugendliche. Schaffung einer Massenkinderbewegung durch aktive Unterstützung des Pionierverbandes. Engste Verbindung der unteren und mittleren Parteileitungen mit den Leitungen des KJV. zur Verstärkung der Arbeit des KJV.

5. Wirkliche konkrete praktische Arbeit zur Erfassung, Mobilisierung und Eingliederung der Frauen in alle Kämpfe, — das ist insbesondere jetzt möglich, wo unter den Auswirkungen der Krise, der Erwerbslosigkeit, der Teuerung, des Unternehmerangriffs, der Kulturreaktion (§ 218) die Arbeiterinnen, Angestellten und Hausfrauen noch schwerer betroffen sind als die Männer.

6. Der Kampf um die Gewinnung der SPD.-Arbeiter unter stärkster Anwendung der Einheitsfrontpolitik von unten, wobei gegenwärtig unsere Kampagne gegen den SPD.-Parteitag in Leipzig und besonders gegen die volksfeindliche Politik der Preußenregierung als wichtigste Stütze der Brüningdiktatur konzentriert werden muß. In derselben Linie liegt die Gewinnung der christlich organisierten Arbeiter und der Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften, die das organisatorische Fundament der Brüningregierung und der Zentrumspartei in den proletarischen Massen bilden.

7. Fortsetzung unserer Offensive gegen die Nationalsozialisten und alle anderen faschistischen Organisationen (Stahlhelmaufmarsch in Breslau). Steigerung unseres ideologischen Massenkampfes unter den nationalsozialistischen Anhängern und rebellierenden SA.-Mitgliedern, ohne eine Abschwächung des wehrhaften Massenkampfes gegen jeden faschistischen Terror zuzulassen.

8. Verstärkte Gegenoffensive auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Mobilisierung aller durch die Sozialreaktion betroffenen Millionenschichten unter breiter Anwendung der Einheitsfrontpolitik.

9. Verstärkter Kampf und Sammlung aller proletarischen und intellektuellen Schichten gegen die immer schärfer vorstoßende Kulturreaktion auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens.

10. Entschiedene und kühne Wendung unserer Arbeit auf dem Lande, besonders unter den Landarbeitern und speziell unter den Massen der Millionen Klein- und Mittelbauern, wie auch der Winzer, Gemüsebauern und Klein-Fischer, die heute noch ein bedeutendes Reservoir für den Faschismus abgeben, aber im Gefolge der Agrarkrise, mit ihrem Ruin zahlloser Existenzen, immer stärker radikalisiert und an die Seite der Arbeiterklasse gedrängt werden.

11. Aktivierung unserer Arbeit unter dem städtischen Mittelstand, den Angestellten und Beamten.

12. Planmäßige Einbeziehung der proletarischen Massenorganisationen in die Kampagnen und Aktionen der Partei und der Massen. Die Massenorganisationen müssen zu Schulen der revolutionären Massenbewegung und Reservoire der Parteiorganisationen werden.

c) Die bevorstehenden Aufgaben müssen von der gesamten Partei mit größter Beschleunigung in Angriff genommen und gelöst werden, wenn nicht die verbrecherische Politik der Bourgeoisie von Stufe zu Stufe zur Durchführung gelangen soll. Diese Aufgabe kann nur erfüllt werden, wenn die Partei bei ihrer inneren Festigkeit und beispiellosen Geschlossenheit alle Tendenzen, Strömungen und Abweichungen von der Generallinie der Partei rechtzeitig beseitigt.

Die innerparteiliche Hauptgefahr

bleibt nach wie vor der rechte Opportunismus in der Praxis (häufiges Ausweichen vor der Kapitalsdiktatur, Zurückbleiben der Partei trotz der günstigen objektiven Bedingungen, Unterschätzung der Rolle der Partei, ungenügende, schwächliche und oft nicht politische Arbeit der Betriebszellen, nicht genügende Vertretung der Klasseninteressen durch unsere roten Betriebsräte und Funktionäre in den Betrieben, Regierung der Massenarbeit an der innergewerkschaftlichen Front, vereinzeltes Zurückweichen bei faschistischen Ueberfällen auf das Proletariat usw.)

Außer der rechten Gefahr sind in der Partei auch sektiererische Auffassungen vorhanden, die sich äußern in der Negierung der Anwendnug der Einheitsfronttaktik, Vernachlässigung der Werbearbeit und der Konzentrierung der Arbeit auf die Betriebe, der Unterschätzung der Bedeutung der Erwerbslosenbewegung, der ungenügenden Beachtung der Fraktionsarbeit in allen proletarischen Massenorganisationen (Rote Gewerkschaften usw.)

Zur Bewältigung aller dieser Aufgaben

benötigt die Partei neue Kader, die sie sich schaffen muß durch die unermüdliche Heranziehung neuer Kräfte aus den Betrieben, in den Zellen und Ortsgruppen, in der Verstärkung und Verbesserung aller Leitungen durch Betriebsarbeiter, unter genügender Berücksichtigung von Frauen und Jungarbeitern. Die Auflage der Parteizeitungen entspricht in keiner Weise den für die Partei objektiven günstigen Bedingungen, Schaffung vieler neuer Betriebszellen-, Häuserblock- und Ortszeitungen, intensivste Werbearbeit für die Parteipresse sind ein unbedingtes Erfordernis. Die Festigung und Politisierung der Kader, die Steigerung ihrer Aktivität ist die erste Voraussetzung zur Ueberwindung der Fluktuation.

d) Die neuen Ankündigungen des sogenannten „Sparprogramms" Brünings vervollständigen das Programm der sozialen, politischen und kulturellen Reaktion, das seitens der Bourgeoisie unter stärkster und aktiver Mithilfe der Sozialdemokratie seit Beginn der Brüningaera durchgepeitscht wird.

Die Preußenpolitik der SPD. ist die Hauptstütze dieses Brüningkurses

und hat das schwarzrotgoldene Preußen zu einem Hort der finsteren Reaktion in Deutschland gemacht.

Der Kampf gegen die Preußenregierung ist deshalb ein entscheidender Teil unseres allgemeinen Massenkampfes gegen die Kapitalsdiktatur und den Faschismus.

e) Mit der Steigerung des Heranreifens der Voraussetzungen der revolutionären Krise in Deutschland gilt es, unter stärkster Popularisierung der sozialistischen Erfolge in der Sowjetunion, immer stärker dem kapitalistischen Niedergang den revolutionären Ausweg aus der Krise durch die Volksrevolution, durch den Kampf für ein sozialistisches Sowjetdeutschland entgegenzusetzen.

Das Plenum des ZK. stellt fest, daß die Konzentration der Agitation und Propaganda der Partei auf die

strategische Hauptlosung der Volksrevolution

wie sie das Januarplenum festgelegt hat, in der Praxis nicht in genügendem Maße durchgeführt wurde. Das Plenum des ZK. weist **darauf hin, daß diese Schwäche unter allen Umständen überwunden** werden muß.

f) Im Kampf gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Brüningregierung und ihrer sozialdemokratischen Lakaien gegenüber dem revolutionären Proletariat gilt es, alle Kräfte der Massen zur entschlossenen Verteidigung der revolutionären Partei des Proletariats und aller politischen Rechte des werktätigen Volkes zu mobilisieren.

Je aktiver, je kühner und verbundener mit den breitesten Massen die Partei ihren Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur organisiert, desto stärker wird es ihr gelingen, die Bourgeoisie in der Durchführung der Hungeraktion zu hemmen und das Tempo der Voraussetzungen der revolutionären Krise in Deutschland zu beschleunigen.

Ueber 100000 „Rote Wähler"

Von Walter Stoecker

Seit einem Jahre gibt die kommunistische Reichstagsfraktion unter dem Titel „Der Rote Wähler" ein Mitteilungsblatt heraus, daß eine außerordentlich nützliche Ergänzung unserer Tagespresse darstellt, indem es vor allem Dokumente und Tatsachen aus der Politik im Reichstag bringt. Jede der bisher erschienenen Nummern enthält geradezu eine Fülle von Material über die Stellungnahme der einzelnen Parteien, insbesondere der Sozialdemokratie, der Nationalsozialisten und des Zentrums zu allen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen.

Besonders wertvoll ist der „Rote Wähler" dadurch, daß er diese Haltung der Parteien nicht nur im allgemeinen, sondern durch konkrete Wiedergabe der betreffenden Anträge, Interpellationen, Abstimmungen oder Reden bringt, so daß es sich um ganz einwandfreies, hieb- und stichfestes Material handelt, das in der Agitation immer besser wirkt, als allgemeine Behauptungen.

Außerdem berichten die einzelnen Sachberater der kommunistischen Reichstagsfraktion (sei es der Außenpolitik, der Aufrüstungspolitik, der Wohnungspolitik, der Kulturpolitik usw.) über die jeweiligen Vorstöße der Bourgeoisie auf dem betreffenden Gebiet. In jeder Nummer erscheinen Beiträge der Genossen: Walter Stoecker, Theo Neubauer, Hans Schröter, Ernst Torgler, Edwin Hörnle, Siegfried Rädel, Olga Körner, Georg Schumann, Anton Jadasch, Ernst Putz und Erich Glückauf. Zahlreiche Statistiken ergänzen das wertvolle Material. Ferner bringt eine jede Nummer unter der Rubrik „Parlamentarische Köpfe" eine lebendige Schilderung je eines führenden Parlamentariers der gegnerischen Parteien.

Häufig erscheint der „Rote Wähler" als Spezialnummer. So war die Februar-Nummer eine antifaschistische Nummer, ausschließlich dem Kampf gegen die Nationalsozialisten gewidmet und eine Fundgrube für die Agitation gegen die Nationalsozialisten.

Die Märzausgabe war eine Young-Nummer, besonders dem Brüning-Etat gewidmet und brachte eine außerordentlich wertvolle Schilderung des Klassenetats der Young-Republik. Im Juni wird eine besondere Anti-Zentrums-Nummer, im Juli eine Antikriegsnummer und im August eine besondere Mittelstandsnummer erscheinen.

So ist der „Rote Wähler" nicht nur ein ausgezeichnetes Material für unsere Redner und Funktionäre in den Betrieben und proletarischen Organisationen, sondern auch ein glänzendes Organ zur agitatorischen Massenverbreitung. Zahlreiche Zuschriften, wie auch die vom Monat zu Monat steigende Massenauflage zeigen, daß der „Rote Wähler" in den Massen der Werktätigen immer mehr Zustimmung und Verbreitung findet. So stieg die Auflage des „Roten Wählers" von Monat zu Monat und zwar im Mai zum erstenmal über 100 000. Während im Monat April 90 000 Exemplare verbreitet wurden, ist diese Ziffer

im Mai auf 115 000 gestiegen.

Das Ziel, daß sich unsere Genossen gesteckt haben, ist aber die Steigerung der Verbreiterung auf ¼ Million. Wer den „Roten Wähler" kennt, weiß, daß die Erreichung dieses Zieles durchaus möglich ist.

Der „Rote Wähler" erscheint monatlich einmal achtseitig in Zeitungsformat und ist in allen Parteibuchhandlungen und Literaturstellen für nur 10 Pf. für die Nummer zu erhalten. Der „Rote Wähler" ist auch durch die Post zu beziehen und kostet einschließlich Bestellgeld pro ¼ Jahr 31 Pf.

So erfreulich die Auflage von Monat zu Monat steigt, so läßt doch die Verbreitung in vielen Bezirken noch viel zu wünschen übrig. Alle Partei-Arbeiter und Funktionäre in den Massenorganisationen, alle Betriebs- und Straßenzellen, wie alle örtlichen Leitungen der Partei und der Massenorganisationen sollten sofort Stellung nehmen, wie, mit welchen Mitteln und Methoden die Verbreitung gesteigert werden kann.

Der „Rote Wähler" ist für die Gewinnung der sozialdemodemokratischen, nationalsozialistischen, christlichen und parteilosen Werktätigen für unseren Kampf und unser Ziel eine glänzende Waffe, die weit besser ausgenutzt werden muß. Er schafft auch die beste Verbindung zwischen der kommunistischen Reichstagsfraktion und den Massen der Werktätigen.

Deshalb sollte sich jeder Bezirk, jede Zelle und jede Ortsgruppe die Aufgabe stellen, die Verbreitung des „Roten Wähler" in den nächsten Wochen mindestens zu verdreifachen. Und zahlreiche glänzende Beispiele zeigen, daß dies durchaus möglich und keinesfalls schwer ist.

Achtjähriger gibt Ratschläge zum Schulstreik

In den letzten Tagen ist ja in der Zeitung schon immer viel davon berichtet worden, daß die Erwerbslosen in Bitterfeld und den umliegenden Orten sich wehren gegen die weitere Kürzung der Erwerbslosenunterstützung. Die Kinder haben unter den traurigen Verhältnissen am meisten zu leiden. Sie, die doch erst einmal groß und stark werden wollen, können von ihren Eltern nicht das Allernotwendigste an Lebensmitteln bekommen. Schon ehe die Kinder anfangen können zu arbeiten, sind sie ausgemergelt. Das heißt, sie sind noch gar nicht kräftig gewesen. Aber auch daran ist das kapitalistische System schuld, das so „herrlich" ist, daß in manchen Orten die Mehrzahl der Arbeiter stempeln gehen müssen und nichts verdienen. Die Arbeiterkinder, die natürlich sehr oft ihre Eltern klagen und schimpfen hören, die jeden Tag sehen müssen, wie die Mutter sich sorgt, um nur ein Mittagsbrot für die Familie zu haben, sie denken natürlich schon frühzeitig angestrengt nach, wie sie denn als Kinder helfen können, daß diese Zustände einmal andere werden.

Wenn es dann zu solchen Empörungsausbrüchen kommt wie jetzt im Bitterfelder Revier, dann sind die Kinder mit vollem Herzen dabei. Denn sie wissen, es geht hier darum, daß sie einmal sich satt essen können oder ein wenig besseres Zubrot als ewig die billige Margarine bekommen können.

Kürzlich war Erwerbslosenversammlung in Holzweißig. Die Eltern hatten schon einige Tage vorher gesagt, daß sie ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken würden, wenn sie ihnen nichts mehr zu essen geben könnten. Auch in dieser Versammlung wurde viel über den Schulstreik diskutiert. Aber da diskutierten nicht nur die Eltern,

sondern ein kleiner Achtjähriger stand auf und gab den großen Genossen praktische Ratschläge, wie die Sache angefaßt werden müsse.

Die Lehrer in den Schulen, die sehen, wie immer müder und matter die Kinder werden, erklären, daß sie es vollständig verstehen können, wenn die Kinder nicht mehr zur Schule kommen. Es ist sehr wichtig, daß, wenn die Forderungen der Erwerbslosen nicht bewilligt werden, mit aller Energie an die Organisierung des Schulstreiks herangegangen wird. Genossen, wenn jetzt in allen Orten schon starke Gruppen der roten Jungpioniere bestehen würden, wie gut würde das für die Organisierung des Schulstreiks sein. Die Arbeiterschaft wird doch aber in der nächsten Zeit noch viel mehr Kämpfe um ihre Existenz führen müssen. Auch da braucht ihr die Arbeiterkinder mit. Darum jetzt heran an die Arbeit:

Rote Jungpioniergruppen in jedem Ort.

Die neue Notverordnung

bringt noch mehr Hunger und neues Elend über die Werktätigen. Die Ereignisse im Bitterfelder Gebiet sind Anzeichen für die beginnende

Gegenoffensive

Die Arbeiteröffentlichkeit will informiert sein, welchen Widerhall und Stimmungen die Ereignisse in den Betrieben und Stempelstellen ausgelöst haben.

Deshalb Arbeiterkorrespondenten berichtet täglich

Helbraer Arbeiterkinder berichten

(Kinderkorrespondenz)

Ich will euch einmal ein paar Fälle erzählen, wie die Lehrer mit uns umgehen. Lehrer Riedel ist euch allen bekannt. Daß er in der SPD ist und mit im Stadtparlament sitzt, wißt ihr wahrscheinlich nicht. Also dieser SPD-Lehrer hat für uns Arbeiterkinder einen Stock, und wenn jemand seine Aufgaben nicht richtig erfüllt oder fehlerhaft macht, dann gibt es Schläge. Zu Ostern mußten wir verschiedene neue Bücher haben. Dieses benötigt ihr, sagte der Lehrer. Aber er sagte uns nicht, wovon unsere Eltern das Geld dazu hernehmen sollen.

Ein Mädchen berichtet: In unserer Klasse sieht es auch nicht gerade rosig aus. Weil wir im Lesebuch kein Lesezeichen hatten, mußten wir nachsitzen. Unsere Lehrerin scheint es überhaupt mit dem Nachsitzen schaffen zu wollen. Wenn in einer schriftlichen Arbeit einige Fehler sind, müssen wir die ganze Arbeit fünf- bis zehnmal und noch öfter abschreiben, oder sogar von Ostern bis Pfingsten jede Woche mehrere Stunden nachsitzen.

Demgegenüber macht es allerdings Spaß, wenn beim Turnen, wie es vorgekommen ist, die Kinder dem Lehrer Zimmermann einige kräftige „Rot-Front"-Rufe entgegenschleudern.

Dieses mutige Auftreten der Kinder zeigt, daß sie wissen, wo sie hingehören. Sie werden es verstehen, durch Schaffung einer starken Jungpioniergruppe den Kampf gegen Prügel und Nachsitzen in der Schule aufzunehmen.

Artur Gerlach

A.-K. Eisleben. Durch Unfall verstarb plötzlich unser Genosse Gerlach. Er kam auf tragische Weise ums Leben. Genosse Gerlach war als ausgesteuerter Erwerbsloser durch das Arbeitsamt Eisleben als Aushilfe für den Zirkus Sarrasani vermittelt. Ein Lastwagen zerquetschte ihm den Kopf, zerbrach zwei Rippen und trennte den linken Fuß völlig ab. Eine Witwe und zwei Kinder trauern um den Ernährer. Innerhalb unserer Organisation hat er stets seine Pflicht erfüllt und wir werden seiner stets gedenken, indem wir in seinem Sinne weiter arbeiten. Die Beisetzung der Urne nach der Einäscherung wird noch bekanntgegeben.

Verband proletarischer Freidenker, Ortsgruppe Eisleben.

Arbeiter-Sport

Bezirk Halle, Fußballsparte!

Am 28. Mai, 18.30 Uhr, findet nach das Spiel 1547 Reideburg 1—Bruckdorf statt.

Berichtigungen zu den Gesellschaftsspielen am 31. Mai

Die Spiele Fortuna 2 und 3—ASC 2 und 3 finden eine Stunde früher als veröffentlicht statt. FSB Jgd.—Atlas Jgd. findet 11 Uhr seinen Anfang. Friedrichschwerz 3—Merseburg 3 14 Uhr. Friedrichschwerz 2—Merseburg 2 14.30 Uhr. Friedrichschwerz 1—Merseburg 1 17 Uh.

Im Spiel 1525 spielt nicht Sportlust 1, sondern Weßmar 1 gegen Reideburg.

Rundfunk-Programm

Freitag, den 29. Mai

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst. Verkehrsfunk. Tagesprogramm. 10.10 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Berichten, verbunden mit Schallplattenkonzert. 12 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 12.05 Uhr: Das klassische Menuett (Schallplatten). 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen (Schluß 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervorausage, Börsenbericht. Anschließend: Deutsche Volkslieder (Schallplatten). 14 Uhr: Wissenschaftliche Umschau (Antisowjet-Literatur). 14.30 Uhr: Studio des deutschen Rundfunks „Der Wettstreit der Uebersetzungen". 15.15 Uhr: ... der Landfrau. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Mit jungen ... auf Reisen. 16.30 Uhr: Aus romanischen Opern. 17.30—17.35 Uhr: Wetteransage und Zeitangabe. 17.35 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18.05 Uhr: ... versicherungsrundfunk. 18.25 Uhr: Sprachenfunk. Englisch. 18.50 Uhr: ... geben Auskunft ... 19 Uhr: Wohnungsbau und Reichsnotverordnung. 20 Uhr: Unterhaltungskonzert. 21 Uhr: Tagesfragen der Wirtschaft. ... „Hochstapler". 22.10 Uhr: Nachrichtendienst. 22.30 Uhr: Collegium ... Anschließend bis 23.30 Uhr: Unterhaltungsmusik (Schallplatten).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310528-15/fragment/page=0006
DFG

Durchkreuzt die Pläne der Giftkönige

Massenentlassungen in Leuna

Erneut fliegen 4000 Arbeiter und Angestellte auf das Straßenpflaster — RGO und KPD sollen ausgerottet werden — Den roten Angestelltenrats-Kandidaten flatterten die Kündigungen ins Haus — Neuer erbärmlicher Verrat der Sozialfaschisten — Nur der Streik kann hier helfen!

Der „Leuna-Prolet" brachte einen grundsätzlichen Artikel über die Massenentlassungen im Leuna-Werk. Er ist von allgemeinem Interesse, wir drucken ihn daher auszugsweise ab:

Der brutale Hungerkurs der Leuna-Könige wird fortgesetzt. Neue Massenentlassungen stehen bevor. Die gesamte Belegschaft wird abermals erheblich reduziert. Der Ausspruch eines Direktionsmitgliedes, der vor einigen Jahren fiel, wird in die Tat umgesetzt:

Mit 6000 Mann läßt sich die Produktion des Leuna-Werkes aufrecht erhalten!

Durch die bürgerliche Presse gehen Dementis unter dem Motto: „Kein neuer Abbau in Leuna". Die Behauptungen über Massenentlassungen seien „aus der Luft gegriffen", heißt es. Es wird von den Zeitungen betont, daß für die Durchführung großer Abbaumaßnahmen die Zustimmung des Demobilmachungskommissars (Regierungspräsident) notwendig sei. Dabei hat bei Verhandlungen des Betriebsausschusses des Leuna-Werks mit der Gewerbeausschußbehörde in Merseburg im Beisein der Direktionsvertreter der Oberregierungsrat Bahner erklärt, **daß der Demobilmachungskommissar früher, vor einigen Jahren gefragt werden mußte, aber heute haben die Demobilmachungsvorschriften praktisch gar keine Bedeutung mehr!**

Die derzeitigen Beteuerungen der Leuna-Direktion, es werden keine Entlassungen mehr vorgenommen, kann niemand glauben, der die Praxis der Giftkönige zur Genüge kennt, denn was die Leuna-Gewaltigen unter Nichtentlassung verstehen, sind Demagogenstückchen allerersten Ranges. Die Herrschaften bedienen sich vorwiegend zweier Methoden, um die Belegschaftsziffern fortgesetzt herunterzudrosseln im Interesse ihrer Millionenprofite.

Die erste Methode zur Massenentlassung

Die schon länger angewandt wird, ist der Abbau gelernter Arbeiter. … hält man vor die Alternative: „Wollen Sie Beschäftigung als Anstreicher oder überhaupt als ungelernter Arbeiter annehmen, dann können Sie sich ihre Arbeit im Werke sichern. Wenn nicht, dann können wir Sie nicht entlassen, sondern Sie sind gegangen ..."

Viele Arbeiter verlassen darauf den Betrieb, was eine vollkommen falsche Handlung ist, auf die wir noch besonders zurückkommen werden.

Bei den Verhandlungen vor dem Gewerbeaufsichtsamt hat der Herr Oberregierungsrat es auch ganz unerhört gefunden, daß die Leute anstatt als Anstreicher zu gehen, dem Werk den Rücken kehren. Die roten Betriebsräte haben dem Mann erwidert, daß die Kollegen alle im Werke bleiben und daß sie auch Anstreicherarbeiten verrichten würden, wenn sie den gleichen Lohn, den sie als gelernte Arbeiter hatten, erhielten. **Die Degradierung zum Hilfsarbeiter bedeutet aber einen riesigen Lohnabbau für die betreffenden Kollegen. Sie verdienen ja bei den Anstreichern und den Kanalräumern, bei giftiger schmutziger Arbeit gerade so viel als ihre Erwerbslosenunterstützung ausmacht, wenn sie stempeln gehen, nämlich zirka** [illegible] Mark pro Woche.

Wird ein Anstreicher entlassen, so verringert sich übrigens auf Grund des niederen Verdienstes, den er erhielt, auch die Erwerbslosenunterstützung ganz erheblich, so daß er doppelt und dreifach betrogen wurde.

Auf diese richtige Darstellung hin wußte der Herr Oberregierungsrat nichts weiter zu sagen. Er entlarvte sich bei einem Vorschlag, den er machte, noch vollends. Er fand es vom Leuna-Werk zu wenig angebracht, daß entlassenen Arbeitern Abfindungssummen gezahlt werden. (!) Falls sich die Abfindungen nicht überhaupt verhindern ließen, sollen diese wenigstens in Ratenzahlungen nach und nach ausgezahlt werden. — **Also Abfindung auf Stottern!**

Der Oberregierungsrat dokumentierte mit seinem Ausspruch, daß die Regierungsbehörden im kapitalistischen Deutschland als ihre vornehmste Pflicht es ansehen, die Belange der kapitalistischen Wirtschaft wahrzunehmen.

Die zweite Methode zur Massenentlassung

Die erst jetzt in letzter Zeit angewandt wird, ist noch raffinierter als die erste. „Ueberflüssige" Arbeiter werden neuerdings vor die Frage gestellt: „Entweder Sie nehmen Arbeit bei den bauenden Firmen an, oder aber Sie wählen selbst Ihre eigene Entlassung." Nach Meinung der Werksleitung können die Leuna-Proleten froh sein, wenn sie den bauenden Firmen überwiesen werden, denn da haben sie „wenigstens Beschäftigung" bekommen.

Was bedeutet das?

Es bedeutet, daß der Leuna-Arbeiter auf Urlaub, auf Prämienzahlung, kurz auf alles verzichtet, was ihm im Betrieb bisher zustand. Bei Uebertritt zur Firma scheidet er aus dem Dienste des Werkes aus. **Die Leuna-Könige sparen, wenn er die Arbeit bei der Firma annimmt, die Abfindungssummen, die sie sonst bei Entlassungen auszahlen. Es ist ganz klar, daß die Beschäftigung bei der bauenden Firma nach einigen Wochen beendet ist und daß dann die Kollegen in die große Stempelarmee eingereiht werden. Die Firmen nehmen dann wiederum vorübergehend vom Werk entlassene Arbeiter auf.**

Direktionslakaien entlarven sich

Von den reformistischen Gewerkschaftsbonzen und Betriebsräten ist nichts anderes zu erwarten, als daß sie sich stets für die Leuna-Könige einsetzen und konsequent deren Programm durchsetzen helfen. Bei den Verhandlungen vor der Gewerbeaufsichtsbehörde zeigte sich das wiederum. Die roten Betriebsräte hatten die Verhandlung angeregt, um festzustellen, ob die Hydrierung als Versuchsbetrieb gelten kann, weil nämlich dort Entlassungen gang und gäbe waren, weil **dieser „Versuchs"-Betrieb, der 120 000 Tonnen Benzin erzeugt, von 3000 Mann Belegschaft im Jahre 1927 auf** [illegible] **Mann bis zum Jahre 1931 reduziert wurde.**

Die Gewerbeaufsichtsbehörde hat den Standpunkt der Werksleitung „Der Betrieb ist Versuchsbetrieb!" selbstverständlich akzeptiert. Der reformistische Betriebsrat Dietz äußerte bei der Verhandlung, daß er eigentlich nicht einverstanden war, daß die Sache vom Betriebsausschuß aus so „scharf angepackt" und so „groß aufgezogen" wurde. Er wolle nur wissen, ob der Betrieb ein Versuchsbetrieb sei. Das sei ja nunmehr festgestellt. Der Vertreter der Angestellten, [illegible]", beeilte sich noch, zu erklären, daß er die Maßnahmen der Werksleitung für berechtigt ansehe!

Sowjetunion und JG-Dividende

Die Verhandlungen verliefen wie das Hornburger Schießen. Gewerbeaufsichtsamt und Leuna-Direktion zogen am gleichen Strang. Dietz und Ruppelt gaben ihren Segen dazu. Der Herr Oberregierungsrat, der „die Leuna-Arbeiter nicht begreifen" konnte, weil sie nicht genug Opfer bringen und angebotene Arbeiten nicht annehmen, meinte noch: „Der einzelne muß doch denken, der Sperling in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dache, — besser Anstreicher als arbeitslos". Und er setzte hinzu: wenn es in Deutschland so wäre wie in Rußland, daß sich der Arbeiter mit allem zufrieden gäbe, dann wäre auch hier Arbeit genügend da. Rußland liefert das Liter Benzin für 2 Pf. Auf die 12 Prozent Dividende der JG-Farben verwiesen, antwortete er, es sei nicht Sache des Gewerbeaufsichtsamts, darüber zu verhandeln. Auch der Direktionsvertreter, Dr. Höing, konnte sich nicht mit der Dividende beschäftigen, denn sie war ja nicht Gegenstand der Verhandlung!

Nach Lage der Dinge muß jedem klardenkenden Menschen einleuchten, daß der Kurs der Direktion, weitere „Einsparungen" im Betriebe vorzunehmen, rücksichtslos durchgesetzt wird. Massenentlassungen stehen bevor. Höing selbst hat geäußert, daß die Entwicklung der Dinge noch nicht abzusehen ist und daß selbstverständlich Entlassungen vorkommen könnten.

Eine Mahnung an alle:

„Leuna-Angestellte sind mit dran ..."

Ein Vorstoß gegen die Angestellten — Die roten Angestelltenkandidaten Meister Paul Kühn und Werkmeister Paul Hähnel gekündigt — Angestellte, nun erst recht hinein in die gemeinsame Kampffront mit den Arbeitern!

Der neuen Entlassungsoffensive der Giftkönige fallen wiederum auch eine beträchtliche Anzahl Angestellter zum Opfer. Durch die Kündigung der roten Angestelltenratskandidaten will man die kampfgewillten, klassenbewußten Angestellten treffen. Von der RGO wird uns ein solches süßsäuerliches Kündigungsschreiben zugestellt. Es lautet:

„Leuna-Werke, den 20. Mai 1931.

Paul Kühn,

Energie-Abteilung,
Dampfzentralenbetrieb.

Zu unserem Bedauern sind wir genötigt, Ihnen mitteilen zu müssen, daß wir infolge der weiteren Verringerung der Arbeiten und des dadurch bedingten Rückganges des Personalbedarfs nicht mehr in der Lage sind, Sie auf Ihrem jetzigen oder einem anderen für Sie geeigneten Posten als Meister im Aufsichtsdienst weiter zu beschäftigen.

Wir sehen uns deshalb veranlaßt, das mit Ihnen bestehende Anstellungsverhältnis zum 31. Dezember 1931 zu lösen.

Wir teilen Ihnen dies schon heute mit, damit Sie sich in der Zwischenzeit bemühen können, eine Verdienstmöglichkeit außerhalb unseres Werkes zu finden. Sollte Ihnen dies möglich sein, so werden wir selbstverständlich bereit sein, Ihrem Ausscheiden schon vor Ablauf der Kündigungsfrist zuzustimmen.

Ammoniakwerk Merseburg G. m. b. H.
Höing."

Es ist ganz klar, daß es sich hier um eine glatte Maßregelung der roten Angestelltenkandidaten handelt. Die Direktion hat erkannt, daß die brutale Maßregelung des Meisters Wilhelm Stein sich mobilisierend im Betrieb auswirkte, sie versucht deshalb die beiden anderen Meister auf dem Wege der „ordentlichen Kündigung" loszuwerden. Die Angestellten müssen daraus lernen. Sie sollten die Kampfgrüße beherzigen, die der Meister Wilhelm Stein kurz vor seiner Abreise nach der Sowjetunion an die Leuna-Belegschaft richtete. Er schrieb:

Arbeiter und Angestellte des Leuna-Werks!

Meine letzten Kampfgrüße übermittele ich hierdurch der gesamten Leuna-Belegschaft. Ich bereue es keinen Augenblick, daß ich als Kandidat der roten Angestelltenliste fungierte. Ich bin darob gemaßregelt worden, eine Sache, die im proletarischen Klassenkampf jeden Tag vorkommt. Jetzt werde ich meine Kräfte dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion zur Verfügung stellen. Mit den Leuna-Genossen werde ich ständig in Verbindung bleiben. Ich appelliere besonders an die Angestellten des Leuna-Werks, im engsten Kampfbündnis mit der Arbeiterschaft zu marschieren bis zur endgültigen Befreiung aller Unterdrückten aus kapitalistischer Knechtschaft.

Mit revolutionären Grüßen!

Wilhelm Stein,
ehemals Meister in der Dampfzentrale Me. 4."

Schafft überall starke Angestelltengruppen der RGO im Betrieb. Verlaßt nicht kampflos die Leuna-Hölle. Durchkreuzt die Pläne der Giftkönige!

Arbeiter wie Angestellte, wehrt euch gegen die furchtbaren Ausbeuterpläne der Giftkönige, wehrt euch gegen den fortgesetzten Verrat der national- und sozialfaschistischen Direktionslakaien! Kämpft unter Führung der RGO! Schafft in jedem Bau starke Betriebsgruppen! Das Wichtigste ist, daß ihr nicht freiwillig eure Arbeitsstelle verlaßt! Gegen Massenentlassungen hilft nur der Massenstreik!

Der Streik, der die Pläne der Ausbeuter durchkreuzt, der Streik, der bei der Bedeutung des Leuna-Werks die Voraussetzungen zur revolutionären Krise in Hunger-Deutschland schafft. Tragt die revolutionäre Ideologie in die Massen! Ein freies, sozialistisches Deutschland muß entstehen, ein Vaterland der Arbeiterklasse, ein Vaterland, in dem die Fabriken, der Grund und Boden den schaffenden Massen gehören, wo es keine Aktionäre gibt, die Dividenden schlucken.

In das Leuna-Zuchthaus

gehört die revolutionäre Presse. Werbt daher intensiv unter den Leuna-Arbeitern. Ueberzeugt die Kollegen, daß ihre Zeitung nur sein kann:

der „Klassenkampf"

Die Bilanz der Ausbeuter

Millionengewinne — 12 Proz. Dividende

Sogar der Geschäftsbericht der Chemiegewaltigen bestätigt unsere Behauptungen

Das oberste Gesetz der Kapitalisten, nämlich unter allen Umständen Profit zu machen, wird von den JG-Farbenkönigen besonders heilig gehalten. Gerade zu der Zeit, wo neue Entlassungen auf der Tagesordnung stehen, wo der frechste Lohnraub durchgeführt wird, veröffentlicht die JG-Farbenindustrie den Jahresbericht über das Krisenjahr 1930. Im Handelsteil des „Berliner Tageblatts" und in der „Deutschen Bergwerkszeitung" werden darüber einige Ausführungen gemacht. Der Grundgedanke in beiden Blättern lautet:

Das Geschäftsjahr ist mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen worden, das Geschäftsjahr, das über die Leuna-Arbeiter so viel Elend brachte!

Es ist bemerkenswert, daß das „Berliner Tageblatt" wörtlich schreibt:

„Es ist aus dem vorliegenden Rechnungswerk und dem Geschäftsbericht leider kein ganz klares Bild darüber zu gewinnen, wie sich tatsächlich die Erträge entwickelt haben, die diesem erfreulichen Dividendenergebnis (12 Prozent) zugrunde liegen. Daß die Zusammenfassung des gesamten Rohertrages in einem einzigen Posten bei dem Unternehmen von so mannigfachen Fabrikationen mit bedeutenden und außerdeutschen Beteiligungen, noch dazu nach Abzug der Unkosten niemals einen ausreichenden Einblick in die Entwicklung der größten deutschen Aktiengesellschaft geben kann, ist schon häufig betont worden."

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" wird nicht so deutlich, sie sagt nur:

„Der unvoreingenommene Kritiker, der sich die Verhältnisse in der internationalen Chemie genauer ansieht, wird zugeben müssen, daß in keinem anderen Industriezweig die Berichtlegung so außerordentlich delikat ist wie hier ..."

Der Geschäftsbericht betont ferner, daß eine Verringerung des dividendenberechtigten Kapitals erfolgte, so daß 12 Prozent Dividende ausgeschüttet werden konnten. Kleine Kapitalisten wurden abgehängt, damit für die anderen die Profite ungeschmälert eingehamstert werden konnten.

Bei der Gestaltung des Reingewinnes sind 11 Millionen Steuern erspart worden(!)

Die Vertreter der JG-Farbenindustrie sind die Leute von der Volkspartei, die im Reiche auf Sparung drängen, die durch Brüning dem deutschen Volke Steuern diktieren, die einfach nicht aufgebracht werden können und die das Volk an den Rand des Abgrundes gebracht haben. Proleten, Mittelständler, kleine Bauern sind die Leidtragenden dieser Politik.

Der Geschäftsbericht bringt noch mancherlei. Es heißt, daß bei den Werken Merseburg, Knappsack und Biberich im Jahre 1930 25 Prozent der Belegschaft entlassen wurden. Und daß bei einem Lohnkonto, das 1929 364 Millionen Mark betrug, dadurch **„wesentliche Einsparungen" erzielt wurden.** Die Herrschaften hüten sich, diese „wesentlichen Einsparungen" genau zu beziffern. Sie bedauern nur, daß sich die Einsparungen noch nicht voll auswerten konnten, weil die JG aus „sozialem Interesse" 8000 bis 9000 Arbeiter durch Einführung von Kurzarbeit weiter im Betrieb behielt!

Aus „sozialem Interesse" der Direktion dürfen die Leuna-Proleten hungern. Hat es eine frechere Verhöhnung gegeben?

Die JG-Farbenkönige sagen selbst, daß über das laufende Jahr noch keine Angaben gemacht werden können. Mit Rücksicht auf die ungeklärte Wirtschaftslage ließen sich die Aussichten noch nicht übersehen. **Die Blutsauger und Dividendenschlucker trauen dem Frieden nicht. Sie rechnen damit, daß doch der Geduldsfaden der ausgebeuteten Proleten reißt.**

Die Kosten der Wirtschaftskrise sollen restlos die Proleten tragen. Der Geschäftsbericht hat voll und ganz unsere Behauptungen bestätigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310528-15/fragment/page=0007

HALLE

Donnerstag, den 28. Mai 1931.

Erwerbslosenkundgebung an der Saale

Gegen die neuen Notverordnungen

Gestern konnte man am sogenannten „Latscherzipfel" eine Anzahl Polizisten aufgeregt hin und her laufen sehen. Als Fremder konnte man der Meinung sein, daß Herr Oerle sehr darüber besorgt ist, daß ja keiner von den Erwerbslosen, die dort baden, ertrinken. Wenn man der Sache aber auf den Grund ging, mußte man feststellen, daß das verstärkte Polizeiaufgebot am Ufer der Saale einen anderen Zweck erfüllen sollte. Die Erwerbslosen hatten sich dort auf der Wiese versammelt, um sich über die neuen Notverordnungen des Herrn Brüning zu unterhalten. Dies wollte die Polizei verhindern, was man sich ja lebhaft denken kann. Auf der Wiese waren mehrere hundert Erwerbslose versammelt, die in Gruppen diskutierten. Die Beamten waren stets auf der Lauer, damit ja kein Referent etwa noch anfängt zu sprechen. Während die Beamten um die Erwerbslosen herumschwänzelten, sofort bereit, den eventuellen Redner zu verhaften,

sprach dieser bereits mitten auf der Saale von einem Boote aus.

Die Gesichter der Beamten wurden immer länger und sie fingen an, nervös herumzulaufen.

Der Genosse Referent wies in kurzen Worten auf die neuen geplanten Notverordnungen der Brüning-Regierung hin, die den Erwerbslosen, Witwen, Invaliden usw. den letzten Groschen nehmen sollen. Er wies dann auf die Bewegung in Bitterfeld und anderen Städten und Dörfern hin, wo der Unterstützungsraub einen Sturm auf die Gemeindeämter entfachte und die Erwerbslosen die Gemeindevorsteher teilweise zwangen, die Abbaumaßnahmen zurückzunehmen.

Nicht mehr länger gleichgültig die Kürzung der Unterstützung hinnehmen, sondern den Kampf gegen dieses Hungersystem organisieren

rief der Genosse von seinem Kahn den Erwerbslosen zu, die stürmisch Bravo riefen. Die neuen Notverordnungen müssen mit einem Proteststurm beantwortet werden. Mit einem Nieder auf die kapitalistische Regierung, in das die Erwerbslosen begeistert einstimmten, schloß er seine Ausführungen.

Die Polizei ging nun gegen die Erwerbslosen und Passanten auf der Brücke, die den Ausführungen zuhörten, vor. Nur durch die Disziplin der Erwerbslosen, die die Provokation zurückwiesen, war es zu verdanken, daß die Polizisten keine Gelegenheit fanden, mit dem Gummiknüppel vorzugehen. Auf alle Fälle versuchten sie, ihre Blamage gutzumachen.

Jawohl, nur der Kampf gegen das Hungersystem kann eine Besserung für die Arbeiterklasse bringen. Nur das kapitalistische Profitsystem ist Schuld an der großen Erwerbslosigkeit. Unsere russischen Brüder beweisen täglich, daß nur der Sozialismus der Ausweg aus dem Elend ist.

Erwerbslose von Halle! führt den Kampf gegen die neuen Notverordnungen der Brüning-Regierung!

Kampf gegen den Faschismus ist die Losung!
Tretet ein in den Kampfbund gegen den Faschismus!
Werdet Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands!

Hüter der Sittlichkeit — gegen die Nacktheit

Nazis wollen Polizei auf dem Saalestrom

Die Nazis haben drei besondere Merkmale. 1. Sie sind feige, denn sie kämpfen gegen die Kommunisten nur mit dem großen Maul. Wenn es auf eine wirkliche Auseinandersetzung ankommt, kneifen sie (das haben sie von Hitler gelernt). 2. Sie können die Juden nicht leiden (ihr Geld nehmen sie natürlich mit Freuden). 3. Sie sind gegen Menschen, die halbnackt herumlaufen (z. B. wenn jemand im Sommer im Wasser badet und zu diesem Zweck nur eine Badehose anzieht). In Halle gibt es nämlich eine Anzahl Nazis, die sich an den Ufern der Saale herumtreiben und die Badenden und die Paddler beobachten. Da gucken sie nun und freuen sich an der Nacktheit junger Menschen männlichen und weiblichen Geschlechts. Wenn sie sich noch freuen würden, diese Filzpantoffelhelden, ginge es noch an. Warum soll man sich denn nicht z. B. an den Körpern junger Arbeitersportler oder -sportlerinnen erfreuen? Aber die Nazilauscher wollen etwas ganz anderes. Einmal lauschen sie, um ihre Lüsternheit nach nacktem Fleisch zu befriedigen, zum andern tun sie es, um gegen die „sittliche Verrohung" der Jugend zu wettern. Da steht dann in dem nationalsozialistischen Winkelblättchen „Der Kampf" folgendes geschrieben:

„Doch, was nun kommt, ist, gelinde gesagt, meinem Geschmack zuwider und spricht allem, was deutsche Sitte und Moral heißt, Hohn. Ein Kahn zieht heran, treibt plan- und ziellos, im Kreise tanzend in der Mitte, geleitet von zwei 17- bis 18jährigen Bengels, die sich ihrer gesamten Kleidung entledigt haben, zwischen sich ein Grammophon, das die neuesten Schlager über das Wasser hinweg quäkt. Nackend, wie die Burschen sind, springen sie aus dem Kahn. Eine Strompolizei, wie anderweit, gibt's aber bloß bei Blumenkorsos — leider! Wieder kommen zwei Boote, in jedem ein Pärchen, die gleichfalls der „Nacktkultur" huldigen. Die Burschen stecken in kleinen Badehosen, die Bekleidung der Mädchen bildet ein Büstenhalter, sonst nichts! Mit frechem Blick zu uns herauf — denn sie ziehen dicht unten vorbei — recken sie sich, die Arme unter den Kopf gelegt, in ihrer „Körper-Schönheit?" — (?!)."

Da haben wir den Salat! Der Nazimann, der das schreibt, hat festgestellt, daß die „jungen Bengels" ohne jede Bekleidung waren. Na, der warme Fridolin scheint da aber ziemlich genau hingeguckt zu haben. Her mit der Strompolizei — macht Front gegen die Nacktheit — alles für teutsche Moral und Kultur. Die Nazis als Vorkämpfer für „sittliche Reinheit". Schließlich müssen sich ja die Nazis mit irgend etwas beschäftigen. Da gehen sie eben an die Saale und lauschen. Und wenn sie sich sattgesehen haben, dann gehen sie hin und schreien wie hysterische alte Weiber gegen alle Leute, die halbnackt baden und paddeln. Und der „Kampf" druckt solchen Schmonzes muckenhafter Greise mit Wonne ab. Im Dritten Reich wird ja das alles anders werden. Heute kriegt ein solcher Nazischweinigel noch eine gehörige Abreibung, wenn er bei seiner Lauscherei ertappt wird.

Walhallatheater. Im Walhallatheater finden Sie den kühlsten und angenehmsten Aufenthalt. — Der König aller Komiker, „Paul Beckers", beendet am 31. Mai sein Gastspiel und sollte niemand die letzten vier Tage den großen Lachschlager: „Der Schuster-Prozeß" versäumen. — Ab 1. Juni gastiert die „Gruppe Berliner Schauspieler" unter Leitung des Verfassers Otto Härting mit dem Lustspiel: „Die Mühle von Sanssouci". — Der Vorverkauf hat begonnen. Siehe Anzeige.

Erstaufführung im Thaliatheater. Am kommenden Sonntag findet im Thaliatheater die Erstaufführung der Komödie „Die liebe Feindin" von A. P. Anteine statt. Ortrud Wagner spielt die Rollen der Frau in dieser Komödie: ein junges Mädchen, eine Frau in den besten Jahren und eine Frau über die besten Jahre hinaus. Es wirken daneben mit: Carola Behren, Günther Boehnert, Eugen Eisenlohr, Fritz Hensel, Wolf Lieder und Hans Richter. Regie: Elsa Rochel-Müller. Bühnenbild: Peter Krausen.

Hosenträger billigst Gummi-Bieder

„Notgroschen—Hungergroschen!" Wer raubt sie den Arbeiter

Es war nicht anders zu erwarten, daß das „Volksblatt" über den Ausgang der Vertreterversammlung des AKV am Dienstag nicht nur Tobsuchtsanfälle bekommen, sondern über die kommunistische Verwaltung des AKV mit noch schmutzigeren Verdächtigungen, noch tolleren Lügen herfallen würde. Das Ergebnis dieser Versammlung war eben für die SPD und die Renegaten niederschmetternd. Die SPD, die ihre Vertreter zu dieser Versammlung kommandiert hatte, tat dies nicht von ungefähr. Schon die Tatsache der Anwesenheit der Sozialdemokraten läßt den Schluß zu, daß zwischen ihnen und den Renegaten bestimmte Abmachungen getroffen worden waren, die in der Richtung eines gemeinsamen Vorgehens in der Vertreterversammlung liefen. Und die Herrschaften waren auch in der bestimmten Erwartung erschienen, entweder für ihre Anträge eine Mehrheit zu erhalten oder zum mindesten einen nicht unbeträchtlichen Teil der Vertreter der revolutionären Genossenschaftsopposition zu beeinflussen und von der kommunistischen Verwaltung loszulösen.

Grausam die Enttäuschung, die ihnen in Wirklichkeit zuteil ward. Wären die Sozialdemokraten erschienen, wenn sie ein solches Ergebnis vorausgeahnt hätten? Keinesfalls! Sie mußten alle Schandtaten und Verbrechen, die sie unter Führung der Schaumburg und Möller in den letzten 18 Monaten gegen das Hallische Arbeiterunternehmen unternommen hatten, sich ins Gesicht schleudern lassen.

Sie mußten die ungeschminkte Wahrheit hören,

eine Wahrheit, die bei manchem von ihnen Ohrensausen verursacht haben mag. Sie mußten — das wollen wir dem „Volksblättchen" gern bestätigen — auch den Spott und Hohn der anwesenden revolutionären Vertreter und Mitglieder über sich ergehen lassen. Kaum einer von ihnen wagte einen Zwischenruf. Nur bei diesem und jenem sah man hin und wieder ein gezwungenes Lächeln oder ein verlegenes Grinsen. Sonst schwiegen sie, um dann — und das ist das Tollste — kurz vor den Abstimmungen wortlos, ohne jede Erklärung aus dem Saale zu schleichen. Kein Langer, kein Sorgenfrei wagte auch mit nur einem Wort der kommunistischen Verwaltung „ihren Irrsinn und ihre Verbrechen" — um die Worte des „Volksblattes" zu gebrauchen — vorzuhalten. Und am gleichen Tage hieß es im „Volksblatt" großsprecherisch: „Heute fällt die Entscheidung".

Wozu waren die Sozialdemokraten gekommen?

Sie waren gekommen, um eine Entscheidungsschlacht zu schlagen. Was taten sie in Wirklichkeit? Sie rückten ab, politisch geschlagen, hohn- und schmachbedeckt — wie geprügelte Hunde. Ihr Auszug war eine Demonstration der bodenlosen Jämmerlichkeit und politischen Hilflosigkeit der [illegible] faschistischen Genossenschaftsschädlinge.

Was bleibt angesichts einer solchen fürchterlichen Niederlage und kaum zu schildernden Blamage dem „Volksblatt" übrig, als die Methode des wüsten Drauflosschimpfens fortzusetzen? Es ist aber eine Methode, auf die die überwältigende Mehrheit der Mitglieder des AKV längst nicht mehr hereinfällt.

Zurück blieben die Renegaten um Förster und Sachs. Sie schnitten nicht besser ab als ihre sozialfaschistischen Waffenbrüder. Politisch geschlagen, völlig isoliert, bis auf den Grund blamiert, saßen sie da — einsam und verlassen.

Die eiserne bolschewistische Geschlossenheit der revolutionären Genossenschaftsvertreter

hat ihnen hoffentlich bewiesen, daß sie zwar als gekaufte Elemente der Sozialfaschisten aus der revolutionären Front ausbrechen, im Auftrage der Sozialdemokraten Schmutz und Lügen gegen die Kommunisten schleudern können, aber das eine werden sie nie fertig bringen, nämlich die revolutionäre Front zersetzen oder zu erschüttern. Die Arbeiter sind politisch bereits so weit fortgeschritten, daß sie auf das hysterische Geschrei wild gewordener Spießbürger wie Sachs, Märker und Konsorten einfach nicht hören.

•

Das „Volksblatt" schreibt gestern über die Vertreterversammlung folgendes: „Notgroschen, Hungergroschen, die Hoffnungen Tausender der Arbeiterfamilien sind es, um die gestern abend der tolle, widerliche Tanz aufgeführt wurde, der sich Vertreterversammlung des AKV Halle nannte."

Wir sind die letzten, die die Auswirkungen eines Konkurses des AKV — den abzuwenden die Verwaltung heute noch alles aufbietet — auf die Mitglieder und Sparer von der leichten Seite betrachten. Wir stellen hier aber vor der gesamten Arbeiterschaft die Frage:

Hat das „Volksblatt", haben die Sozialfaschisten überhaupt ein Recht, über Notgroschen und Hungergroschen zu jammern,

die den Sparern und Mitgliedern verloren gehen können? Hat die Partei, die den Lohnraub des Unternehmertums aktiv unterstützt, die die Hungeroffensive der deutschen Bourgeoisie gegen das werktätige Volk in jeder Beziehung fördert, die durch ihre Unterstützung der Brüning-Regierung namenloses Elend der breiten Massen mit verschuldet, die die neuen Notverordnungen der Brüning-Regierung, die einen noch nie dagewesenen Unterstützungsraub an den Aermsten der Armen bringen werden, auch zu schlucken bereit ist — hat die Partei, die Panzerkreuzer und Wehretat bewilligt, ein Recht, sich über die Notgroschen der Sparer aufzublasen?

Wir und nicht nur wir, sondern alle ehrlichen klassenbewußten Proleten werden ausrufen: Diese Partei hat dazu kein Recht!

Die Sozialdemokratie ist die Partei, die die Hunger- und Ausplünderungspolitik der kapitalistischen Regierung verteidigt, die den proletarischen Kindern den letzten Bissen Brot vom Tische raubt, die kaltschnäuzig Hunderttausende von Proletarierfamilien dem gräßlichsten Elend überantwortet!

Und dieselbe Partei ist es, die verantwortlich dafür zu machen ist, wenn die AKV zusammenbrechen sollte und die Sparer und Mitglieder finanziell zu Schaden kommen. Die SPD hat auf den Zusammenbruch des AKV planmäßig, wie das Schaumburg [illegible] zynisch zugab, hingearbeitet. Gegen sie wird sich auch die Erbitterung der Mitglieder richten, die zum großen Teil bereits erkannt haben, daß ihre Zukunft nicht abhängt vom AKV Halle, sondern abhängt vom Befreiungskampf der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische System und seine sozialfaschistischen Knechte. Und in diesem Kampf wird das Proletariat siegen!

Weniger essen — also mehr hungern!

Das ist der Sinn der neuen Notverordnung, die die Brüning-Regierung in den nächsten Tagen zu veröffentlichen gedenkt.

Der Magistrat von Halle hat die Unterstützungssätze der Wohlfahrtserwerbslosen bis zu 40% gekürzt.

Die Mieter der städtischen Wohnungen rebellieren gegen den unerhörten Mietwucher der Stadt Halle.

Ueberall gehen die Notleidenden zum Sturm gegen Unterstützungsraub, Hunger und Elend über.

Die Losung heißt: Sturm gegen Sozialreaktion, Sturm gegen Lohnraub, Sturm gegen Renten- und Unterstützungsraub!

Am Dienstag, dem 2. Juni, abends 20 Uhr, findet in der Produktiv die erste Vollsitzung des Kampfausschusses gegen Lohn-, Renten- und Unterstützungsraub statt. Zu dieser Sitzung müssen alle gewählten Vertreter restlos erscheinen!

Finanzklemme und Ausschußsitzung der AOK

Christen und Nazis mit den Arbeitgebern gegen die 40-Stunden-Woche

In der außerordentlichen Ausschußsitzung der AOK am 26. Mai wurde als Vorsitzender des Ausschusses der Sozialdemokrat Herzig gewählt. Die Dienstordnung wurde dahin abgeändert, daß die Zahl der vorgesehenen Angestellten von 65 auf 68 erhöht wird. Die drei neugeschaffenen Stellen sollen mit Vollzugsbeamten besetzt werden, weil mit dem bisherigen Beitragseinziehungsverfahren die Beiträge von den säumigen Arbeitgebern nicht hereinzubekommen waren (trotz aller Verwaltungskunst des „starken Mannes aus Liegnitz"), so daß

die Unternehmer der Kasse bereits über 300 000 Mark Beiträge schulden!

Der Besoldungsplan wurde mit den Stimmen der Arbeitgeber, der Christen und der Nazis dahin geändert, daß die Gehälter der Angestellten, soweit sie jährlich über 1500 Mark betragen, um 6 Prozent gekürzt werden. Die kommunistische Fraktion wandte sich scharf gegen diesen Lohnraub. Die Sozialfaschisten hatten nichts zu diesem Lohnabbau zu sagen und erklärten durch ihre Stimmenthaltung ihr Einverständnis zu dieser Verschlechterung der Lebensbedingungen der Angestellten. Der Vorstand hatte dem Ausschuß einen Entwurf zur Aenderung der Kassensatzung vorgelegt, wonach für solche Versicherte, die während einer Krankheit Arbeitsentgelt weiter beziehen, nach Wegfall des Arbeitsentgelts ein auf 60 v. H. des Grundlohnes erhöhtes Krankengeld beziehen, diese Erhöhung des Krankengeldes um 10 Prozent in Wegfall kommen sollte und statt dessen lediglich nach ohnehin zwingender Vorschrift der Notverordnung vom 2. 12. 1930 nur eine entsprechende Ermäßigung der Beiträge während der Zeit des Weiterbezuges des Arbeitsentgelts eintreten sollte.

Auf Antrag der kommunistischen Fraktion wurde diese Verschlechterung abgelehnt.

Die katastrophale Finanzlage der Kasse, über die wir gestern ausführlich berichteten, führt Herr Langer darauf zurück, daß die Aerzte höhere Ansprüche an die Kasse stellten, daß auch für Sachbezüge die Kosten erheblich höher seien wie auch die Kosten für die Krankenhauspflege. Die kommunistische Fraktion wies darauf hin, daß sich die schlechte Finanzlage der Kasse hätte vermeiden lassen, wenn nicht im Vorjahre die Beiträge zur Krankenversicherung lediglich im Interesse der Arbeitgeber von 7 auf 6,5 Prozent herabgesetzt worden wären. Die Kommunisten waren die einzige Fraktion, die sich gegen jede Beitragssenkung wehrte. Weiter wurde gebrandmarkt, daß selbst die Strafrichter und Staatsanwälte die Unternehmer, die der Kasse die Beiträge unterschlagen, die sie bereits ihren Arbeitern vom Lohne abgezogen haben, geradezu noch hätscheln. So wurde ein Fall vorgetragen, wo ein Unternehmer, der der Kasse über 1000 Mark unterschlagen hatte, mit ganzen fünf Reichsmark Geldstrafe bestraft sei. Genosse Somiesky gab dem Ausschuß den von uns gestern veröffentlichten Brief des Versicherungsamts an den Vorstand bekannt, in dem das Versicherungsamt dem Vorstand der AOK schlechte Verwaltung der Kassenmittel zum Vorwurf macht. Das Versicherungsamt selbst hat ein groß Teil Schuld an der schlechten Finanzlage der Kasse, indem es der Kasse dadurch erhebliche Mehrkosten verursachte, daß es den Direktor Langer diktatorisch einsetzte. Der christliche Krüger jammert, daß er die anhaltende Krise nicht habe voraussehen können.

Zu dem Punkt „Unterbringung weiblicher Mitglieder in Bad Suderode wurde scharf gerügt, daß der Vorsitzende Zwanzig und Direktor Langer sich vorher an das Versicherungsamt gewendet hatten und dieses erklärt hat, daß eine Genehmigung zur Unterbringung von Mitgliedern in Bad Suderode wohl nicht erfolgen werde. Es wurde beschlossen, das Bad Suderode sofort zu beschicken, vor allem weil die Patienten dort eine weit bessere Erholungsmöglichkeit haben als in der Walderholungsstätte „Heide".

Einen Sturm löste der kommunistische Antrag aus, für die bei der Kasse Beschäftigten die 40-Stunden-Arbeitswoche mit sofortiger Wirkung einzuführen.

Der Vorsitzende Herzig verlas dazu einen Brief des Vorstandsmitglieds Grübler, der das Versicherungsamt aufforderte, der Kasse die Einführung der 40-Stunden-Woche zu verbieten, weil das eine „Mache der RGO" sei. Von den Kommunisten wurde der Antrag eingehend begründet und hervorgehoben, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit der Angestellten eine Notwendigkeit zur Erhaltung ihrer Lebensmöglichkeit sei. Der Christ Krüger wandte sich mit allen möglichen Argumenten gegen den Antrag. Er fürchtete sogar, daß bei Annahme des Antrages der Unternehmervertreter Grübler im Vorstande noch mehr Argumente bekäme, beim Versicherungsamt gegen die Kasse vorzugehen. Bei der Abstimmung zeigte sich, daß nur die Kommunisten und zum Schein auch die Sozialdemokraten für die Verkürzung der Arbeitszeit stimmten, während die Christen und die Nazis gemeinsam mit den Arbeitgebern den Antrag niederstimmten.

Vom Zuge zermalmt

Am Mittwoch früh gegen 5.15 Uhr wurde in Ammendorf der Schachtmeister Block von den Riebeck-Montanwerken (Abraumbetrieb) vom Zuge zermalmt. Die Riebeck-Montanwerke beschafften sofort einen Sarg der geringsten Qualität, wogegen aber der [illegible] des Toten Einspruch erhob, da sein Vater jahrelang von den Riebeck-Montanwerken ausgebeutet worden ist.

24 Kleinbauern-Adressen

meldet als erste die Ortsgruppe Löbejün. Wo bleiben die anderen Ortsgruppen mit dieser wichtigen Vorarbeit für unseren Vorstoß im Dorf?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310528-15/fragment/page=0008
DFG

Bitterfelder Polizeiskandal vor dem Landtag

Kleine Anfrage: Schwenk, Kasper, Schlag und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

Am Freitag, dem 22. Mai, nachmittags 5 Uhr, tagte im „Volkshaus" zu Bitterfeld eine Delegiertenkonferenz der Erwerbslosenausschüsse, der Betriebe, der Rentner, der Kleingewerbetreibenden und der Hausfrauen. Die Konferenz stand unter der Leitung und Führung der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition).

Schon vor Beginn der Konferenz waren vor dem „Volkshaus" starke Polizeikräfte unter der Leitung des Kriminalkommissars Asbach der Abteilung Ia der Hallischen Kriminalpolizei und des Hauptmanns Brat der Bitterfelder Schutzpolizei postiert. In mustergültiger Disziplin nahmen die Delegierten die Ausführungen des Referenten der RGO entgegen. Der Kriminalkommissar Asbach, Hauptmann Brat und ein weiterer Stab von Kriminalbeamten drangen, ohne sich bei der Türkontrolle oder der Konferenzleitung über den Charakter der Veranstaltung zu befragen, in den Saal ein. Von dem Abgeordneten Schlag aufmerksam gemacht, daß es sich um eine Delegiertenkonferenz handelt, die nach der Notverordnung nicht anmeldepflichtig ist und die Polizei kein Recht der Ueberwachung habe, verließen die Beamten unter starker Nervosität den Saal. Als der Redner ungefähr 20 Minuten gesprochen hatte, wurden 15 Schutzpolizeibeamte durch Hintertüren auf die Bühne hinter den Vorhang gebracht, weitere 20 Beamte wurden im Hof aufgestellt, weitere sperrten die Straße vor dem Volkshaus ab.

Nunmehr drangen die Leiter dieser Polizeiaktion erneut in den Saal ein, während die hinter der Bühne untergebrachten Schutzpolizeibeamten hervorkrochen und in Aktion traten, wobei der Versammlungsleiter und Referent verhaftet und der Saal geräumt wurden. Brutal wurden die Konferenzteilnehmer durch die Polizei an die verschlossenen Hintertüren gedrängt, wobei Stühle, Tische und Türen in Trümmer gingen. In den Straßen Bitterfelds setzte eine regelrechte Jagd nach hungernden Erwerbslosen und eine Gummiknüppelattacke nach der andern ein. In verkehrsreichen Straßen und vor dem Rathaus wurden Arbeitsinvaliden und Kriegsopfer von der Polizei zu Boden getrampelt. Andere suchten bei den Geschäftsleuten Schutz, um dem Verfolgungswahn wildgewordener und von der Leitung aufgestachelter Polizeibeamten zu entgehen.

Unter starkem Protest der Geschäftsleute drangen Polizeibeamte in verschiedene Geschäftsräume Kleingewerbetreibender ein. Aeltere Polizeibeamte erklärten, daß vor der Polizeiaktion Alkohol an die Beamten verabfolgt wurde, den die älteren Beamten ablehnten.

Ohne jede rechtliche Begründung wurden die Verhafteten am nächsten Morgen vor die Schnelljustiz gebracht, wo die ganze Polizeiaktion in sich zusammenbrach. Trotz Aufwendung eines Zeugenapparates seitens der Polizei, um die Delegiertenkonferenz zu einer politischen Veranstaltung zu stempeln, mußten die Verhafteten entlassen werden. Wir fragen:

1. Ist das Staatsministerium bereit, den Leiter der Hallischen Kriminalabteilung Asbach, sowie den Polizeihauptmann Brat sofort infolge der Uebergriffe und Mißhandlungen von Arbeitern der Funktion zu entheben?
2. Ist es bereit, die leitenden Beamten für den Tumultschaden verantwortlich zu machen?

Werbt für den „Klassenkampf"

„Bebels Erbe schmählich vertan"

Urteil eines SPD-Funktionärs zum Parteitag

In dem bürgerlichen „Rheinischen Anzeiger für den Niederrhein" wird von einem Funktionär der SPD (der Name wird nicht genannt) ein Artikel zu dem bevorstehenden SPD-Parteitag in Leipzig veröffentlicht. Der SPD-Funktionär schreibt in der oben angeführten bürgerlichen (!) Zeitung:

„Ohne Zweifel befindet sich der Reformismus heute in der Sackgasse. Er sieht seine Position nicht nur von außen bedroht durch den wachsenden Hillerfaschismus, den er durch seine Politik der Schwäche großzog, die Rebellion im eigenen Lager ist für ihn mindestens ebensogefährlich. Sie legt die Axt an seine Wurzel. Aus diesem Grunde will und wird die reformistische offizielle Parteiführung, die ihr voraussichtlich zustimmende Mehrheit des Parteitages in Leipzig Fraktur sprechen lassen über die Führer der Linken, die neun sogenannten Disziplinbrecher ... Die Opposition kann heute nur ausgeschaltet werden unter Aufopferung des Parteikörpers. Welche Tragik liegt darin. Die Partei, die unter Führern wie Bebel, Wilhelm Liebknecht, Kautsky usw. den Bedrückungen des Sozialistengesetzes standhielt und trotz Verfolgungen stark und stärker ward. Dieses große Erbe ist in kurzer Zeit schmählich vertan. In ganz kurzer Zeit wird die reformistische Partei zur bedeutungslosen Sekte herabsinken. Alle Unzufriedenen werden zu den Bolschewisten stoßen. Und was angeblich der reformistische Flügel verhindern will, die Bolschewisierung Deutschlands, sie wird durch ihn neuen Auftrieb erhalten."

Achtung, hier Welle Moskau!

Juni-Programm 1931

der Fremdsprachensendungen des großen Radiosenders des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion auf Welle 1304, Frequenz 230 Kilohertz und des Kurzwellensenders des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion auf Welle 50, Frequenz 6000 Kilohertz:

1. Montag: **Deutsch:** Oeffentliche Kontrolle über Internierungslager und Gefängnisse in der UdSSR. — Englisch: „Moscow News".
2. Dienstag: Holländisch, Französisch: Oeffentliche Kontrolle über Internierungslager und Gefängnisse in der UdSSR.
3. Mittwoch: **Deutsch,** Französisch: Wochenrundschau.
4. Donnerstag: Spanisch: Oeffentliche Kontrolle über Internierungslager und Gefängnisse in der UdSSR. — Englisch: Wochenrundschau.
5. Freitag: **Deutsch:** „Moskauer Rundschau". — Französisch: Lage der Metallarbeiter in der UdSSR.
6. Sonnabend: **Deutsch,** Französisch: Die Schule in der UdSSR.
7. Sonntag: **Deutsch,** Englisch: Nationalpolitik in der UdSSR.
8. Montag: **Deutsch:** Lage der Metallarbeiter in der UdSSR. — Englisch: „Moscow News".
9. Dienstag: Holländisch: Die Schule in der UdSSR. — Französisch: Hörspiel „Panzerkreuzer Morgenrot".
10. Mittwoch: **Deutsch,** Französisch: Wochenrundschau.
11. Donnerstag: Spanisch: Nationalpolitik in der UdSSR. — Englisch: Hörspiel „Panzerkreuzer Morgenrot".
12. Freitag: **Deutsch:** „Moskauer Rundschau". — Französisch: Lage der Postarbeiter.
13. Sonnabend: **Deutsch,** Französisch: Kindererziehung in der UdSSR.
14. Sonntag: **Deutsch,** Englisch: Die Karelische Sowjetrepublik.
15. Montag: **Deutsch: Hörspiel (nach dem russischen Schauspiel „Erste Reitende" von Wischnevski).** — Englisch: „Moscow News".
16. Dienstag: Holländisch, Französisch: Nationalpolitik in der UdSSR.
17. Mittwoch: **Deutsch,** Französisch: Wochenrundschau.
18. Donnerstag: Spanisch: Kindererziehung in der UdSSR. — Englisch: Wochenrundschau.
19. Freitag: **Deutsch:** „Moskauer Rundschau". — Französisch: Viehzucht-Sowchose.
20. Sonnabend: **Deutsch,** Französisch: Bolschewistische Aussaatkampagne in der UdSSR.
21. Sonntag: **Deutsch, Englisch:** Kampf gegen den Alkoholismus in der UdSSR.
22. Montag: **Deutsch:** Viehzucht-Sowchose. — Englisch: „Moscow News".
23. Dienstag: Holländisch, Französisch: Kampf gegen den Alkoholismus in der UdSSR.
24. Mittwoch: **Deutsch,** Französisch: Wochenrundschau.
25. Donnerstag: Spanisch: Die Schule in der UdSSR. — Englisch: Wochenbericht.
26. Freitag: **Deutsch:** „Moskauer Rundschau". — Französisch: Lage der Arbeiter der Volksverpflegungsanstalten.
27. Sonnabend: **Deutsch,** Französisch: Bekämpfung der Prostitution.
28. Sonntag: **Deutsch,** Englisch: Sowjet-Schriftsteller über Sowjet-Literatur.
29. Montag: **Deutsch:** Lage der Arbeiter der Volksverpflegungsanstalten. — Englisch: „Moscow News".
30. Dienstag: Holländisch: Kindererziehung in der UdSSR. — Französisch: Sowjet-Schriftsteller über die Sowjet-Literatur.

Die Sendungen finden statt: in deutscher, spanischer und holländischer Sprache um 23 Uhr nach Moskauer, 21 Uhr nach MEZ; in französischer und englischer Sprache um 24 Uhr nach Moskauer, 21 Uhr nach Greenwich.

Die Antworten unseres Briefkastens: in deutscher Sprache — an Montagen.

Achtung, JSB Halle! Am Freitag, dem 29. Mai, im bekannten Lokal Gruppenabend.

Gefunden wurde auf dem Sandanger, am Tennisplatz eine gestickte Handtasche mit Schlüsseln und Geldtasche. Abzuholen in der Redaktion „Klassenkampf".

Reideburg. Genossin Marta Böhme ist am 23. Mai plötzlich an den Folgen einer Operation im Alter von 29 Jahren verstorben. Genossin Böhme war langjähriges Mitglied der Partei und erfüllte stets ihre Pflicht im Dienste des proletarischen Befreiungskampfes. Wir werden unserer verstorbenen Genossin ein ehrendes Andenken bewahren.

Lettin. Erklärung. Ich erkläre hiermit, daß ich seit August 1914 nicht mehr Mitglied der SPD bin und weise diese von K. Rost gemachte Behauptung als ganz gemeine Verleumdung zurück. Den Erfinder dieser Behauptung bezeichne ich als einen ganz gemeinen Lump.
K. Pforte.

Berichtigung. In unserem am Dienstag veröffentlichten Artikel „Finanzkatastrophe in der ADK Halle" muß es richtig heißen: „Die Beiträge für 1931 sind ohne Zwangsmaßnahmen lediglich auf Zeitungsaufforderung hin eingezahlt worden."

WALHALLA
Kühlster Aufenthalt
Letzte 4 Tage
Paul Beckers
in dem lustigen Schwank:
Der Schuster-Prozeß
Ab 1. Juni
Die Mühle von Sanssouci
Lustspiel in drei Akten

Stadt-Theater
Heute Donnerstag, 20—22.45 Uhr,
In Anwesenheit des Dichters!
Heroische Leidenschaften
Tragödie von E. G. Kolbenheyer
Freitag, 20—23 Uhr,
Carmen
Oper von G. Bizet

Rakete die Hallische Lachbühne!
Tel. 31449

Montag, den 1. Juni 9 Uhr
Emil Reimers Abschied
bis zur Wiedereröffnung 1. Sept.
Sonderprogramm — Festball — Tombola
bis 4 Uhr früh!
Preistanzen usw. werden unvergeßliche Stunden erleben!
Sonnabend, d. 30. Mai Gastspiel im Tivoli Merseburg
Sonntag, d. 31. Mai Gastspiel im Stadttheater Weißenfels
1. Juni: Letztes Gastspiel in Halle!

Moderne **Küchen**
besonders billig
M. 110.- 145.- 165.- 185.- 250.-
Auf Wunsch Zahlungserleichterung
Transport frei
Bettenhaus
Bruno Paris
Kl. Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9
3 Minuten vom Markt

Fensterscheiben
Moebius, Deß. Str. 5

Herabgesetzte Preise
Schlafzimmerschränke
Eiche Birke Nußbaum im
90 cm u. Wäscheeinricht. 79 RM
150 cm mit 3 teilig. Ansicht 98 RM
150 cm mit W. und Spiegel 119 RM
150 cm mit W. und Spiegel 156 RM
Flurgarderoben 27.- bis 65.- RM
Gebr. Jungblut
Halle (Saale)

29.-
39.- K. Anzug od. Mant. a. Ihr. Stoff und mit Zutaten.
Leipziger Str. 69

Prima Roß-Fleisch u. Wurst
billiger als bisher empfiehlt
DYRNA
Roßschlächterei
Halle Kl. Sandbg. 17
Wiederverkäufer gesucht

Nur erste Qualität
Schweine-Schnitzel ... 108 ₰
Allerfeinster Himbeersaft diese Woche 1 Pfund nur 48 ₰
Ia Speise Oel ... 1 Pfund 38 ₰
Allerfeinster Schmeer ... 48 ₰
Allerfeinste Schweineleber ... 65 ₰
Bei Einkauf von 1 Pfund
Rinderbrust
Rippe, Kamm, Gulasch
1 Pfund nur 72 ₰
nehme dieses Inserat mit 20 ₰ diese Woche in Zahlung
A. Knäusel Butter, Wurst Fleischwaren

Gasthof Döschwitz
Sonntag, den 31. Mai u. Montag, den 1. Juni
Vogelschießen
wozu freundl. einladet W. Mose

Aus Heeresbeständen und anderes:
Militär-Drelljacken und -hosen, je 1,50
Militär-Stiefel ... 4,75
Militär-Schnürschuhe ... 4,75
Militär-Mäntel ... an 9,50
Militär-Röcke, feldgrau ... an 4,75
„ „ „ neu ... 19,50
Militär-Tuchhosen, schwarz ... 4,85
„ „ feldgrau, neu 8,75
Militär-Wollsocken ... 0,85
Militär-Unterhosen ... 1,00
Militär-Hemden ... 1,00
Militär-Tornister, neu und gebraucht
Militär-Brotbeutel ... an 1.25
Militär-Feldflaschen ... an 0.35
Militär-Zeltbahnen, neu ... 8.90
Wanderhemden ... 3.45
Windjacken, imprägniert ... an 6.85
Trainings-Anzüge ... an 4.90
Lumberjacks, moderne Muster 13.85
Breeches-Hosen in feldgrau, Cord
Velveton, gute Qualitäten ... an 4.90
Pilot-Hosen ... 3.80
Arbeitsschuhe, Rindleder ... 6.85
Versand nach außerhalb gegen Nachnahme
Siegmund Schwarz GmbH.
Halle a. d. S., Gr. Märkerstr. 5

Zeitzer Farbenhaus
Neumarktstr. 12
Billigste Bezugsquelle für
Farben Lacke Tapeten

Süsse Sachen zu Sonderpreisen

Erfrischungs-Waffeln	¼ Pfd.	20
Traubenbonbons	¼ Pfd.	13
Eisbonbons eingewickelt	¼ Pfd.	20
Gefüllte Bonbons	¼ Pfd.	20
Fruchtschnitten	¼ Pfd.	18
Gelee-Früchte	¼ Pfd.	20
Pralinen Sommermischung	¼ Pfd.	25
Pralinen Leipziger Mischung	¼ Pfd.	25
Vollmilch-Schokolade	3 Tafeln à 100 g	68
4-Tafel-Packung: 2 Tafeln Vollmilch-Schokolade, 2 Tafeln Schmelz-Schokolade	4 Tafeln à 50 g	48

u. außerdem 5% Rückvergütung
Steinweg 13 Geiststr. 61 Am Steintor 7 Reilstr. 3

SCHADE & FÜLLGRABE
G.m.b.H. LEIPZIG — 170 Filialen — A.-G. FRANKFURT

Farben u. Lacke
jeder Art und für jeden Zweck liefert vorteilhaft
Maass & Co.
Fabrik für Lack-, Rostschutz- u. Anstrichfarben
...renstraße 11 und Reileck — Ruf 24703

Für alle Kranken
habe ich meine Praxisräume verlegt und bin stets sonnabends von 8½—12 u. 2—6 Uhr zu sprechen
— Morgenurin mitbringen —
... Holle, Merseburg, Markwardstr. 24

Für den Sportsmann!
Braun Rindleder-Sport-Tourenstiefel ... 10.50
Schwarz Cromleder-Fußballstiefel ... 11.00 10.00
Schwarz Cromleder-Rennschuhe ... 8.50
Weiß Leinen-Tennisschuhe m. rot. Gummisohle 5.00 4.50
Segeltuch-Turnschuhe mit Cromledersohle
31—35 1.90 — 36—42 2.10 — 43—46 2.50
Motorradstiefel ... 24.00
Fußbälle ... von 4.50 an
H. Wiebach, nur Kl. Ulrichstr. 11-12
Schuhwaren engros und endetail

Kauft nur bei den Inserenten eurer Zeitung

Lumpen Zeitungen Knochen kauft A. Bode Große Klausstraße 22

Zuverlässiger Zeitungsträger für Oberesperstedt gesucht. Meldungen beim Gen. Richard Zeising

Zuverlässiger Zeitungsträger für Cölleda gesucht. Meldungen beim Gen. Emil Fetter, Feistkornstr. 3

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310528-15/fragment/page=0009

Greiling Schwarz Weiss

weitaus beste, echt macedonische Zigarette

DIESER PREISLAGE. PACKUNGEN -,40 u. 1,20 RM

Schokoladen, Kakao, Zuckerwaren nur bei Heinrich Krägel, Lindenstr. 56 31845

Bauern-Schänke Lindenstr. 57
Arbeiter-Verkehrslokal 31844

Max Zaubitzer, Steinweg 52 Kl. Ulrichstr.
Prima Roßfleisch und Wurstwaren Spezialwirtschaft 31843

Otto Fricke, Fischerplatz 1 Ecke Herrenstr.
Kolonial- u. hauswirtschaftl. Wurstwaren 31846

Möbel bei **O. Bernhardt,** Herrenstr. 19 31845

Roßschlächterei K. Böhlert
Halle (Saale) Ammendorf
Clearinstraße 3 Hauptstraße 28
ff. Fleisch- und Wurstwaren 31864

Heinrich Padawer, Textilwaren
Olearinsstraße 5, am Hallmarkt 31863

Aug. Thurm's Nachf.
Reilstraße 10, empfiehlt
Fleisch- und Wurstwaren 32059

Betten-Graf
Ältestes Spezial-Geschäft am Platze!
Bettfedern, Inlette
Bettstellen, Matratzen
Marktplatz 10|11 31862

Herren- u. Knabenbekleidungshaus **Ernst Renner,** Marktplatz 14 31861

Hallensia
die gute Eternudel 31841

Bevorzugt Fyffes-Bananen! 31839

Im Hotel „Weltkugel" am Bahnhof ißt man am besten! 31863

Möbel auf Teilzahlung nur bei 32196
„Merkur" Halle, Gr. Ulrichstraße 4, I. Etage

Reserviert 32186

Sparkasse des Saalkreises
Hauptstelle: Halle a. S., am Stadttheater
*
35 Nebenstellen
*
Wir dienen dem Volke

Dapol - Petroleum
überall erhältlich
Deutsch-Amerikan. Petroleum-Gesellschaft 32060

CAFE WINTERGARTEN Magdeburger Straße 66
Täglich: Humorist. Künstlerkonzert. Jeden Mittwoch und Freitag: 5-Uhr-Tee, sowie jeden Dienstag und Donnerstag: Tanzabend 32042

Max Albert, Prinzenstraße 18 32045

Das Haus der guten Qualitäten und billigen Preise

Brummer & Benjamin
Gr. Ulrichstr. 22-25 Halle Rannischer Platz

Färberei Naumann & Co.
reinigt, färbt, wäscht preiswert
Fabrik: Jacobstraße 39 31673

Beerdigungs-Anstalt Willy Lutze, Krukenbergstr.
Geschäftsstelle des Deutschen Begräbnis-Versicherungs-

Gebr. Kroppenstädt
Möbelfabrik — Große Märkerstraße 4
Äußerst günstige Zahlungsbedingungen 31672

Reserviert

RK
Bei KARSTADT kaufen heißt gut und billig kaufen! 31665

Otto Mucha
Tabak- u. Süßwaren-Großhandlung
Leschenfeldstraße 12 und Große Ulrichstraße
(Händlerport — Quergebäude 1. Stock)

Schokoladen und Zuckerwaren Tornow, Leipziger Str. 82
Die billigste Bezugsquelle

Sanitas-Bad Alle Arten Bäder
Massagen, ärztl. Krankenbehandlung
Mittelstraße 20 a.

Mostrich- und Speiseölfabrik **Wilhelm Krahnert & Co.**
empf. Tafelsenf, Essigsprit, Weinessig, Speiseöle, Fischmarinaden
Fernruf 21058 Kontor u. Fabrik: Fischerplatz

Engelhardt-Biere überall 31670

Reserviert 32

Reserviert

Feinste Aprikosen-Marmelade
Feinstes Pflaumenmus, Marke Thüringia
sind stets frisch zu haben bei der MIGRA und in den angeschlossenen KONSUM-VEREINEN

Staunend billig! Gebrauchte und neue Möbel großer Auswahl nur Mauerstr. 3 u. 4, am Stadtpark

Kauft Seifen
in der **Migros** und deren angeschl. Konsumvereine 32129

Weiss
Halle - Merseburg - Bitterfeld 32188

Pilsen liefert und verlegt
Gebr. Steizer, Delitzscher Str. 90, am Bahnhof
Telefon 35650 32416

Nähmaschinen
für Haushalt u. Gewerbe
für Zick-Zacknähen
Knopfannähen
Locharbeit
Stickerei
Stopfen
eingerichtet
Unterricht in eigener Stickereiwerkstatt
Gustav Lerche
Kleine Ulrichstraße 33
Gegründet 1894 — Fernruf 261 11
Reparaturwerkstatt
Günstige Zahlungsbedingungen 32139

Molkerei Carsdorf empfiehlt ihre Produkte in bester Qualität 31677

Berta Meyner, Kutzleben 13
Lebensmittel, hauptsächl. Wurstwaren 32136

Eierhandlung Landau, Gr. Klausstraße 9 32137

27 Alle Sorten Pantoffeln **27**
Kl. Ulrichstraße 32138

Otto Krull, Kl. Klausstraße Ecke Clearinstraße
Bäckerei, Konditorei 32052

Albert Koch, Moritzzwinger 3
Kolonialwaren 32046

Für Händler u. Wiederverkäufer empfehlen:
Strickgarn (bekannte Marken)
Ferner:
Trikotagen u. Strumpfwaren
Kurzwaren, Leder- und Kammwaren
Freund & Müller
Leipziger Straße 54 (Ecke Riebeckplatz) 31685

Fachgeschäft in Solinger Stahlwaren u. Waffen
Max Bug, Steinweg 19
Geschäftsgrundsätze: Erstkl. Ware, mäßige Preise, fachmännische Bedienung 31676

Drogen, Farben, Foto, Seifen, Lebensmittel-Artikel — Drogen preiswert, Moritzzwinger 1 31669

Mensch, erspar Dir Aerger, Kau nur Kroneberger! Zu haben im Konsum-Verein

Dein Fleisch von A. Kopf, Mansfelder Straße 10 und Wochenmarkt 32084

Reserviert Nr. 45 32184

Spielwaren
Geschenk-Artikel — Ledermaren
Große Auswahl in Vereinsartikeln
Albin Hentze, Halle a. d. S.
Schmeerstraße 24 31857

Wo ißt man am besten?
Bei **Stroh's** Nachfolger
Leipziger Straße 54 (am Riebeckplatz) 31686

Adler-Drogerie, Königstraße 14 Ecke Landwehrstr.
Farben, Lacke, Seifen, Parfümerien 31867

Willst Du streichen, geh zu Lampert
Fachgeschäft für Lacke, Farben und Malerbedarf
Merseburger Str. 168 (am Riebeckplatz) 32199

Reserviert 18 32194

Rosen-Apotheke
Merseburger Straße 112
(Ecke Leuchtfeldner Straße) 31683

Reserviert 101 31859

Verkehrslokal aller Werktätigen
Restaurant „Hafenbahn"
Mansfelder Straße 22 32191

Hausfrauen! Kauft Fleisch- u. Wurstwaren bei Oskar Kunath, Große Wallstr. 45

Großer Preisabbau!
Hallesches Musikhaus **Arthur Hartnuß** Geiststr. 5 32193

Bevorzugt nur „Saalegold"
deutsches stearin- und wasserfreies Rinderfett in allen Fleischereien 32128

Lederhandlg. **Sommer & Kurzhals** Albrechtstr. 46 Ecke Geiststr.

Lindner & Richter, Tholuckstraße
Abbruch-Materialien 32186

Reserviert 03 32188

Werkzeuge, Eisenwaren, Haushaltartikel, Gartengeräte
Delitzscher Str. 11 32044

Trinkt Milch von **Molkerei Bennstedt** 31860

Elektr. Licht- u. Kraftanlagen, Beleuchtungskörper, komplette Radio-Anlagen, Otto Gröbel, Wilhelmstr. 44 / Telephon 29354

Kaufe bei **J. Lewin** Markt 23

„HAFLEMA" Hallesche Fleischsalat- u. Mayonnaisenfabrik GmbH.
in Qualitäten
Lieferant d. Konsumvereine
Jacobstr. 25 Fernsprecher 31236 u. 32

Hermann Clausen, Halle a. S., Fischerplatz
Gurkeneinlegerei, Sauerkohlfabrik — Tel. 23617 u. 26879

Empfehle meine **Obst-Spezialgeschäfte**
Berliner Str. ◆ Bernburger Str. ◆ Königstr.
Wilhelm Pfeiffer

Mignon
Kakao
Pralinen
Schokolade
Überzugsmassen
DAVID-SÖHNE A.-G. HALLE A/S
MIGNON-SCHOKOLADEN-WERKE 31840

Hallesche Essigfabriken G. m. b. H. Halle a. S.
Weinessig - Tafelessig
Essigsprit - Mostrich - Speiseöle

Trinkt KONSUMKAFFEE
Allgemeiner Konsumverein Halle

50 Jahre 1880-1930 ◆ **Aug. Zeiß** Erste Hallesche Sauerkohlfabrik und Gurkeneinlegerei m. elektr. Betrieb / Sauerkohl und Konserven en gros / Fernruf 26536 32190

Tabakecke
Merseburger Straße 20
Zigarren, Zigaretten, Tabake 31682

Trinkt Euer **Freyberg-Bräu**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310528-15/fragment/page=0010

Naumburg, die Stadt der Pensionäre wurde eine Hungerstadt

A.-K. Die Stadt Naumburg ist seit jeher bekannt als eine der Pensionärstädten in ganz Mitteldeutschland, in die besonders gern die alten abgetakelten reaktionären Offiziere usw. ihren Wohnsitz verlegen. Auch ist die Stadtbehörde bemüht, weitere derartige Kreise nach Naumburg zu bringen. In der Lepsiusstraße sind Pfaffenheime errichtet und über den Bürgergarten ist ein Posttöchterheim erstanden. Alles Einrichtungen, die den Ruf als deutschnationale Nazistadt erhalten sollen. Industrielle Unternehmungen größeren Stils werden systematisch nicht zugelassen, nur hier und da eine kleine Klitsche, es könnte nämlich die Möglichkeit bestehen, daß damit die rote Flut wächst und die ehrenwerten, verknöcherten Spießer noch mehr in ihrer Ruhe gestört werden, wie es ohnehin jetzt schon der Fall ist. Unsägliches Elend herrscht in Kappstadt-Naumburg.

Im Stadtkreis Naumburg betrug einschließlich der Familienangehörigen nach dem Stichtag vom 1. Mai 1931 die Zahl der

Arbeitslosenunterstützungsempfänger	2367
Krisenfürsorgeempfänger	1260
Wohlfahrtserwerbslosen	2436
sonstigen Unterstützungsempfänger	504
Kleinrentner	434
Sozialrentner	834
Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen	5334
zusammen	13169

Die Gesamtzahl derjenigen, welche aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, beträgt daher 13 169 gleich 42,73 Proz. der Gesamtbevölkerung, demnach ist jeder zweite Einwohner Naumburgs ein Unterstützungsempfänger.

Nach diesen Zahlen ist das feudale deutschnationale Nazistädtchen im wahrsten Sinne eine Hungerstadt. Nicht mit angegeben ist die Zahl derjenigen, welche absolut keine Unterstützung mehr erhalten, weil diese verarmten Schichten nicht mehr registriert werden. Nun winkt schon wieder eine neue Notverordnung, durch welche den Unterstützungsempfängern die Rente noch weiter gekürzt werden soll oder durch die sie überhaupt aus der Versorgung herausgeschmissen werden sollen.

Immer krasser zeigen sich die Auswirkungen der Brüningschen Notverordnungen, die mit Unterstützung der sozialdemokratischen Führerclique geschaffen wurden. Noch mehr Elend droht auch den wenigen noch in Arbeit Stehenden, den Beamten usw. deren Lohn oder Gehalt noch weiter gekürzt werden soll.

Es ist deshalb notwendig, daß sich alle Werktätigen zu einer roten Front zusammenschließen und sich gegen die weitere Verelendung wehren!

Um rund 15000 Mark hat SPD-Bürgermeister die Gemeindekasse „erleichtert“

Die aufsehenerregenden Unterschlagungen bei der Gemeindekasse des Dorfes Althen bei Borsdorf standen am Freitag vor dem Gemeinsamen Schöffengericht zur Verhandlung. Zu verantworten hatte sich der 65 Jahre alte Bürgermeister Louis Gröbe. In den Jahren 1926 bis 1931 hatte er aus der Gemeindekasse nach und nach [illegible] Mark veruntreut. Am Karfreitag ist er, nachdem er noch kurz zuvor 2000 Mark für die Gemeinde kassiert hatte, woraus er einen Wechsel von 1000 Mark einlöste und 400 Mark für die Gemeinde verwandte, mit dem Rest von 600 Mark flüchtig geworden. Über München begab er sich in die Schweiz. Da ihm beim Grenzübertritt der Revolver abgenommen wurde und er in Zürich las, daß er angeblich 65 000 Mark unterschlagen haben sollte, fuhr er zurück und stellte sich am 20. April der Polizei. In seinem Besitz befanden sich noch 165 Mark.

Der Angeklagte gab an, daß er die Gelder veruntreut habe, um aus seiner wirtschaftlichen Not herauszukommen. Durch Mißernten und durch Wechselverbindlichkeiten, die er bei der von ihm betriebenen Siedlungspolitik für andere eingegangen sei (!?), sei er immer mehr in Not geraten, bis er sich schließlich keinen Rat mehr wußte.

Der Staatsanwalt beantragte wegen schwerer Amtsunterschlagung eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten. Das Urteil lautete unter Zubilligung mildernder Umstände auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Wünschendorf (Landkreis Gera). Durch einen Dummenjungenstreich eine Anzahl Menschen verletzt. Große Aufregung herrschte am ersten Pfingstfeiertag in dem Ausflugslokal „Fuchsmühle“. Mitten unter die zahlreichen Gäste war ein mit mehreren jungen Burschen besetztes Auto gerast, hatte einen Kriegsbeschädigten überfahren und ihn und noch eine ganze Reihe weiterer Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Der Gäste hatte sich eine begreiflicherweise erregte Stimmung bemächtigt, daß sie die Autofahrer lynchen wollten und nur durch die eingreifende Polizei an ihrem Vorhaben gehindert wurden. Die Burschen, die das Unglück verschuldet hatten, hatten sich einen „Pfingstscherz“ leisten wollen. Sie hatten sich ein Auto gemietet, dessen Motor abmontiert war, den Wagen einen Berg hinaufgeschoben, sich hineingesetzt und waren dann mit dem motorlosen Wagen den steilen Weg von oben nach der „Fuchsmühle“ hinabgesaust. In einer gefährlichen Kurve hatten sie die Herrschaft über das Fahrzeug verloren und waren in das Gartenlokal hineingesaust.

Dessau. In zwei Tagen sieben Menschen das Leben gerettet. An beiden Pfingstfeiertagen hat ein Dessauer, angeblich ein Finanzbeamter, in vier Fällen nicht weniger als sieben Personen das Leben gerettet, die in der Elbe gegenüber der Schlangengrube badeten und in eine Untiefe gerieten. Es handelt sich um ein 17jähriges Mädchen, das bereits bewußtlos war, um ein 15jähriges Mädchen, um ein Geschwisterpaar sowie um einen Vater und seine beiden Kinder. Der Name des mutigen Retters ist unbekannt.

Pößneck. Ein Kind zu Tode gequetscht. Von einem Lastauto zu Tode gequetscht wurde in der steilabfallenden Schulstraße am Dienstag die siebenjährige Edith Falkenstein. Das Auto fuhr die Straße aufwärts, rutschte dann aber durch einen plötzlich auftretenden Defekt wieder zurück und drückte das Kind, das gerade aus einem Geschäft herausgekommen war, gegen eine Hauswand. Der Bedauernswerten wurde der Kopf völlig zerquetscht, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Breitenhagen (Kr. Calbe). Spirituskocherexplosion. Schon wieder richtete auf einem Jahrmarkt die Explosion eines Spirituskochers ein großes Unglück an. Ein Akener Handelsmann hatte auf dem hiesigen Jahrmarkt Würstchen verkauft. Der zum Erwärmen der Würstchen dienende Spirituskocher explodierte. Zwei Knaben erlitten dadurch schwere Verletzungen im Gesicht und an den Händen.

Die internationale Bedeutung des Kampfes um den roten Konsumverein Halle

Von S. Hauff (Moskau).

Ehe die Sozialdemokraten und die opportunistischen Renegaten im April 1930 den Konsumverein Halle an die Kommunisten abtreten mußten, haben sie schnell alle Gelder an die sozialfaschistische Zentrale in Hamburg überwiesen, hatten die Spargelder in Neubauten restlos festgelegt und haben dann — nachdem sie endlich von den Mitgliedern davongejagt waren, den Sturm auf die Sparkasse organisiert, um den roten Arbeiter-Konsumverein zum Bankrott zu treiben. Alles war vergeblich. Die Mitgliedermassen standen treu und fest zur kommunistischen Leitung. Und als die Sozialdemokraten mit finanziellem Drucke die kommunistische Leitung vertreiben wollten, da haben Tausende und Tausende von Genossenschaftlern ihre letzten Groschen mobilisiert und haben mit ihren Pfennigen die von ihnen erbaute und ausgebaute Genossenschaft gegen die kapitalkräftigen Banken und gegen die gutbezahlten reformistischn Bonzen verteidigt.

Plötzlich forderte die Hamburger sozialfaschistische Zentrale die vor Jahren an den AKV-Halle gegebene Hypothek von 400 000 Mark innerhalb dreier Tage in bar ausgezahlt zurück. Am gleichen Tage klagte die — ebenfalls unter sozialdemokratischer Leitung stehende — Ortskrankenkasse die ausstehenden Beiträge durch das Gericht ein. Ebenso klagten die Gaswerke und Elektrizitätswerke, lauter Anstalten, in denen die Sozialfaschisten den maßgebenden Einfluß haben, ihre Außenstände beim Gericht ein. Die Sparkasse des Kreises, die natürlich auch einem sozialdemokratischen Landrat untersteht, verweigerte trotz Abmachung die Einlösung von Wechseln. Kurz, von allen Seiten wurde mit Gewalt auf den Bankrott hingearbeitet. Tatsächlich hat der Konsumverein Halle seine Zahlungen einstellen müssen. Aber die Mitglieder gaben nochmals ihre letzten Groschen zur Verteidigung und gelobten, alles daran zu setzen, um ihre Vereine unter der proletarischen Leitung weiterzuführen.

Nicht einmal die Schließung der Läden haben die verbrecherischen Zerstörer erreichen können. Die Mitglieder werden weiter beliefert — die ganze, groß aufgezogene Aktion ist ins Wasser gefallen.

Die politische Bedeutung des „Falles Halle“

— wie die sozialfaschistische Genossenschaftspresse Deutschlands ihre Schandtaten und ihre Hetze benennt — liegt darin, daß

in dieser Genossenschaft zum ersten Male in einem kapitalistischen Lande die Genossenschaft bewußt in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes gestellt wurde, daß die 20 000 Mitglieder — von denen nur ein ganz verschwindend kleiner Prozentsatz organisierte Kommunisten sind — für alle Kampagnen des revolutionären Proletariats, für die politischen Kämpfe unter Führung der KPD, wie für die wirtschaftlichen Kämpfe unter Führung der RGO mobilisiert wurden.

Die politische Bedeutung des „Falles Halle“ liegt weiter darin, daß mit dem nun schon zwölf Monate lang dauernden Kampf dieses roten Konsumvereins auch jene schwankenden und opportunistischen Elemente innerhalb der Kommunistischen Partei verurteilt worden sind, die die Meinung vertreten haben, daß die Konsumvereine nur finanzielle Aufgaben haben, oder daß die revolutionäre Opposition in den Genossenschaften nur ganz leise in Erscheinung treten dürfe. Um die politische Bedeutung des „Falles Halle“ richtig zu verstehen, muß man sich daran erinnern, daß der

Konsumverein Halle deswegen aus dem reformistischen Zentralverband ausgeschlossen wurde, weil er es gewagt hatte, den Mansfelder Kampf der Berg- und Metallarbeiter mit Lebensmitteln und Sammlungen aktiv zu unterstützen.

Und wie in diesem Falle die Mitglieder entgegen den reformistischen Parolen Solidarität mit den kämpfenden Kumpels übten, so haben sie seitdem in all den Monaten ihren eigenen Konsumverein gegen die Zerstörungswut der Renegaten und Reformisten verteidigt. Hunderte von Versammlungen fanden statt. Drei-, viermal mußte jedes einzelne Mitglied seine Unterschrift und sein Vertrauen für die kommunistische Leitung abgeben, um den von den Gegnern beantragten Bankrott zu vermeiden. **Unter Opfern, kämpfen und abermals unter Opfern hat die Mitgliedschaft ihren roten Arbeiterkonsumverein aufrechterhalten, hat sie der unter kommunistischer Führung stehenden Leitung die Treue auch für die kommenden Kämpfe versprochen.**

Die politische Bedeutung des „Falles Halle“, und zwar nicht nur für Deutschland, sondern für die Genossenschaftsbewegung auch in allen anderen kapitalistischen Ländern, liegt gerade darin, daß die scheinheiligen

Helfershelfer der Bourgeoisie gezwungen wurden, offen Farbe zu bekennen, daß sie ihre gegenüber der Bourgeoisie geübte „Neutralität“ sofort aufgeben mußten, sobald ihnen klassenbewußte Proletarier gegenüber standen.

Und die politische Bedeutung der Kämpfe um den Konsumverein Halle liegt darin, daß in diesen Kämpfen die weitaus übergroße Mehrheit der Mitglieder (nur ein ganz verschwindend kleiner Prozentsatz von Gewerkschaftsangestellten und sozialfaschistischen Bürokraten folgte den Losungen der Sozialfaschisten) geschlossen hinter den Kommunisten, hinter der proletarischen Führung stehen.

Ein Jahr Kampf um den Konsumverein Halle, von April 1930 bis zum April 1931 — ein Jahr, das zusammenfällt mit einer sich ständig verschärfenden Krise der kapitalistischen Wirtschaft, beweist, daß die Masse der Mitglieder in den Genossenschaften — genau so wie die Mitgliedermassen in den Gewerkschaften, Sportorganisationen usw. — bereit ist, sich in die revolutionäre Klassenfront einzureihen, wenn wir selber alle Zagheit beiseiteschieben und mit bolschewistischer Kühnheit die Kampffront aufrollen und die Kämpfe führen.

Die SPD

rüstet zum Reichsparteitag. Wieder wird sie versuchen, mit demagogischen Verdrehungen und allerhand Phrasen vom „kleineren Uebel“ ihre Schande

und ihren Verrat

zu verschleiern. Die „Linken“ müssen herhalten, um die Massenflucht aus der SPD zu verhindern.' Aber sie werden von jedem einfachen Proleten

entlarvt

Nun gilt es, die Hirne der Arbeiter vom Gift der sozialfaschistischen Presse zu befreien. Darum, SPD-Arbeiter, wirf diese Presse aus dem Haus. Deine Zeitung ist

der „Klassenkampf“

Deshalb heraus zum Großwerbetag für Partei und Presse am Sonnabend und Sonntag.

Polizeiterror kann den Hunger der Erwerbslosen nicht beseitigen

Fünf Gräfenhainicher Genossen verhaftet! Zehn andere werden an ihre Stelle treten!

A.-K. Gräfenhainichen. Nach dem erfolgreichen Vorgehen der Gräfenhainicher Erwerbslosen am Donnerstag setzte am Sonnabend ein Rachefeldzug von seiten der Polizei ein. Es wurden fünf Genossen verhaftet.

Ein kleiner Geschäftsmann, welcher die Verhafteten mit seinem Lieferwagen abtransportieren sollte, weigerte sich, dies zu tun. Die Polizei beschlagnahmte einfach den Wagen.

Als die Genossen abtransportiert werden sollten, gerieten die Erwerbslosen in große Erregung. Sie forderten, daß die Verhafteten wieder freigelassen werden.

Plötzlich erschallte das Kommando: „Straße frei, Gummiknüppel raus!“,

und die Polizeibeamten sausten auf die Erwerbslosen, auf die Frauen und Kinder los. Wer nicht schnell genug laufen konnte, wurde zu Boden geschlagen. Rücksicht gab es nicht. Der erst vor kurzem angestellte Ortspolizist tat sich bei diesen Gummiknüppelattacken besonders hervor. Wahrscheinlich will er den Befähigungsnachweis erbringen.

Eine Frau von 60 Jahren wurde so geschlagen, daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Wie blindwütig die Beamten vorgingen, zeigt folgender Fall:

Ein Landjäger war so eifrig, daß er inmitten der flüchtenden Menge zu Fall kam und die vor dem Gummiknüppel fliehenden Männer, Frauen und Kinder über ihn hinweg stolperten.

Bei dieser polizeilichen Aktion zeigte sich auch ganz klar die Büttelrolle von Sozialfaschisten. Der Sohn des SPD-Konsumlagerhalters Krippendorf stellte sich mit seinem Motorrad der Polizei zur Verfügung.

Die Arbeiter haben für derartige Büttel nur Verachtung übrig. Die Spießer von Gräfenhainichen einschließlich der SPD-Bonzen, die auch in diesem Falle wieder gezeigt haben, daß sie Arbeiterverräter sind, sollen aber ja nicht glauben, daß durch derartige Maßnahmen die Erwerbslosen eingeschüchtert werden. Unser Hunger wird dadurch nicht beseitigt. Alle diejenigen, die bisher noch nicht bereit waren, für unsere berechtigten Forderungen mit einzutreten, werden durch dieses Vorgehen des Staatsapparates belehrt, daß auch sie mit kämpfen müssen.

Die Erwerbslosen müssen sich jetzt wieder eine Leitung wählen, die im Sinne der verhafteten Genossen und im Interesse aller Hungernden für die Erwerbslosen eintritt. Die Vorgänge sind auch für alle Betriebsarbeiter eine ernste Mahnung, in Einheitsfront mit den Erwerbslosen zu kämpfen.

Kampf gegen Unterstützungsraub! Kampf gegen Lohnabbau und Massenentlassungen!

Das sind die Losungen.

2 wichtige Broschüren
zum Leipziger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Im Zeichen des Niederganges
16 Seiten . 10 Pfennig

Wo bleibt der zweite Mann?
24 Seiten . 10 Pfennig

Die obengenannten Broschüren zeigen an Hand von Tatsachen, daß die Phrasen wie: „Die Demokratisierung der Wirtschaft führt zum Sozialismus“ — „Eindringen in den Staatsapparat“ — „Hineinwachsen in den Sozialismus“ — „Koalitionsregierung — das kleinere Übel“ nur leere Redensarten sind, die die Arbeiter vom Klassenkampf fernhalten sollen. Schandtaten der SPD, wie Notverordnung, Panzerkreuzer usw. werden vor den Arbeitern durch eine wüste Hetze gegen die UdSSR verschleiert. Die Broschüren werden den nach Klarheit ringenden sozialdemokratischen Arbeitern helfen, den Weg zur roten Klassenfront zu finden

Internationaler Arbeiter-Verlag
Berlin C 25, Kleine Alexanderstr. 28

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310528-15/fragment/page=0011

Aus dem Bezirk

Donnerstag, den 28. Mai 1931.

Die mitteldeutsche Genossenschafts-Delegierten-Konferenz

beginnt am 31. Mai 1931, vorm. 10 Uhr, im „Deutschen Gesellschaftshaus", Halle a. S., Leipziger Straße.

Tagesordnung:

1. **Der Kampf der proletarischen Genossenschaftsopposition.**
2. **Der Stand der ausgeschlossenen Konsumvereine Halle und Merseburg.**
3. **Die Aufgaben der proletarischen Genossenschaftsopposition.**

Es werden sprechen Vertreter des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und der Genosse Wilhelm Koenen.

Alle gewählten und noch zu wählenden Delegierten — soweit noch nicht gemeldet — sind sofort an die Adresse: Kurt Kränkel, Halle a. S., Lerchenfeldstr. 14, zu melden.

Die Delegierten müssen von den Konsumvereinen, Genossenschaftsfraktionen oder andern Auftraggebern mit Ausweis versehen sein. Ueberall dort, wo in Konsumvereinen, Betrieben und Massenorganisationen noch nicht Stellung genommen wurde, ist das in den letzten Tagen noch nachzuholen.

Die revolutionäre Genossenschaftsopposition Bezirk Halle-Merseburg.

Weißenfels-Zeitz

Pfingstbotschaft des Magistrats an die Einwohnerschaft von Naumburg

A.-K. Naumburg. Sonnabend vor Pfingsten veröffentlichte der Magistrat in seinem Amtsblatt, der Naumburger Tante, sämtliche Steuern und Steuerzuschläge für das Steuerjahr 1931/32. Er bereitete damit der Einwohnerschaft eine ganz besondere Freude. Jedenfalls wollte er verhüten, daß seine Einwohner die Feiertage allzu üppig verleben, damit der Gerichtsvollzieher nach Pfingsten nicht zuviel zu tun hat. Ja, ja, Naumburg hat wirklich einen vorsichtigen Magistrat, der denkt sogar zu Pfingsten an seine Einwohner. Wir geben hiermit die Liste der Steuerzuschläge bekannt, um zu zeigen, in welcher Weise der Mittelstand, diese „Stütze der Gesellschaft", vom kapitalistischen Staat belastet wird.

160 Proz. zur Grundvermögensteuer der bebauten Grundstücke.
100 Proz. zur Grundvermögenssteuer bei Neubauten.
160 Proz. zur Grundvermögenssteuer bei unbebauten Grundstücken.
300 Proz. zur Gewerbesteuer nach dem Ertrage.
300 Proz. zur Gewerbesteuer nach dem Kapital.
20 Proz. Zweigstellensteuer.
200 Proz. zu dem Landessatz der Bürgersteuer.

In Rußland sind diese Fragen anders gelöst. Dort kommt es nicht vor, daß den Bauern die letzte Kuh gepfändet oder dem Kleingewerbetreibenden der Strick um den Hals gelegt wird.

Dort hilft der Sowjetstaat diesen Schichten, die bei uns dem Untergang preisgegeben sind, eine Existenz auf neuer Grundlage aufzubauen.

Gewerbetreibende! Beamte! Arbeiter! Schließt euch der Kommunistischen Partei an! Lest den „Klassenkampf"! Kämpft mit uns, um dieses fluchwürdige System zu beseitigen, dann kann es nicht mehr passieren, daß ihr mit solchen Bekanntmachungen zu Pfingsten belästigt werdet.

Stahlhelm-Provokation in Wiehe

A.-K. Wiehe. Der Kommunistische Jugendverband und die Antifa hatten während der Pfingstfeiertage ein Zeltlager bei Wiehe, um dort während dieser Tage Wehrsport zu betreiben. Für den zweiten Feiertag hatten die Genossen von Wiehe eine Demonstration mit Kundgebung angemeldet. Was geschah?

Fünf Minuten vor Abmarsch der Demonstration erscheint der Herr Bürgermeister Tauscher im Lokal, in dem wir uns versammelt hatten und verbietet diese Demonstration mit der Begründung, die Antifa hätte einem Stahlhelmer das Abzeichen weggenommen.

Davon daß die Genossen provoziert worden sind, wußte der Herr Bürgermeister natürlich nichts. Nur der straffen Disziplin der Jugendgenossen ist es zu verdanken, daß diese Faschisten nicht noch etwas ganz anderes erlebt haben.

Der Stahlhelmfaschist Fischer, der es auf dem Rittergut Wiehe versteht, die Landarbeiter anzutreiben, ging mit erhobenem Knüppel auf einen jungen Genossen von 16 Jahren los mit allerlei provozierenden Redensarten. Er kann froh sein, daß die andern Genossen das nicht gesehen haben, sonst wäre es ihm schlecht ergangen. Aber diese Faschisten wagen sich ja auch nur an Kinder heran.

Wenn es sich um eine Demonstration der Faschisten gehandelt hätte, wäre sie bestimmt nicht verboten worden. Aber die Spießer haben Angst vor den schwarzen Hemden. Vor allem sind es drei Geschäftsleute, die das Verbot der Demonstration veranlaßt haben. Die Arbeiterschaft von Wiehe wird sich diese Leute merken und wird ihre Hungerpfennige nicht zu diesen Denunzianten hintragen.

Die Komsomolzen haben sich nicht an das Verbot gekehrt, sie haben ihre Demonstration trotz Verbot durchgeführt.

Masseneintritt in die Partei und den Jugendverband, systematische Werbung für den „Klassenkampf" und die „Junge Garde", das ist die beste Antwort auf solche Provokationen.

Zeitz. Trauriges Ende des Pfingstausfluges. Eine in Zeitz zu Besuch weilende Familie unternahm einen Pfingstausflug zu Rad. Der Vater nahm auf seinem Rade das jüngste, zweijährige Kind mit. In Wetterzeube kam er durch die Schuld eines andern Radfahrers, der ebenfalls eine zweite Person auf dem Rade hatte und noch dazu Harmonika spielte, mit seinem Rade so schwer zu Fall, daß das Kind starb.

Schkölen (Kreis Weißenfels). Sittlichkeitsverbrechen eines 73jährigen. Unter dem dringenden Verdacht, sich an Schulkindern auf dem Friedhof vergangen zu haben, wurde der 73jährige Totengräber verhaftet. Zur gleichen Zeit wurde ein seit Jahren arbeitsloser Gärtner, der sich an seiner minderjähri- Stieftochter unsittlich vergangen haben soll, in Haft genommen.

Berichtigung. In Nr. 112 vom 22. Mai 1931 steht im Provinzteil in der A.-K. aus Techwitz: „Bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront nimmt Hungeretat an", daß ein Antrag auf Erhöhung des Wassergeldes **um 12 Prozent** gestellt wurde. **Es muß heißen: „um 125 Prozent".**

SPD-Gemeindevertreter beschimpft Erwerbslose als Faulenze[r]

Erwerbslose, bildet Kampfausschuß gegen Unterstützungsraub

A.-K. Söhesten. In der Gemeindevertretersitzung vom 23. Mai wurde der Voranschlag für die Gemeinde Söhesten einstimmig abgelehnt. Derselbe sah vor: 300 Prozent Zuschlag auf Grundvermögensteuer, 500 Prozent Zuschlag zur Gewerbesteuer, Bürgersteuer, erhöhte Biersteuer. Auf der Ausgabenseite waren die Titel „Fürsorgemaßnahmen" sowie „Straßen- und Wegeinstandhaltung" erheblich gekürzt. Nach einer ausführlichen politischen Begründung des ablehnenden Standpunktes der Kommunisten durch Gen. Biering wurde nach einigem Hin und Her der Voranschlag abgelehnt.

Für die neue Notverordnung

die Anfang Juni in Kraft treten soll und weitere untragbare Verschlechterungen für alle Werktätigen bringt,

trägt die SPD die volle Verantwortung

Sie hat immer wieder der Brüning-Regierung das Vertrauen ausgesprochen und ihr alle Vollmachten zur Durchführung der Hungerdiktatur erteilt.

Ein Sturm der Entrüstung

geht durch die Reihen der einfachen SPD-Arbeiter. Zeigt ihnen, daß ihre Führer für immer jenseits der Barrikaden, im Lager des Klassenfeindes stehen. Helft ihnen, den Weg zur roten Einheitsfront zu finden.

Vernichtet die Massenbasis der SPD

Im Punkt „Wegeausbesserung" wurde beschlossen, die Kommunikationswege mit Schlacke oder Kies aufzufahren. Hierbei [...]ten die Bürgerlichen unentgeltliches Arbeiten der Erwerbslosen erzwingen. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß die Erwerbslosen vollständig abgebrannt sind und lehnten dieses Ansinnen [ent]schieden ab. Im Punkt „Verschiedenes" wurde nochmals von [den] Bürgerlichen der Antrag gestellt, die Wohlfahrtserwerbslosen [...] unentgeltlich Gemeindearbeit leisten. Jetzt bekommen sie die [...]rende Summe von 30 Pf. die Stunde. **Der SPD-Vertreter S[...] brachte es fertig, zu sagen:**

„Ich bin nicht gegen die 30 Pf., aber ich will dann auch Arbeit sehen dafür, und nicht, wie es gewesen ist, daß gefaulenzt wird."

Unsere Genossen wiesen diese Beschimpfung energisch [zurück]. Der Antrag wurde abgelehnt.

Es ist höchste Zeit, daß sich die Erwerbslosen in Söhesten [und] außerhalb des Gemeindeparlaments gegen den Hungerkurs [zur] Wehr setzen.

Bildung eines Kampfausschusses ist die nächste Aufgabe.

Dazu müssen auch die Rentner, die Frauen, die Arbeiter [der] nächsten Betriebe herangezogen werden. Der Kampf gegen [den] bevorstehenden Unterstützungsraub, der Kampf um Tariflöhne [für] die Pflichtarbeiter muß sofort vorbereitet werden. Wir haben [in] Bitterfeld gesehen, daß festes, geschlossenes Auftreten der Erwerbslosen Erfolge bringt.

Die „Freie Presse" denunziert weiter

In Nummer 119 vom 26. Mai weist die „Freie Presse" aus Anlaß der Vorgänge in Gräfenhainichen die Polizei darauf hin, daß der Vorstand des Erwerbslosenausschusses gegen das Versammlungs- und Demonstrationsverbot laut Notverordnung verstoßen haben soll. Sie leistet der Bourgeoisie damit bewußt Handlangerdienste, in dem sie dazu beiträgt, daß die Führer der Erwerbslosen auf vier Monate ins Gefängnis wandern. Die Sudelfritzen der „Freien Presse" atmeten erleichtert auf, als die „Verantwortlichen" verhaftet waren. Das Herz war ihnen in die Hosen gerutscht aus Anlaß des Proteststurmes der Erwerbslosen. Ließ ihnen das böse Gewissen über ihre Verrätereien an der Arbeiterschaft keine Ruhe?

Die wirklichen Verantwortlichen für die Vorgänge in Gräfenhainichen und Bitterfeld sind die sozialdemokratischen Landräte, Regierungspräsidenten, Minister und die Sozialdemokratische Partei.

Sie haben den Proteststurm der Erwerbslosen gegen das langsame Verhungern mit ihren Maßnahmen heraufbeschworen. Die verantwortlichen Regierungspersonen der SPD haben systematisch jahrelang alle Verschlechterungen gegen die Arbeiterschaft ausgeheckt und durchgeführt. Die „Freie Presse" kann aus diesem Grunde keine andere Stellung einnehmen, als die Erwerbslosen in ihrem Kampf um das letzte Stückchen Brot verhöhnen. Der Tintenkuli der „Freie Presse" schreibt:

„Es war nur ein sehr kleiner Teil der Erwerbslosen, der dem Rufe der KPD gefolgt war." Im selben Atemzug berichtet man, daß eine „bedrohliche Menge" auf dem Marktplatz versammelt war. In Wirklichkeit solidarisierte sich die gesamte werktätige Bevölkerung mit dem Vorgehen der Erwerbslosen und unterstützte sie in ihrem Kampfe. Die SPD-Presse muß aus dem Prinzip des Arbeiterverrats die Tatsachen verdrehen und unterschlagen. Der Volkssturm für Arbeit, Brot und Freiheit hat diese satten behäbigen Spießer aus ihrer Ruhe, die sie als Lakaien des Kapitals genießen, aufgescheucht. Die „Freie Presse" richtet sich selbst.

Wir machen den Vorschlag, daß der Redakteur selbst diese Nummern mit den Berichten über die Vorgänge in Gräfenhainichen und Bitterfeld den Erwerbslosen zum Kauf anbietet. Er würde eine derbe proletarische Antwort für seine Frechheiten erhalten.

Bitterfeld-Wittenberg

Krasse Ausbeutung der Not der Jungarbeiter

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Das tut der Kinobesitzer Gräf in Neugersdorf. Dieser Kinobesitzer versteht sehr gut, die jugendlichen Arbeiter in seinem Betrieb auszubeuten. **Von abends 19 Uhr bis 24 Uhr müssen die jungen Arbeiter flitzen und Plätze anweisen.** Das ist aber nicht alles, sondern der Kinobesitzer bestellt sich auch den Jungarbeiter für häusliche Arbeiten und Wege besorgen für wenige Stunden, die aber von Tag zu Tag mehr wurden. So daß diese Jungarbeiter von früh bis spät in die Nacht hinein die ganze Woche 10 M. erhielten. Davon soll er leben, muß immer anständig gekleidet gehen und seine Schuhe alle 14 Tage besohlen lassen. Wenn aber der Jungarbeiter nicht mitmachen wollte, wie es dieser Kinobesitzer wünschte, konnte er gehen. Nach längerer Ausbeutung konnte der Jungarbeiter einfach nicht mehr für dieses Geld bei so langer Arbeitszeit auskommen. Aber als er sich regte, bekam er die Antwort: „Wenn Sie es nicht mehr machen wollen, ich bekomme andere, die es für 5 M. machen." Jetzt hat er sich einen anderen Arbeiter geholt, der nur Donnerstags und Sonntags dort ist und 2 M. bekommt.

Jungarbeiter, lernt aus diesem Beispiel, wehrt euch gegen die Ausbeutung eurer Arbeitskraft. Organisiert euch im Kommunistischen Jugendverband und in der RGO und kämpft mit uns gemeinsam für eine menschenwürdige Entlohnung auch der Jungarbeiter.

Was geht im Konsumverein Röglitz vor?

Am Dienstag lagen im Konsumverein Flugblätter aus, in denen jede Verteilungsstelle aufgefordert wird, Delegierte zur Revolutionären Genossenschafts-Konferenz am 31. Mai in Halle zu entsenden. Der Geschäftsführer nahm sich die unerhörte Frechheit heraus, diese Flugblätter zu beschlagnahmen, ja er bedrohte den Lagerhalter sogar tätlich.

Woher nimmt sich der Geschäftsführer das Recht zu einem derartigen Vorgehen? Denkt er den Vormarsch der Opposition mit derartigen Mitteln aufzuhalten? Der Aufsichtsrat und vor allem die Mitgliedschaft müssen sofort zu diesem Vorkommnis Stellung nehmen und nun erst recht Delegierte zur Konferenz in Halle wählen.

Delitzsch-Torgau

Fest auf dem Boden der revolutionären Genossenschaftslinie

Die am 18. Mai in Radefeld stattgefundene Mitgliederversammlung der Partei stellt fest, daß die eingeschrittene Linie der revolutionären Genossenschaftsopposition zur Erhaltung de[r] AKV als revolutionäres Instrument im Klassenkampf richtig i[st]. [...] Mitglieder verurteilen das verräterische Spiel der Renegaten. [...] wird der sofortige Ausschluß aus der Partei verlangt. Die Reso[lu]tion der Parteiarbeiterkonferenz wird in allen Punkten gebilligt. [Nur] der revolutionäre Klassenkampf kann die Arbeiterschaft vom Joch [des] Kapitalismus befreien, weshalb der Weg zurück zur GEG schlim[m]ster Verrat an den Interessen des Proletariats bedeuten würde.

Unsere Antwort an Brüning und Severing

A.-K. In einer öffentlichen Einwohnerversammlung am 20. [Mai] in Schwemsal, in welcher Genosse Gebhargt-Düben sprach, [wur]den wieder

vier Aufnahmen für die KPD getätigt!

Wir hoffen, im Laufe der nächsten Woche weitere Aufnahmen [zu] machen, um eine Ortsgruppe gründen zu können. Innerlich ste[hen] viele der Einwohner schon zu uns, und es bedarf nur noch ei[nes] Anstoßes, um sie zu gewinnen. Wir sind überzeugt, daß unsere [Ar]beit auch weiterhin von Erfolg gekrönt sein wird.

Achtung, Aufmarsch in Düben!

Der Kampfbund-Aufmarsch in Düben findet nicht am 6. und 7. sondern am 13. und 14. Juni statt. Wir bitten um recht zahlrei[che] Beteiligung auch anderer Organisationen. Anmeldungen mit Anga[be] der Zahl der Teilnehmer bitten wir bis spätestens 7. Juni a[n] Walter Pinger, Tiefensee bei Düben, einzusenden.

Kampfbund gegen den Faschismus, Ortsgruppe Düben.

Eilenburg. Beim Baden ertrunken. Beim Be[such] eines Kinderzeltlagers an der Mulde bei Hohenprießnitz-Gru[na] wurde ein 19jähriges junges Mädchen aus Engelsdorf bei Le[ip]zig, das sich beim Baden in der Mulde, obwohl es des Schwim[]mens unkundig war, zuweit in den Fluß gewagt hatte, von eine[m] Unwohlsein befallen und abgetrieben. Es konnte nach länger[em] Suchen nur als Leiche geborgen werden.

Nordhausen

Wir blasen zum Alarm!

Heraus zur Demonstration gegen den Hungerkurs der Brüning-Regierung

Am Freitag, dem 29. Mai, 19 Uhr, Antreten am Hauptbahnhof. Demonstration nach dem „Königshof". — 20.30 Uhr öffentliche Versammlung in der „Hoffnung".

Thema: Heraus aus dem Elend. Hitler, Stennes oder Scheringer? Der Parteitag der SPD. Referent der BL.

KPD., Kampfbund, RGO Nordhausen.

Mücheln. So sieht „christliche Nächstenliebe" au[s]. Der Angestellte Koch aus Mücheln verunglückte mit seinem Mo[]torrade auf der Dölziger Straße und fuhr gegen einen Ba[um]. Der Schwerverletzte blieb über eine Stunde lang liegen, da za[hl]reiche vorüberfahrende Chauffeure und Motorradfahrer se[ine] Hilferufe nicht beachteten. Erst ein Schkeuditzer veranlaßte [die] Ueberführung des Verunglückten ins Merseburger Krankenha[us].

Bad Kösen. Beim Baden ertrunken. Der 16jähri[ge] Zimmerlehrling Kalb aus Apolda, einziger Sohn einer Wi[twe,] ertrank auf einem Pfingstausflug in der Nähe der Saalhäu[ser,] als er ein Bad nahm. Die Leiche wird noch gesucht. Durch [die] dortigen tiefen Löcher ist die Auffindung erschwert.

Gernstedt (Kreis Naumburg). Schwerer Motorradunfall. Der 24jährige Landwirt Kurt Schreiber fuhr mit sei[nem] Motorrade mit einem Berliner Kraftwagen zusammen. Er wu[rde] über den Wagen hinweggeschleudert. Hierbei erlitt Sch. ei[nen] doppelten Bruch des rechten Beines, Bruch des linken Armes [und] des Nasenbeines sowie eine Gehirnerschütterung. Sein Rad wu[rde] völlig zertrümmert. Der Schwerverletzte wurde in eine Nau[m]burger Klinik gebracht.

Zeitz. Arbeiterturner verunglückt. Am Diens[tag] früh kehrte ein mit 30 Personen besetztes Lastauto von ei[nem] Pfingstausflug zurück. Hinter Salsitz fuhr das Auto aus [...] nicht geklärter Ursache gegen einen Kirschbaum, wobei vier [In]sassen schwer verletzt wurden. Die Verunglückten, Mitglieder [des] Turnerbundes Zeitz, wurden in bedenklichem Zustand ins Ze[itzer] Krankenhaus eingeliefert. Die übrigen Ausflügler konnten [zu] Fuß nach Zeitz zurückkehren.

Pretzsch (Elbe.) Beim Baden in der Elbe ist ein [aus] Leipzig-Gohlis stammender junger Mann, der sich mit mehre[ren] Freunden auf einer Pfingstwanderung befand, in der Nähe [von] Pretzsch ertrunken. Wahrscheinlich hat er einen Herzschlag [er]litten. Die Leiche wurde abgetrieben und konnte noch nicht [ge]borgen werden.

Verantwortlich: Bruno Rothe, Halle, für Politik, [...] Beilagen; Ella Seibel, Halle, für Provinz; Kurt K[...] für Betriebe und Gewerkschaften; Arthur Burkert, Halle, für Anzeigen [...]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310528-15/fragment/page=0012
DFG